

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Zeitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Verfehlte Spekulation.

Von den Unternehmern wurde im Berliner Kampfe von allem Anfang schon und bis in die neueste Zeit hinein immer wieder versucht, die Masse unserer Verbandskollegen gegen die Berliner Kollegen auszuspielen. Die Unternehmer entzünden sich der Tatsache, daß in früheren Jahren ein teilweise heftiger Unwille im Verband gegen die Berliner Kollegen herrschte. Die Berliner nutzten nur in ungehöriger Weise den Verband aus, sie verbrauchten durch ihre zahlreich und großen Lohnbewegungen immer wieder die Verbandsmittel, so daß für die Kollegen außerhalb Berlins nichts übrig bleibe: so und ähnlich wurden die Berliner Kollegen früher in Verbandsversammlungen und auf Verbandstagen beschuldigt. Diese Beschuldigungen sind mehr und mehr verstummt, je mehr die Unternehmer ihre gegen den Holzarbeiterverband gerichteten Pläne enthüllten, je mehr zutage trat, daß diese von Jahr zu Jahr in Berlin in die Erscheinung tretenden Kämpfe in der Holzindustrie von den Unternehmern nur unternommen wurden, um den Verband empfindlich zu schwächen, und daß die Berliner Kollegen somit nur, und zwar unter teilweise schweren Opfern, den Vorkampf für die Gesamtkollegenführung führten. Gleichwohl rechnete der Arbeitgeberschutzverband auch jetzt wieder mit dem Unwillen der großen Masse der Verbandskollegen gegen die Berliner Kollegen im Falle eines Kampfes in Berlin, und es wurde von Unternehmerseite sogar ausgesprochen, die deutschen Kollegen würden sich schön bedanken, den Berlinern immer wieder die Mittel zu ihren schweren Kämpfen aufzubringen, und auch der Verbandsvorstand würde den in Berlin ausgesperrten Kollegen die Unterstützung aus Verbandsmitteln verlagern. Mit dieser Spekulation hat sich der Arbeitgeberschutzverband bis vor

Dennoch von keiner Seite innerhalb des Verbandes ist vor oder während dieses Kampfes eine Mißstimmung gegen die Berliner Kollegen zum Ausdruck gekommen. Alle Verbandskollegen bringen den Berlinern ihre volle Sympathie entgegen; von allen Seiten kommen solche Sympathiebekundungen, und nicht nur das, viele Kollegentreife übernehmen freiwillig die Verpflichtung zur Zahlung von Extrabeiträgen in einer Höhe, wie sie lange nicht gezahlt worden sind, wenigstens nicht in diesem Umfang. Das glänzende Beispiel, das da die Berliner, Hamburger und Kieler Kollegen gaben, die sich Extrabeiträge von 1 Mk. und 50 Pf. speziell zur Abwehr der Aussperrungen auferlegten, hat bald in allen Teilen des Reiches freudige Nachahmung gefunden. Aus mehr denn 50 Orten liegen heute schon Mitteilungen über zum großen Teil einstimmig gefasste Beschlüsse auf Erhebung von Extrabeiträgen vor. So ist in Jöhode und Oldesloe beschlossen worden, pro Woche 45 Pf., in Mainz und Dresden pro Woche 35 Pf., in Offenbach, Madenberg, Celle, Greifswald, Rattowitz pro Woche 30 Pf., in Rosenheim, Markranstädt, Magdeburg, Danzig, Laucha pro Woche 25 Pf., in Grünstadt, Trebbin, Lindau, Eisleben, Gleiwitz, Zabrze, Biegnitz, Frankfurt a. M., Stolp pro Woche 20 Pf., in Fürstenberg a. D., Eisenberg, Herne, Königshütte, Mülhausen i. E., Feuerbach, Gebweiler pro Woche 10 Pf. Kampfbetrag freiwillig zu zahlen. Ja sogar die Einzelmitglieder in Bäumgumkloster haben sich entschlossen, freiwillig einen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Woche zu entrichten. Seit Jahren hat uns nichts so sehr erfreut als diese Opferinn der Kollegenschaft, und daß auch die Kollegen der kleinen und kleinsten Zahlstellen und daß selbst Zahlstellen mit einer schlecht entlohnenden Kollegenschaft sich freudig in die vordersten Reihen unserer Phalanx drängten, als es galt, große Opfer zu bringen und den Verband vor Schaden zu bewahren, freut uns ganz besonders.

Allerdings hat der Arbeitgeberschutzverband durch die Art seines Vorgehens auch den letzten Kollegen gut genug davon überzeugt, daß es sich in diesem ganzen Kampfe um alles andere als um einen lokalen Konflikt der Berliner Holzindustrie, daß es sich vielmehr um einen Vernichtungskampf gegen den deutschen Holzarbeiterverband handelt. Unser Verband soll leistungsfähig gemacht werden, weil er in den letzten Jahren so wirksam die Interessen der Holzarbeiter Deutschlands zu fördern suchte, deshalb die vielen Kämpfe bisher in Berlin, deshalb jetzt der „Kampf auf der ganzen Linie“ gegen unseren Verband. Alles spekulative Schimpfen der Unternehmerführer auf die Berliner Kollegen hat unsere Kollegen über den Endzweck dieses Kampfes nicht hinwegtäuschen können, deshalb bringen sie, die gut genug wissen, daß die jetzt ausgesperrten Kollegen nur den Vorkampf für die gesamte Holzarbeiterschaft

führer, und daß sie selbst jedenfalls in den nächsten Jahren in ebenso schwere Kämpfe verwickelt werden als die Berliner, Burger, Kieler, Leipziger, Dresdener Kollegen, jetzt gern und freudig schwere Opfer, um die jetzigen und eventuell späteren Kämpfe erfolgreich durchzuführen.

Beiläufig werden die jetzigen Massenaussperrungen unserer Kollegen wieder wie alle Kämpfe nur zur Kräftigung unseres Verbandes beitragen. Denn viele Zahlstellen, die bisher keinen Sozialbeitrag erhoben, werden infolge dieses Kampfes solchen dauernd erheben, andere Zahlstellen werden durch diesen Kampf zu einer dauernden Erhöhung der Sozialbeiträge schreiten können. Und so wird auch die Spekulation des Arbeitgeberschutzverbandes auf die Schwächung des Holzarbeiterverbandes eine verfehlte Spekulation sein.

In der Nr. 10 der „Fachszeitung“ war sowohl im Leitartikel wie in einer Bekanntmachung des Vorstandes des Arbeitgeberschutzverbandes die Behauptung aufgestellt worden, in Dresden, Leipzig, Halle, Guben, Görlitz und Oldenburg würden unsere Kollegen am 1. April lediglich deshalb ausgesperrt, weil sie sich weigerten, für die dort abzuschließenden Verträge einen mit dem eventuell in Berlin abzuschließenden Verträge gemeinsamen Endtermin vorzusehen. Wir haben diese den Tatsachen widersprechende Behauptung sofort zurückgewiesen und festgestellt, daß der Vorstand unseres Verbandes bisher Einwendungen gegen die Festsetzung eines gemeinsamen Endtermines der jetzt abzuschließenden Verträge nicht erhoben und zu erheben noch nicht Gelegenheit gehabt habe. Jetzt wird aus Leipzig und Dresden mitgeteilt, daß auch unsere dortigen Kollegen in den bis jetzt geführten Unterhandlungen solche Einwendungen nicht gemacht haben. In Leipzig ist die Frage des Endtermines des abzuschließenden Vertrages bis vor wenigen Tagen noch gar nicht diskutiert worden, so daß Einwendungen gegen einen von den Unternehmern vorgeschlagenen Endtermin gar nicht erhoben werden konnten. Und in Dresden waren bis zum Erscheinen der Nr. 10 der „Fachszeitung“ Vertragsverhandlungen überhaupt noch nicht gepflogen worden, da ja erst am 11. März, also drei Tage nach dem Erscheinen der „Fachszeitung“, von unseren Kollegen die Vertragsverhandlungskommission gewählt wurde. So täuscht der Arbeitgeberschutzverband die Öffentlichkeit.

Der Arbeitgeberschutzverband betreibt weiter den Vertragbruch, um seine Kampfpolitik zu befestigen. So fordert er seine Mitglieder in der neuesten „Fachszeitung“ auf, „schon jetzt ihre angesehene Arbeiter aus den bedrohten Städten (Dresden, Leipzig, Halle, Guben, Görlitz und Oldenburg) unter keinen Umständen einzustellen“. Die Tarife in den genannten Städten laufen bekanntlich erst am 1. April ab. Wenn der Arbeitgeberschutzverband jetzt schon solche Kampfmaßnahmen gegen die Kollegen dieser Städte durchführt, begehrt er einen Vertragsbruch, der seiner Sache allerdings kaum förderlich ist.

Die Kollegen können den Unternehmern viel entgegenwirken, wenn sie streng auf die Fernhaltung des Zugangs von den Aussperrungsorten sehen und alles tun, um die ausgesperrten Kollegen auswärts unterzubringen.

Die Verhandlungen, die in der letzten Woche in Berlin zwischen Vertretern des Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeberschutzverbandes stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Obwohl der Kampf schon zehn Wochen währt, also vier Wochen länger, als er von den Unternehmern vorausgerechnet war, können diese immer noch nicht einsehen, daß sie den Arbeitern in der Lohn- und Arbeitszeitfrage Zugeständnisse machen müssen, wollen sie mit ihnen Verträge abschließen. Die Unternehmer scheinen immer noch der Meinung zu sein, als hätten sie uns besiegt, oder als könnten sie uns besiegen und als könnten sie uns deshalb die Vertragsbedingungen von oben herab und gnädig diktiert. Anders ist ihr brüsk ablehnendes Verhalten den billigen Forderungen unserer Kollegen gegenüber gar nicht zu erklären.

Einstweilen hoffen die Unternehmer immer noch auf den 1. April. Sie werden in Leipzig, Dresden usw. Vereinbarungen möglichst zu hinterziehen versuchen und dort ebenfalls aussperrten. Und dann wird, so kalkulieren sie, der Holzarbeiterverband sicher nachgeben. Wenn diese Rechnung nur nicht trügt, wie alle Rechnungen des Arbeitgeberschutzverbandes.

Jedenfalls müssen wir noch mit einer längeren Dauer des Kampfes rechnen. Unsere Kollegen haben sich darauf schon gerüstet. Keiner der ausgesperrten Kollegen ist wankend

geworden, und mit jeder Woche vergrößert sich die Zahl der Kollegen und Zahlstellen, die sich zur Zahlung außerordentlicher Kampfbeiträge freiwillig verpflichten. Nur so fort, dann wird es uns in diesem Riesenkampfe an einem Erfolg nicht fehlen.

Der Arbeitgeberschutzverband hält heute, den 18. März in Berlin eine Besprechung der Leiter der auswärtigen Bezirksverbände ab, um über „verschärfte Maßregeln“ gegen den Deutschen Holzarbeiterverband zu beschließen. Wir, uns von vertrauenswürdiger Unternehmerseite mitgeteilt wird, soll in dieser Besprechung die Aussperrung von 20 Prozent der Holzarbeiter im ganzen Reiche, auch an jenen Orten, wo Verträge bestehen, beschlossen werden.

Das sind also die verschärften Kampfmittel, mit denen Herr Rahardt in der Verhandlung vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichtes drohte. Diese neueste Kampftaktik des Arbeitgeberschutzverbandes hat gerade noch gefehlt um unsere Kollegen zu den größten Opfern zur Abwehr dieser mit den schlimmsten Mitteln vorgenommenen „Massenabschlachtung“ unseres Verbandes anzuspornen.

Eine Schadenersatzklage gegen den Deutschen Holzarbeiterverband.

(Schluß.)

Was das Gericht zunächst über angeblich begangenen Kontraktbruch und Ausschreitungen von Streikposten sagt, muß als pure Leichtfertigkeit bezeichnet werden. In keiner einzigen Verhandlung ist auf dergleichen Geschehnisse Bezug genommen worden, es sind keine Zeugen hierüber vernommen worden, lediglich der Arbeitgeberschutzverband hat dem Gericht diese Mitteilungen gemacht, und letzteres sieht dieselben daraufhin ohne weiteres als erwiesen an.

Das Urteil geht davon aus, daß trotz des bestehenden Vertrages im Jahre 1906 neue Unruhen im Tischlergewerbe durch Beteiligung der Arbeiter an der sogenannten Maßfeier entstanden seien. Die Darstellung der Verhältnisse durch unseren Vertreter hat auf das Gericht nicht den mindesten Eindruck gemacht. Wir müssen diese Darstellung daher hier wiederholen, um zu zeigen, daß das Urteil von durchaus falschen Voraussetzungen ausgeht, wenn es den Arbeitern die Schuld an den entstandenen Maßfeierdifferenzen in die Schuhe schiebt.

Die allgemeine Auffassung über die Tarifverträge ging bisher unzweifelhaft dahin, daß alle in solchen Verträgen nicht berührten Fragen während der Vertragsdauer von keiner Seite einseitig geändert werden dürften. Unsere Vertreter haben diesen Standpunkt beim Vertragsabschluss unambiguum zum Ausdruck gebracht, indem dieselben am Schlusse der Verhandlungen folgendes erklärten: „Wir sind bekannt, beabsichtigen die Arbeitgeber eine Innungskassentasse zu gründen. Da wir in einer solchen Gründung eine Schädigung unserer Mitglieder und eine Beeinträchtigung unserer Interessen erblicken müssen, können wir dazu nicht schweigen. Wir würden sogar gezwungen sein, dieselbe als Vertragsbruch zu betrachten und müßten uns geeignete Gegenmaßnahmen vorbehalten.“ Das war klar und bindend, und wenn die Arbeitgeber an ihrer Innungskasse festhalten wollten, dann hätten sie auf Abschluß des Vertrags verzichten müssen. Ebenjotig war aber den Arbeitgebern bekannt, daß die Arbeiter an der Maßfeier festzuhalten entschlossen waren. Ja sie wußten, daß diese Maßfeier seit 15 Jahren gefeiert worden war, und daß unsere Vertreter von der Annahme ausgehen mußten, daß ab seiten der Arbeitgeber gegen die Maßfeier nichts eingewendet werde. Es ist den Herren klar gewesen, daß die Arbeiter auf den Vertragsabschluss verzichtet hätten, wenn derselbe sie bezüglich der Maßfeier irgendwie hätte binden können. Die Unterhändler beider Parteien betrachteten die Maßfeier als etwas tatsächlich Bestehendes, und von keiner Seite ist mit einem Wort dieser vorhandene Zustand als etwas Unstößiges oder Unrechtmäßiges bezeichnet worden. Wir können ja die Stellung eines Teiles der Arbeitgeber zur Frage der Maßfeier sehr wohl verstehen, aber es bedurfte doch mindestens der Klarstellung über etwaige Absichten der Arbeitgeber beim Vertragsabschluss, damit die Arbeiter ihre Stellungnahme danach einrichten konnten. Nachdem dieses seitens der ersteren nicht geschehen, mußte deren stillschweigendes Einverständnis mit dem bestehenden Zustand vorausgesetzt werden.

In den Gerichtsverhandlungen wurde vom Klägerischen Anwalt auf die Aussperrung vom Jahre 1906 verwiesen, die dem Vertragsabschluss unmittelbar vorausgegangen sei.

so daß auf Seiten der Arbeiter kein Zweifel über die Stellung der Arbeitgeber zur Maiseier hätte obwalten können. Dieses ist aus dem Grunde hinfällig, weil im Jahre 1905 am 20. April infolge Lohnhöhen die allgemeine Aussperrung von den Arbeitgebern beschlossen wurde, die am 25. April in Kraft treten sollte, und die mit der Maiseier nicht das geringste zu tun hatte. Daß sich nun die große Mehrheit der Tischlermeister an dieser Aussperrung nicht beteiligte, und diese daraufhin von dem kampflustigeren Teile, dessen Aktion durch den mächtigen Druck des Arbeitgeberverbandes von Hamburg-Altona unterstützt wurde, durch den unerhörtesten Terrorismus unter Androhung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bankrotts, der Materialsperrung usw., zur Beteiligung an der Aussperrung gezwungen wurden, konnte doch für unsere Vertreter kein Maßstab zur Beurteilung der Stellung der Arbeitgeber zur Frage der Maiseier sein.

Aber auch selbst der als Vertragskontrahent in Frage kommende Verein der Bautischlermeister stand bezüglich des Status quo auf demselben Standpunkt wie wir, was derselbe in einem Schreiben vom 24. April 1905 an unseren Verband zum Ausdruck brachte. Mit diesem Verein standen unsere Kollegen schon damals im Vertragsverhältnis, und als dann infolge der Wölbeltischerdifferenzen der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung gesperrt werden mußte, schrieb obiger Verein, „daß durch diese Maßnahme eine Verschiebung der Verhältnisse, wie sie bei Schaffung der Bautischlertarife bestanden hätten, eingetreten sei, was sich mit Einhaltung der Tarife nicht vertrage“. Und wenn in einer solchen Verschiebung der Verhältnisse eine Vertragsverletzung erblickt werden muß — was auch unserer Ansicht entspricht —, dann haben nicht die Arbeiter durch Begehung der Maiseier, die sie schon lange vor Abschluß des Vertrags begangen hatten, und gegen die kein Vertragsabschluß von den Arbeitgebern keine Einwendungen erhoben wurden, den Vertrag verletzt, sondern dieser Vorwurf der Vertragsverletzung ist den Arbeitgebern ob ihrer zur Ausführung gebrachten Beschlüsse, diejenigen Arbeiter, die im Jahre 1906 an der Maiseier teilnahmen, auszusperrn, mit vollem Recht zu machen.

Nach dem Vertrag dürfen während dessen Dauer von keiner Seite Forderungen erhoben werden, sowie auch keine Arbeitseinstellungen erfolgen. Nun ist aber von den Arbeitgebern die Forderung erhoben worden, die Maiseier zu unterlassen, was nach dem Wortlaut und dem Sinne des Vertrags unstatthaft war. Und als dieser unberechtigten Forderung der Arbeitgeber nicht Folge gegeben wurde, verfügten dieselben — ohne den im Vertrag vorgesehenen Weg zur Schlichtung von Streitfällen einzuhalten — die allgemeine Aussperrung, eine Maßregel, deren Verhütung gerade für die Beklagten der abgeschlossene Vertrag bezwecken sollte. Es muß schon eine mehr als seltene Geistesverwandtschaft des aus Berufsjuristen zusammengesetzten Gerichts mit unseren modernen Scharfmacherorganisationen vorausgesetzt werden, um zu verstehen, wie dieses Gericht das ganze vertragsbrüchliche Verhalten der Arbeitgeber als „hinfällig“ ansehen kann und erst dann eine Vertragsverletzung entdeckt, wenn die entgegen dem Vertrag inszenierte Aussperrung beendet ist. Ein derartiges „Verständnis“ für die Bedürfnisse des praktischen Lebens möchten wir im Interesse einer geordneten und objektiven Rechtsprechung für unsere Zwecke von einem Gericht nicht verlangen. Nach Ansicht des Gerichts ist dem Vertrag erst dann zuwider gehandelt worden, als die infolge der Aussperrung arbeitslos gewordenen Arbeiter bezüglich eines von neuem zu vereinbarenden Arbeitsverhältnisses Bedingungen in bezug auf Lohnhöhe usw. stellten. Nun hatten aber einmal die Arbeiter keine Verpflichtung, nach Beendigung der Aussperrung zu den alten Bedingungen wieder anzufangen, nachdem der Vertrag von den Arbeitgebern gebrochen war. So gut wie es jeden Tag passieren kann, daß ein Arbeiter versucht, seine Lage zu verbessern, konnte in diesem Falle, wo das alte Arbeitsverhältnis gelöst war, jeder einzelne sagen, ich verlange für meine Arbeitskraft so und so viel. Es ist niemals jemandem eingefallen, in einem derartigen Bestreben etwas Anstößiges oder gar eine Vertragsverletzung zu erblicken. Darauf wird entgegnet, daß in dem geschlossenen, massenweisen Auftreten der Arbeiter der Vertragsbruch liege. Diese Tatsache kann aber nicht auf das Schuldkonto des Holzarbeiterverbandes gesetzt werden, denn der hat die Arbeiter zu diesem Schritt nicht angestiftet und überhaupt keine Veranlassung dazu gegeben. Aber der Arbeitgeberverband hat letzteres getan, indem er massenweise das alte Arbeitsverhältnis löste, die Arbeiter massenweise aussperrte und dieselben dadurch massenweise während der Aussperrung um ihren Verdienst brachte und gleichmäßig schädigte und so der eigentliche Urheber davon wurde, daß die Arbeiter massenweise einen Entgelt für diese ihnen zugefügte Schädigung verlangten. Denn für letztere bestand lediglich das Bestreben, für den verloren gegangenen Verdienst vom Arbeitgeber in irgend einer Form Entschädigung zu erhalten. Wäre diese Schädigung von Seiten des Arbeitgeberverbandes nicht erfolgt, dann hätte niemand eine Entschädigung verlangen können, und hätten die Arbeitgeber nicht massenweise gesperrt, dann hätten die Arbeiter einen solchen Schlag nicht massenweise durch die Forderung einer Entschädigung parieren können.

Aber was in aller Welt hatte der Holzarbeiterverband mit der Sache zu tun? Während auf Seiten der Arbeitgeber derselbe Verband, der den Vertrag unterzeichnet hat, Wochen und Monate vorher an die Organisation einer Aussperrung — natürlich im geheimen — herangetreten war und demzufolge auch nunmehr die Sache offiziell leitete, hielt sich der Holzarbeiterverband vollständig neutral und wies das Verlangen einzelner Mitglieder auf Parteimahme zugunsten der ausgesperrten Arbeiter zurück. Ob eine solche

Taktik vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus als richtig zu bezeichnen ist, mag dahingestellt bleiben; es waren in erster Linie juristische Gründe, die dieses Verhalten der örtlichen Verbandsleitung bestimmten, und man sollte meinen, daß die Juristen sich solchen Gründen gegenüber nicht ganz ablehnend verhalten könnten.

Daß über die 13 Betriebe vom Verband eine Sperre verhängt gewesen sei, hat das Gericht wiederum nur den Angaben des klägerischen Anwalts geglaubt, während wir nach wie vor dieses bestreiten. Natürlich haben die ausgesperrten als Personen auf die übrigen Verbandsmitglieder, so gut sie dazu imstande waren, eingewirkt, daß diese die frei gewordenen Plätze nicht einnehmen möchten, aber der Verband als solcher hat es strikte abgelehnt, seinen Mitgliedern derartige Verpflichtungen aufzuerlegen, noch hat er eine Sperre verhängt. Dieser Tatbestand ist vor Gericht unter genauer Angabe der tatsächlichen Vorkommnisse von unserem Vertreter klar gestellt worden, der gegnerische Anwalt hat kein Wort der Erwiderung, geschweige eines Beweises gefunden, Zeugen sind nicht vernommen worden; aber was tut's! Wenn man den Hund hängen will, findet man einen Strick, und wenn heutzutage vor einem bürgerlichen Gericht ein Streit zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen ausgetragen ist, dann kann alle Welt erfahren, daß wir im Lande der vollendetsten Rechtsgarantien leben. „Nach den Bestimmungen des Vertrags waren die Arbeitgeber nicht verpflichtet, die ausgeschiedenen Arbeiter wieder einzustellen“, sagt das Urteil. Die Arbeiter waren ja aber gar nicht ausgeschieden, sondern sie waren durch den Arbeitgeberverbandsbeschuß ausgesperrt worden, was doch ganz gewiß nicht geeignet war, zu einem friedlichen Verhältnis beizutragen, was der Zweck des Vertrags ist.

Der ganze Aufbau des Urteils läßt eine schreckliche Einseitigkeit erkennen. Die wieder Treu und Glauben wie gegen Sinn und Wortlaut des Vertrages verstößende Aussperrung der Arbeitgeber ist für das Gericht hinfällig, aber der — Holzarbeiterverband — der unwiderprochen mit der Sache seiner Mitglieder in diesem Falle nichts zu tun hatte, hat den Vertrag verletzt, weil er nicht nach Kräften für dessen Durchführung gesorgt hat. Hört denn bei einer solchen Unparteilichkeit nicht einfach alles auf! Nach Ansicht dieses Gerichtes ist wohl der Holzarbeiterverband verpflichtet, sich gegen seine eigenen Mitglieder zum Büttel des — vertragsbrecherischen — Unternehmerverbandes zu machen. Denn die Aussperrung seiner Mitglieder durch die paar Reichsverbandspolitiker hat er nicht nur ruhig mitanzusehen, er hat auch dafür zu sorgen, daß nachdem die Aussperrungswut dieser Tapfern befriedigt ist, der Vertrag wieder nach Kräften durchgeführt wird.

Auf der gleichen Höhe bewegt sich das Urteil, soweit es die Haftbarkeit des Verbandsvorstandes für den Hamburger Vertrag begründet. Der angezogene § 177 B.-G.-B. lautet: „Schließt jemand ohne Vertretungsmacht im Namen eines anderen einen Vertrag, so hängt die Wirksamkeit des Vertrages für und gegen den Vertretenen von dessen Genehmigung ab.“ Und weiter besagt dieser Paragraph, daß wenn eine Genehmigung nicht ausdrücklich erklärt wird, dieselbe als verweigert gilt. Nun ist den Hamburger Arbeitgebern beim Vertragsabschluß ausdrücklich gesagt worden, daß der Verbandsvorstand keine Verpflichtungen für diesen Vertrag übernehme. Sollten die Arbeitgeber aber eine solche Verpflichtung wünschen, so würde ein Vertreter des Vorstandes an den Verhandlungen teilnehmen und dafür später den Vertrag mit unterzeichnen, wie das an anderen Orten auch bereits geschehen sei. Darauf verzichteten die Arbeitgeber auf eine solche Verpflichtung und erklärten dann, lieber den Vertrag mit ihren eigenen Worten respektive deren Vertretern abzuschließen. Und der Verwaltungsrat Hamburg-Altona ist hiernach gar nicht eingefallen, den Vertrag im Namen des Verbandes, welcher letzterer nur vom Verbandsvorstand vertreten werden kann, abzuschließen. Aber nach Ansicht des Gerichts muß der Verband auch einen solchen Vertrag, bei dessen Abschluß seine offiziellen Vertreter gar nicht zugelassen werden, gegen sich gelten lassen. Es ist der Verwaltungsrat Hamburg-Altona, die eine selbständige Rechtsgewalt nicht führt, beim Abschluß dieses Vertrages weiter gar nicht eingefallen, den Gesamtverband berechtigen oder verpflichten zu „wollen“. Aber selbst wenn sie dieses gewollt hätte, käme es doch immer noch in der Hauptsache darauf an, ob hierzu irgend eine Ermächtigung des Verbandsvorstandes vorgelegen hätte. Dafür ist aber nicht der Schatten eines Beweises versucht, geschweige denn erbracht worden.

Nach Ansicht des Gerichts ist ferner die Verwaltungsrat Hamburg-Altona keine Organisation, sondern nur der Holzarbeiterverband ist eine solche. Daß diese Verwaltungsrat ihre eigenen geschäftlichen Angelegenheiten selbständig erledigt, daß sie sich einen Geschäftsführer hält, auf dessen Tätigkeit und Person der Verbandsvorstand keinen Einfluß hat, und daß dieser Geschäftsführer beim Vertragsabschluß nur im Auftrage der Hamburger Holzarbeiter handelte und handeln konnte, ist den Arbeitgebern bewußt gewesen und auch dem Gericht klar gemacht worden. Es ist daher völlig unverständlich, wie letzteres jetzt dem Verbandsvorstand die Konsequenzen von Handlungen aufzuerlegen will, die zu verhindern oder zu ändern demselben seinerzeit von diesen selben Arbeitgebern unmöglich gemacht wurde.

Um diese Art „Rechtsprechung“ ins rechte Licht zu rücken, bedarf es eines Eingehens auf weitere Unebenheiten dieses famosen Urteils wohl nicht mehr. Auf jeden Fall wird der Holzarbeiterverband alle Rechtsmittel erschöpfen, um festzustellen, ob auch die höheren Instanzen diesen schlüpferigen Boden weiter betreten und damit schon heute ein „Tarifvertragsrecht“ schaffen wollen nach den Rechtsformen und

Rechtsbegriffen der herrschenden Klassen. Daß ein wirkliches Tarifvertragsrecht mit diesen Rechtsformen- und Begriffen nichts gemein hat und ein solches nur unter Sprengung dieser Formen und Umbildung dieser Begriffe auf dem klaren Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit aufgebaut werden kann, beweist uns die bloße Möglichkeit und Begründung eines Urteils wie des vorstehenden auf das eindringlichste. Ein solches Recht darf und kann nicht von den Richtern des Klassenstaats ausgetüftelt werden, es kann nur geboren werden im Kampfe, im Klassenkampfe zwischen Kapital und Arbeit. Und wenn ein solches Recht zu seiner vollen Entwicklung gelangen soll, so wird es auch die bürgerlichen Gerichte beiseite schieben und sich seine eigenen Gerichtshöfen einsehen müssen, in denen nicht unter dem Deckmantel des öffentlichen Interesses entschieden, sondern aus den tatsächlichen Verhältnissen heraus das Maß von Recht und Unrecht abgewogen wird.

Die Christlichen als Handlanger des Scharfmachertums.

n. Die konservative „Schlesische Zeitung“ hatte jüngst den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, daß ihre Mitglieder bei der letzten Reichstagswahl gegen die bürgerlichen und für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätten. Dieser Vorwurf ist ungerecht. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben als getreue Zentrumsmänner das Möglichste getan, um sozialdemokratische Stichwahlkandidaten zu Falle zu bringen, und ihr Geschehen ist demnach, wie leicht nachzuweisen, den Anweisungen seiner Führer durchweg gefolgt. Man versteht es, daß ein Blatt wie das Stöcker'sche „Reich“, das die christliche Arbeiterbewegung mit besonderem Eifer begünstigt, die Behauptung der „Schlesischen Zeitung“ als eine „schwere Beleidigung“ zurückweist. Um zu zeigen, wie brave Leute die christlichen Gewerkschaften sind, wie fern ihnen der Gedanke liegt, die Sozialdemokratie auch nur als das kleinere Übel vor einem Scharfmacher zu betrachten, führt das Stöckerblatt folgendes an:

„Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften hat durch sein „Zentralblatt“ strenge politische Neutralität proklamiert, diese Neutralität galt aber nur gegenüber den Parteien, die auf der Grundlage unserer Rechtsordnung stehen; gegen die Sozialdemokratie hat die christliche Gewerkschaftspresse scharfe Stellung genommen, vor allem das verbreitetste Organ der christlichen Gewerkschaften, der „Vergknappe“.

Mit diesen Worten ist bestätigt, was wir schon öfters über die vielgerühmte „Neutralität“ der Christlichen gesagt haben, daß sie nämlich eitel Lug und Trug, jesuitischer Schwundel ist. Die freien Gewerkschaften wollten im Wahlkampf nicht neutral sein, sie stellten sich mutig und ehrlich auf die Seite derjenigen Partei, die sich allein als die wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen erwiesen hat: die Sozialdemokratie. Darüber haben die Christlichen ein großes Lärmen gemacht; in ihren Blättern wurde sorgsam jede Summe verzeichnet, die von Gewerkschaften zum sozialdemokratischen Wahlfonds floß, wurde jeder Aufruf, jeder Artikel vermerkt, den unsere Verbandszeitungen im Wahlkampf zugunsten der Sozialdemokratie brachten. Alles als Beweis, daß die freien Gewerkschaften nichts als Handlanger der politischen Partei seien — zum Unterschied von den christlichen Gewerkschaften, die wie immer so auch im Wahlkampf auf „strenge Neutralität“ hielten und es weit von sich wiesen, zugunsten einer politischen Partei aufzutreten. In dieser Beziehung sind die Christlichen allerdings „neutral“ gewesen. Ihre Blätter haben nicht außerordentlich zur Wahl eines Zentrumsmannes oder eines Konservativen, aber sie haben desto eifriger mit M.-Waldbacher Material gegen die Sozialdemokratie gearbeitet. Sie kannten nur einen Feind: die Sozialdemokratie; ihm gegenüber gab es keinen Unterschied der Parteien. Ob Manchestermann, ob Arbeiterfeind, ob Scharfmacher — einerlei! Wählt, wen ihr wollt, nur keinen Sozialdemokraten — das war der Sinn der christlichen „Neutralität“, und nach dieser Anweisung sind die christlichen Gewerkschaftsblätter verfahren, indem sie während des Wahlkampfes in jeder Nummer wütende Artikel gegen die Sozialdemokratie brachten, sich wer wohl hüteten, über die Sünden der bürgerlichen Parteien auch nur ein Wort zu bringen. Der Umstand, daß sie „auf der Grundlage unserer Rechtsordnung“ stehen, genügt, die merkwürdigsten Scharfmacherparteien in den Augen der Christlichen zu heiligen und die Wahl ihrer Kandidaten, wo sie einem Sozialdemokraten gegenüberstanden als Christenpflicht erscheinen zu lassen. Mit Recht hebt daher das Stöckerblatt weiter hervor:

„Eine große Reihe christlicher Gewerkschaftsführer haben — nicht als Gewerkschafter, sondern als Politiker — während der Wahlbewegung in scharfem Versammlungskampf gegen die Sozialdemokratie gestanden, es ist allseits anerkannt, daß ohne die christlich-nationale Arbeiterbewegung Silberfeld-Warmen und Leane-Mettmann nicht der Sozialdemokratie wären entrissen worden, Lagen verlorengegangen wäre.“

Es ist gut, daß der Stöcker'sche Anwalt der Christlichen die Wahl in Silberfeld-Warmen anführt, denn kein anderer Fall ist so trefflich geeignet, die arbeiterverräterische Natur der Christlichen zu erweisen, wie dieser. In Silberfeld-Warmen stand Genosse Molkenbuh. dem mittelständischen Oberlehrer Binz gegenüber. Genosse Molkenbuh, von dem nach der Wahl ein Wuppertthaler Zentrumsmann sagte, daß er, was Arbeiterversicherungsgesetzgebung beträfe, zu den „unterrichtetsten Köpfen“ zähle und auf dem Gebiet der

Arbeitslosenversicherung „bei Freund und Feind als gewichtige Autorität“ gelte — er wird mit Hilfe der Christlichen zu Fall gebracht und ersetzt durch Herrn Litz, einen Dunkelmann, ohne das mindeste Verdienst für die Arbeiterfrage, der nach der Wahl nichts Eiligeres zu tun hat, als der Reichspartei, der Partei der ausgesprochensten Scharfmacher und Staatsfreier, beizutreten. Wenn die Christlichen nur diese eine Sünde auf dem Gewissen hätten, sie genügte, um sie als Arbeiterverräter zu kennzeichnen. Nicht das Interesse der Arbeiter hat sie geleitet bei ihrem Tun, sondern allein der Haß gegen die Sozialdemokratie, und zu ihrem Verhalten in Barmen-Eberfeld, Lennep-Mettmann, Hagen-Schwelm paßt, was „Das Reich“ weiter berichtet:

„In Bielefeld-Wiedenbrück, das an die Sozialdemokratie verloren ging, haben die christlichen Gewerkschafter bei Haupt- und Stichwahl scharf gegen die Sozialdemokraten gekämpft. Bei der Stichwahl haben wohl die katholischen Bauern, nicht aber die katholischen Arbeiter Bielefelds für den Sozialdemokraten gestimmt. Ebenso haben in Bochum bei der Stichwahl führende katholische Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegen die Sozialdemokratie gewirkt.“

Wie oben schon gesagt, kannten die christlichen Gewerkschafter im vergangenen Wahlkampf nur einen Feind, die Sozialdemokratie; Freund war ihnen jede bürgerliche Partei, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten. In Lennep-Mettmann und Hagen-Schwelm kämpften sie für den Fortschritt, in Bochum für den Kandidaten des Grubenkapitals, in Bielefeld für eine scharfmacherische Exzellenz und in Eberfeld für einen Genossen der Kardorff und Jedliß. In Bielefeld traten, wie das Stickerblatt mitteilt, die katholischen Bauern in der Stichwahl für den Sozialdemokraten ein, die von den christlichen Gewerkschaftsführern bearbeiteten Industrieproletarier aber für den Kapitalisten und Gymnast Wöller. Die Bauern wählen den Arbeiter, die katholischen Arbeiter den Kapitalisten! Gibt es eine ärgere Verfindigung an allem Klassenbewußtsein und Klasseninteresse, als hier die christlichen Gewerkschaftsführer durch ihren Einfluß auf die katholischen Arbeiter zustande gebracht haben?

Das „Verdienst“, im Interesse aller Kapitalistenparteien gekämpft und einige Sozialdemokraten zu Fall gebracht zu haben, ist nicht gering, und dafür werden alle Rückschrittler, Arbeiterfeinde und Scharfmacher den Herren Giesberts, Behrens und Genossen aufrichtig Dank wissen. Aber die christlich-nationalen Arbeiter dürfen nur nicht verlangen, daß sich dieser Dank in Gegenleistung praktischer Art auf dem Gebiet der Arbeiterpolitik zu erkennen gebe. Dann würden sie erfahren, daß dem Unternehmertum eine christliche Arbeiterpolitik genau so viel gilt als eine sozialdemokratische Arbeiterpolitik. Die Herren geben nichts auf Worte und Namen, auch wenn sie noch so schön klingen; als gewiegte Rechner setzen sie gleich alles in Markt und Pfennige um, und ob sich ihnen christliche oder sozialistische Arbeiter nähern, die Antwort wird in beiden Fällen dieselbe sein, wenn es sich um Ansprüche an den kapitalistischen Geldsack handelt. Die Ökonomie der Giesberts, Schiffer und Genossen allerdings sind großer Hoffnungen voll, und so schreibt im „Tag“ der konservative General v. Pagenow:

„Während so bekannte, gut gesuchte christliche Gewerkschaftsführer, getragen von der nationalen Arbeiterbewegung, siegreich in den Reichstag eingezogen sind, sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in der Wahl-schlacht meist auf der Strecke geblieben. ... Aber die Niederlage der Sozialdemokratie wird nur dann eine dauernde sein, wenn sowohl Regierung wie Parteien aufrichtig Vertrauen fassen zur nichtdemokratischen Arbeiterschaft, ihren Forderungen nicht nur wohlwollend gegenüber stehen, sondern auch entschlossen ihnen Folge geben, denn der weitere Aufschwung der christlichen Arbeiterbewegung ist wesentlich abhängig von ihren praktischen Erfolgen. Nachdem die sozialdemokratischen sogenannten Arbeitervertreter im Reichstag keinerlei Erfolge aufzuweisen hatten, wird die gesamte Arbeiterschaft zu der Erkenntnis kommen, daß ihre Interessen bei den christlichen Arbeiterorganisationen und ihren Vertretern besser aufgehoben sind.“

So liest man es jetzt auch in den christlichen Gewerkschaftsblättern, so kündet's die Thronrede und so versichern es die Sprecher der Parteien, daß nunmehr die Sozialreform eine entschiedene Wendung zum Besseren nehmen soll. Die Zeit wird lehren, was aus diesen Versprechungen, Beteuerungen und Hoffnungen wird. Wir spannen unsere Erwartungen nicht allzu hoch, weil wir Regierung und Reichstagsmehrheit zu gut kennen, um anzunehmen, daß sie sich durch den Einzug von einem halben Duzend „christlich-nationaler Arbeitervertreter“ bewegen lassen, ihre Bestimmung bezüglich der Arbeiterklasse einer gründlichen Revision zu unterwerfen. Noch hat ja der neue Reichstag nicht Gelegenheit gehabt, zu zeigen, was er will und kann, aber einen Vorgehensmaßstab von dem neuen sozialpolitischen Kurs haben uns die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses gegeben. Die Ausführung der Reichsgesetze untersteht den Einzeländern, und deshalb hat auch Preußen, abgesehen von der Eigenschaft des Staates als Arbeitgeber, ein gewichtiges Wort in der Sozialpolitik mitzureden. In der Regierung sind es dieselben Männer, im Reich wie in Preußen, in den Parlamenten dieselben Parteien, im Reichstag wie im Abgeordnetenhause, und deshalb ist ein Rückschluß von Preußen auf den sozialpolitischen Kurs im Reich wohl gestattet.

Da sei zunächst darauf hingewiesen, daß der preussische Handelsminister, dem auch die Bergwerksverwaltung unter-

steht, sich gegen eine Forderung gewendet hat, die in gleicher Weise von den Bergarbeiterorganisationen aller Richtungen erhoben wird: die Anstellung von Grubenkontrollleuren, die aus der Wahl durch die Arbeiter hervorgegangen sind. Es war bei der Interpellation über das Massenunglück auf Grube Neben, das die Unzulänglichkeit der bestehenden Kontrolle wieder einmal in vollem Maße ergeben hat. Der Minister hat nichts Sachliches gegen die innere Berechtigung dieser Forderung einzuwenden, aber er glaubt, eine derartige Einrichtung lasse sich nur bei gegenseitigem Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einführen, aber dieses Vertrauen fehle gegenwärtig noch; er vertritt die Arbeiter auf das „Entgegenkommen“ der Unternehmer. Er redete dann noch mancherlei von dem zu bestrahlenden „Mißbrauch“, den die Arbeiterkontrollleure in politischer Hinsicht mit ihrem Amte treiben könnten, und schloß dann: „Ich halte mich nicht für berechtigt, dem Arbeitgeber eine derartige Einrichtung wie die Bestellung von Vertrauensmännern aus den Kreisen der Arbeiter aufzuzwingen.“

Also weil die Unternehmer nicht wollen, deshalb erklärt sich der Minister gegen die Arbeiterkontrollleure. Wenn so die Regierung redet, kann man sich nicht wundern, wenn kurz darauf im preussischen Abgeordnetenhause der national-liberale Schröder sich mit denselben Grübeln gegen die Einführung der Bautenkontrollleure aus dem Kreise der Arbeiter aussprach, wenn derselbe Redner sich für eine „kräftige und besonnene Sozialpolitik“ erklärte, die aber nicht dazu führen dürfe, „derjenigen politischen Partei, die die heutige Gesellschaftsordnung stürzen will, erst ihre Organisation zu schaffen“. Was der nationalliberale Mann darunter versteht, bewies er dadurch, daß er die Verwaltung der Krankenkassen zu gleichen Teilen durch Arbeiter und Unternehmer mit einem staatlichen Kommissar als Vorsitzenden als notwendig erklärte. Den Leuten genügt der Stillstand noch nicht einmal; rückwärts! ist ihre Lösung.

Die Arbeiterfeinde und Scharfmacher wissen, weshalb sie den Rückgang der sozialdemokratischen Mandate bejubeln. Je weniger Sozialdemokraten im Parlament, desto besser für die Arbeiterfeinde aller Arten und Grade. Aus diesem Grunde freut sich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ über die Rede Bülow's gegen die Sozialdemokratie. Sie findet, daß der Reichskanzler endlich dem Verlangen aller staatsverhaltenden Kreise entgegengekommen sei, „indem er mit dem geschworenen Gegner der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung, mit dem Führer der Umsturz Bewegung, Herrn August Bebel, in einer Weise abrechnete, die der Vorstellung, man werde sich regierungsseitig die Umtriebe der revolutionären Demagogie aus schwächerer Rücksichtnahme auf die Gefühle der sozialideologischen Ausgleichspolitiker und Mauerungsphantasten für alle Zeit gefallen lassen, ein ebenso überraschendes wie erfreuliches Ende bereitet hat.“

Mit dieser Rede, so meint das Scharfmacherblatt weiter, sei die Marschroute der Regierung der Sozialdemokratie gegenüber festgelegt. Werde diese Marschroute pflichtgemäß eingehalten, dann werde das deutsche Unternehmertum sich einer „maßvollen und besonnenen Fortführung der Sozialreform“ nicht widersetzen. „Das Korrelat der staatlichen Sozialreform muß unter allen Umständen die rückwärts-Lose Niederkämpfung der Umsturz Bewegung sein, so lautete unsere immer wieder von neuem aufgestellte Forderung. Ist Gewähr dafür vorhanden, daß sie befolgt wird, dann werden wir zeigen, daß unsere Taten nicht hinter unsere Worten zurückbleiben, vorausgesetzt, daß die Befolgung ihrer seitens derjenigen, die ihnen innewohnen, die Fortführung des sozialen Neuwortes durch die naturnotwendige Rücksichtnahme auf das Wohlergehen der nationalen Gütererzeugung gezogen sind.“

Es hätte nicht der einschränkenden Worte („maßvoll“, „besonnen“ usw.) bedurft, um die deutsche Arbeiterschaft darüber zu belehren, wie diese Sozialreform von Scharfmachers Gnaden aussehen wird, mit der die Niederkämpfung der Sozialdemokratie und, was darunter mitverstanden wird, der klassenbewußten Arbeiterbewegung erkauft werden soll. Der Ausfall der letzten Reichstagswahl hat dem Scharfmachertum neuen Mut gemacht; dem bösen Willen der Arbeiterfeinde ist alles zuzutrauen, aber was sie bisher nicht erreicht haben, daran werden sie sich auch in Zukunft vergebens abmühen. Der Umstand, daß die Sozialdemokratie von 1903 bis 1907 nicht so viel an Wählerstimmen zugenommen hat, wie sie erwartete, hat den Aufschwung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation nicht gehindert. An der geschichtlichen Notwendigkeit, mit der sich diese Entwicklung vollzieht, kann ein zufälliger Wahlausfall ebensowenig etwas ändern wie das Wüten unserer Gegner.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist zu mächtig, zu stark und zu fest, als daß sie zum Weichen oder zum Schwenden gebracht werden könnte. Das werden die Scharfmacher samt ihren christlich-nationalen Handlangern, die den Namen Arbeiter schänden, bald zu spüren bekommen.

Zur Lage der dänischen Tischler.

Der Dänische Tischlerverband hat im Jahre 1906 seine statistischen Erhebungen von 1902 und 1905 fortgesetzt. Das Resultat der letzten Erhebung ist soeben veröffentlicht worden und teilen wir im nachfolgenden unseren Lesern die wichtigsten Ergebnisse mit. Von den 3731 Mitgliedern des Verbandes sind 3294 Mitglieder an der Erhebung im Jahre 1906 beteiligt. Sie verteilen sich auf folgende Branchen:

	In Kopenhagen	In den Provinzstädten
Möbel- und Bautischler	833	1704
Klavier- und Orgelarbeiter**	184*	26**
Modelltischler	114	143
Schiffstischler	66	22
Sargmacher	27	—
Maschinentischler	—	35
Tischler in Waggonfabriken	—	35
Summa	1224	2070

3294

Die Lohnverhältnisse in Kopenhagen sind in den verschiedenen Branchen durchaus verschieden. Soweit ein Vergleich mit 1905 möglich ist, geben wir im nachfolgenden einen solchen. Die Möbeltischler sind diesmal mit 833 Fragebogen gegen 797 im Jahre 1905 vertreten. Im Stundenlohn waren 431 beschäftigt; im Afford arbeiteten 402. Der ermittelte durchschnittliche Stundenverdienst betrug 48% Ore gegen 47% im Jahre 1905. Die Klavierarbeiter waren im vergangenen Jahre längere Zeit ausgesperrt, so daß ihre normalen Lohnverhältnisse nicht festgestellt werden konnten. Der bei der früheren Erhebung ermittelte Stundenverdienst betrug durchschnittlich 60 Ore. Die Modelltischler, Schiffszimmerer und die Sargmacher arbeiten vorwiegend im Afford; bei den letzteren kommen etwa 50 Prozent auf einen Stundenverdienst von 50 Ore und darüber.

Die Lohnverhältnisse in den Provinzstädten haben sich gegen früher bedeutend gehoben. Die Möbeltischler, Bautischler und die Stuhlmacher erzielten im vorigen Jahre einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 37% Ore gegen 36% im Jahre 1905 und bedeutend weniger in früheren Jahren (1902 33% Ore). Nach den Spezialbranchen berechnet ergab die Erhebung einen Durchschnittsverdienst pro Stunde von 39 Ore für Arbeiter auf Tische und Sofas, für andere Möbeltischler 35% Ore und für Bautischler 39% Ore. Die 35 Maschinentischler, die hier als Mitglieder des Tischlerverbandes in Frage kommen (die Maschinentischler haben sonst ihre eigene Branchenorganisation), arbeiten in solchen Orten, wo die Branchenorganisation noch keine Filialen besitzt. Sie erzielten einen Durchschnittsverdienst von 41 Ore pro Stunde. Die Orgelbauer in den Provinzstädten erzielten einen Durchschnittsverdienst von 39 Ore pro Stunde. Die Tischler in den eisenindustriellen Betrieben (Schiffszimmerer, Möbeltischler usw.) erzielten durchschnittliche Stundenverdienste von 37% bis 42% Ore.

Von besonderem Interesse sind die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit beziehungsweise die Zahl der durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage. Diesbezügliche Zahlen liegen vor seit 1902. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der Zahlen seit 1903, da nur diese vollständig sind. Es wurden gezählt:

Jahr	Mitgliederzahl des Verbandes	Verlorene Arbeitstage durch Krankheit	Arbeitslosigkeit	Streiks und Aussperrungen
1903	2794	6624	68985	396
1904	—	6786	83648	6276
1905	—	5916	69383	7430
1906	3731	7224	88600	24685

Die hohe Zahl der Streiktage im letzten Jahre entfällt im wesentlichen auf die Aussperrung der Klavierarbeiter; durch diese Aussperrung gingen nicht weniger als 19278 Arbeitstage verloren. Im übrigen aber ist hier der unzweideutige Beweis, daß die weitaus größte Zahl verlorener Arbeitstage auf die durch die unsicheren Produktionsverhältnisse des Kapitalismus hervorgerufene Arbeitslosigkeit entfällt. Nicht die „Faulheit“ der Arbeiter, wie so mancher patriarchalische Großpapa und Beschöniger der gottgewollten Gesellschaftsordnung behaupten möchte, ist die Ursache des Arbeitslosenendens, sondern die Unsicherheit des kapitalistischen Produktionssystems.

Freilich, die dänischen Tischler haben gewaltige Opfer gebracht, um durch Selbsthilfe sich vor den schwersten Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen. In den vier Jahren 1902 bis 1906 verausgabte der Tischlerverband nicht weniger als 146 590,25 Kronen an Arbeitslosenunterstützung. Für Streikende und Aussperrte wurden im selben Zeitraum 79 894 Kronen verausgabt. Eine respektable Leistung die mehr als alle Worte die Festigkeit der dänischen Tischlerorganisation, die Opferfreudigkeit ihrer Mitglieder beweist.

W. J.-n.

Soziales.

Christliche Arbeiter über Wohlfahrts-Einrichtungen.

Wenn ehemals von unserer Seite auf die bedenkliche Seite der sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen hingewiesen, wann gesagt wurde, daß derartige Einrichtungen mehr zum Schaden als zum Nutzen der Arbeiter dienen, indem sie diese der Bewegungsfreiheit berauben, dann galt das in ultramontanen Kreisen als ein Beweis „sozialdemokratischer Fehlsucht“. Je mehr sich infolge der christlichen Arbeiter um wirtschaftliche und sozialpolitische Dinge kümmerten, je öfter sie mit dem Unternehmertum in Auseinandersetzungen gerieten, im selben Maße gewannen sie auch Einsicht in das Wesen der ehemals so laut gepriesenen Wohlfahrts-Einrichtungen, die sie dann schließlich mit ebenso scharfen Worten verurteilen lernten, wie es Sozialdemokraten nur je getan haben.

In Aachen stehen die Arbeiter der Farbwarenfabrik Gebr. Vossen im Streit mit den Arbeitgebern. In einer Versammlung der Keramarbeiter in Aachen, die Stellung zu diesen Differenzen nehmen sollte, führte der christliche Gewerkschaftsführer Wallz aus, daß „zwei Ausstände“

Aussperrungen für die Nachener Bevölkerung nichts Neues seien, daß aber dieser Fall ganz besonders interessant und lehrreich für die Arbeiter sei, da es sich um einen Betrieb handle, der bis jetzt als Musterbetrieb gegolten habe. Man habe aber damit nur die Öffentlichkeit getäuscht. Darauf behandelte in längeren Ausführungen der christliche Gewerkschaftsbeamte Schümmer die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer im allgemeinen und die der Firma Gebr. Woffen im besonderen. Nach dem Bericht des Nachener „Volksfreund“ sagte der Redner:

Die Gewerbefreiheit hat dem Arbeiter auch die persönliche Freiheit gewährt. Das Arbeitsverhältnis im Deutschen Reich ist heute rechtlich frei. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen sich theoretisch als völlig gleichberechtigte Kontrahenten gegenüber. Die Arbeiter wollen diese Bestimmung auch in die Wirklichkeit umgesetzt sehen. Gegen den Mangel oder die Versteuerung von Arbeitskräften suchen viele Arbeitgeber sich sicherzustellen durch ihre sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen“. Die wichtigste Wohlfahrtseinrichtung aber ist die praktische Anerkennung der Gleichberechtigung durch Zulassung von Arbeiterausschüssen und Anerkennung der Organisation der Arbeiter durch ihre Zuziehung bei Feststellung der Bedingungen des Arbeitsvertrages. Darauf kommt es an. Wenn man den Arbeiter, der in Not ist, unterstützt, um ihn abhängig zu machen, bringt man ihn um die Möglichkeit, die anerkannte Rechtslage auszunutzen. Das Arbeitsverhältnis ist „frei“, aber wie sehr kann es durch Wohlfahrtseinrichtungen gehemmt werden! Will der Arbeiter auf seinem Recht bei Abschluß der Arbeitsbedingungen bestehen, so wird er gekündigt; und daran sind dann die schon oft erwähnten Nachteile der Wohlfahrtseinrichtungen geknüpft: Kündigung der Wohnung, Verlust der Pension usw. Es ist immer die alte Geschichte. Man hat das Bedürfnis, „großmütig zu sein“ und „feinen“ armen Arbeitern mehr zu geben, als ihnen eigentlich von Rechts wegen zusteht, und verlangt von den also Beschenkten, daß sie die Güte ihrer „Wohltäter“ stets vor Augen haben und sich dafür dankbar erweisen, zum Beispiel durch Verzicht auf politische oder soziale Rechtsansprüche. Menschenrechte sollen gegen ein Bismarck eingetauscht werden! Ähnlich sei es im Betriebe von Gebr. Woffen. Es wurden „Wohlfahrtseinrichtungen“ getroffen, und der Herr Kommerzienrat glaubte den Arbeitern mehr gegeben zu haben, als ihnen eigentlich zustehe. Die Arbeiter sind zum Teil von ihm abhängig gemacht worden. Zum Danke fordert Herr Kommerzienrat Woffen die Arbeiter auf, ihm zu Liebe auf Menschenrechte zu verzichten, sich nicht der Organisation anzuschließen. Und da wundert man sich noch, wenn die Arbeiterkraft gegenüber diesen Wohlfahrtseinrichtungen immer skeptischer wird. Sie hält ein Stück Brot, das sie selbst erarbeitet hat, in höheren Ehren als geschenkt, aber mit Preisgabe von Rechten und Freiheiten erkauften Kuchen. Wir wollen uns den Vorwurf der Undankbarkeit gegenüber solchen Einrichtungen gern gefallen lassen. Andererseits werden wir alles daransetzen, über den wahren Wert solcher Einrichtungen die Öffentlichkeit voll aufzuklären. Die Arbeiterkämpfe kämpfen nicht nur um höheren Lohn, um kürzere Arbeitszeit, sie kämpfen auch um ihre Rechte in der Gesellschaft. Die Arbeiter sind selbständig geworden und wollen auf eigenen Füßen stehen, sie wollen keine Bevormundung, denn sie haben Selbstständigkeits- und Freiheitsgefühl.

Das ist nicht nur sehr richtig, was der christliche Gewerkschaftsmann hier sagt, sondern er hat auch seine Meinung in sehr entschiedener Form Ausdruck gegeben. Er fand vielen Beifall — ein Zeichen, daß die christlichen Arbeiter auch in den dunkelsten Momenten zu vernunft beginnen, wenn sie sich um die Besserung ihrer Lage kümmern. Leider kommt ihre bessere Einsicht immer etwas spät und ihre Führer tragen kein Bedenken, diejenigen, die weiter in der Erkenntnis sind, zu schmähnen und zu verleumden — zum Schanden der Arbeiterklasse, der nichts mehr tut als Einigkeit und Geschlossenheit!

Gewerbeinspektion in Hessen. Die Gewerbeaufsicht in Hessen soll nach dem Budget für das Jahr 1907 erheblich erweitert werden. Die zweite Kammer hat am 12. März beschlossen, die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten um fünf zu vermehren, die aus Arbeiterkreisen entnommen werden sollen.

Wie alt sind die Mitglieder einer Ortskrankenkasse? Über das Alter der versicherten Arbeiter macht sich mancher „Gelehrte“ und auch der Laie oft ein ganz falsches Bild. Man hat gewöhnlich unsere Altersversicherung im Auge, die erst mit dem zurückgelegten 70. Lebensjahr dem Versicherten die ach so karge Monatsrente zahlt. Das Lebensalter des Arbeiters wird deshalb sehr überschätzt. Es ist deshalb die Statistik einer Ortskrankenkasse von großem Interesse, die als Zentralkasse alle Berufe des Ortes umfaßt, keine Altersgrenzen hat, aber auch wenig Konkurrenz durch Betriebskassen usw. aufzuweisen hatte.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. stellte folgende Statistik zusammen. Versichert waren im Jahre 1906:

Alter	männlich	weiblich	zusammen
14 bis 15 Jahre	2022	756	2778
16 „ 20 „	16996	7121	24117
21 „ 25 „	15164	5442	20606
26 „ 30 „	10804	2435	15239
31 „ 35 „	5879	960	6839
36 „ 40 „	3981	609	4590
41 „ 45 „	2591	370	2961
46 „ 50 „	2021	295	2316
51 „ 55 „	1453	166	1619
56 „ 60 „	948	98	1041
über 60 „	821	70	891
ohne Altersangabe	508	180	688
Zusammen:	68183	18447	81630

Was beweisen die Zahlen? Die größte Zahl der Versicherten steht im Alter unter 30 Jahren, und zwar 27000 im Alter unter 20 Jahren, 47000 im Alter unter 25 Jahren und 60640 im Alter bis zu 30 Jahren. Dann sinkt die Ziffer riefzig. Über 60 Jahre alt waren nur 948 Rassenmitglieder, und doch zahlen alle Beiträge zur Invalidenversicherung, die erst mit dem 70. Jahre Altersrente zahlt. Die große Mehrzahl der Arbeiter stirbt also nach zurückgelegtem 30. Lebensjahr, kann also kaum ein- bis zweimal sein Wahlrecht zum Reichstag ausüben!

Junierfort Preiserhöhungen. Die neueste Nummer des „Konfektionär“ meldet in 23 Fällen zum Teil wiederholte Preiserhöhungen auf dem Gebiet der Textilindustrie.

X. Die Tätigkeit der Schulärzte 1905/06. Ein wahres Schulbeispiel für die Beurteilung sozialistischer Reformen ist die Entwicklung des Schularztes. Als eine notwendige sozialpolitische Maßregel, eine dringende Forderung aus dem Gedanken der allgemeinen Schulpflicht geboren, wird die Bestellung von Schulärzten seit geraumer Zeit, namentlich von sozialdemokratischer Seite gefordert. Mit Mühe und Not setzte sie sich zuerst in einigen Orten meist nur in unzulässiger Maße durch. Und überall beweist sie sich als eine höchst segensreiche, ja unentbehrliche Einrichtung. Leider muß auch in der sehr fleißigen und interessanten Bearbeitung der für das Schuljahr 1905/06 vorliegenden Berichte, die Dr. G. Bach in Nr. 1 bis 5 der „Medizinischen Reform“ veröffentlicht, festgestellt werden, daß die Einrichtung im Laufe des Jahres noch immer keine erheblichen Fortschritte gemacht hat. Daher ist es erfreulich, daß die preussische Regierung von den Landes- und Sanitätsräten Gutachten über die Frage der obligatorischen Einführung der Schulärzte eingefordert hat. Warten wir ab, ob und in welchem Umfang die Regierung des Kaiserreichs sich zur Erfüllung einer derartig wichtigen Kulturfrage verstehen wird. Aber auch schon die wenigen vorliegenden Berichte bieten ein reiches Maß von sozialer Belehrung und wertvollen Vorschlägen.

So hören wir, daß von den Schulkindern in Braunschweig 1764 eine gute, 2012 eine mittlere und 285 eine schlechte Konstitution aufwiesen. An Skrofuloze, Blutarmut litten von 5233 Untersuchten 563, an Lungentuberkulose 89, an Rückgratverkrümmungen 188, 345 an Ungezieser, 14 an Krätze. Das Gehörvermögen war nur bei 25, das Sehvermögen bei 212 schlecht. Letzteres verschlechterte sich während des Schulbesuchs derart, daß auf 34 Schlechtsehende des ersten Schuljahres 71 im dritten und 107 im fünften Schuljahr kommen: eine deutliche Wirkung unserer auf Lesen und Schreiben aufgebauten Lehrmethode. Sehr merkwürdig ist das starke Überwiegen des weiblichen Geschlechtes bei der Rückgratverkrümmung; in Magdeburg waren von 68 Betroffenen 51 Mädchen, vielleicht eine Folge der „häuslichen“ Erziehung der Mädchen und ihrer allzu frühen Verwendung zum Kindereschleppen und sonstigen Diensten, während die Knaben sich austoben und körperlich kräftigen.

Der Magdeburger Bericht ist besonders lehrreich. Dort wurden bei 9980 untersuchten Kindern ohne Einrechnung der schadhafte Gebisse, der Schwach-, Kurz- und überflüchtigen mehr als 6800 Krankheiten festgestellt, wobei wohl mitunter mehrere auf ein Kind kommen. Bemerkenswert ist namentlich auch die erschreckende Verbreitung von Zahnkrankheiten. Es hatten nur 1975 ein gutes, dagegen 1407 ein schadhafte, 1119 ein schlechtes Gebiß. Deshalb ist die vom Zahnärztlichen Verein Elsaß-Lothringens organisierte Anregung zur Errichtung städtischer Schulzahnkliniken in allen Städten über 10 000 Einwohner sehr beachtenswert. Eine solche Klinik besteht in Straßburg mit bestem Erfolg seit 1902. Im letzten Jahre wurden hier durch zwei Schulzahnärzte von etwa 17 000 Volksschulkindern 7600 behandelt (8552 Extraktionen und 8340 Füllungen). Die Kosten für die Stadt betragen 8600 Mk. Auf seinem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege lassen sich für verhältnismäßig geringe Summen solche Erfolge erzielen. Der Magdeburger Bericht rühmt das Zusammenwirken von Ärzten und Lehrern. Er erwähnt auch den erfolgreichen Versuch, zur Unterbrechung der ansteigenden Kinder- und Müttersterblichkeit heranzutreten. Bedauert wird aber, daß die Eltern noch zu wenig den Hinweis auf notwendige ärztliche Behandlung beachten, selbst die kostenlose Beschaffung von Brillen unterlassen, Ohrenleiden und Wucherungen im Nasenrachenraum vernachlässigen.

Während der Braunschweiger Bericht Skrofuloze und Blutarmut (bei rund 11 Prozent) als Folge des Pauperismus feststellt, findet der Bernburger den allgemeinen Körperzustand nicht ungunstig, namentlich in der Volksschule (nur bei 0,8 bis 3 Prozent unbefriedigender Körperzustand). Ungünstiger ist der Gesundheitszustand dort in der Mittelschule. Auch in Bernburg hatten nur wenige Kinder gesunde Zähne: die günstigste Schule knapp ein Viertel, die ungünstigste ein Neuntel Kinder mit gutem Gebiß. Sehr zutreffend ist auch hier auf vielfach fehlende Reinlichkeit und die dringende Notwendigkeit der Schulbäder hingewiesen.

In Berlin waren, den 36 (jetzt 44) Schulärzten 29 600 unter 225 000 Gemeindegemeinschaftskindern (12 Prozent) zur Überwachung zugewiesen, davon 3800 wegen ungenügenden Kräftezustandes.

Eine Unsumme von Geld und Unverstand mit ihren traurigen Wirkungen auf die Volksgesundheit decken die Berichte auf. Ihre Folgerungen gehen weit über den Rahmen der Schulgesundheitspflege hinaus auf grundsätzliche wirtschaftliche und kulturelle Umgestaltungen. Daß es damit nicht „überfüllt“ gehen und der Jammer noch möglichst viele Jahrzehnte fortgedauert werde, dafür werden unsere Regierungen schon sorgen. Die Wähler wollen es ja nicht anders.

Die englische Großhandelsfirma hatte im letzten Jahre 450 Millionen Markt Umsatz gegen 415,7 Millionen Markt im Jahre vorher. In diesem Umfang war das Kolonialwarengeschäft mit 369 Millionen Markt beteiligt gegen 340,4 Millionen Markt im Vorjahr.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, einen wöchentlichen Lokalbeitrag in angegebener Höhe neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. März: Trebbin 20 Pf.,

Gebweiler 10 Pf.; ab 10. März: Grünstadt 25 Pf.; ab 17. März: Anklam 30 Pf., Bernau 50 Pf., Glatz 20 Pf., Gleiwitz 20 Pf., Jekhoe 50 Pf., Katowitz 30 Pf., Rönigshütte 10 Pf., Viegitz 20 Pf., Markranstädt 25 Pf., Maderberg 30 Pf., Stolp 30 Pf., Taucha 50 Pf., Unna 30 Pf., Zabrze 20 Pf.; ab 23. März: Coblenz 20 Pf., Gummersbach 25 Pf.; ab 1. April: Biberach 20 Pf., Bielefeld 30 Pf., Brudmühl 15 Pf., Cella 30 Pf., Danzig 30 Pf., Eisenburg 30 Pf., Eisenberg 15 Pf., Feuerbach 10 Pf., Frankfurt a. O. 50 Pf., Freiberg i. S. 15 Pf., Fürstberg a. O. 10 Pf., Glashütte 5 Pf., Greifswald 30 Pf., Gynau 25 Pf., Heidelberg 30 Pf., Jerne 10 Pf., Kaufbeuren 10 Pf., Lindau 20 Pf., Lügumkloster (Eingelmitglieder) 25 Pf., Magdeburg 50 Pf., Mülhausen i. Elz. 10 Pf., Neuruppin 10 Pf., Offenbach 50 Pf., Oldesloe 50 Pf., Pasing 25 Pf., Pforzheim 30 Pf., Rosenheim 25 Pf., Sangerhausen 5 Pf., Schwerin i. M. 30 Pf., Tölz 15 Pf.

Für die weitere Beschlußfassung in den Zahlstellen über die Einführung eines höheren Beitrages zwecks Unterstützung der Ausgesperrten machen wir darauf aufmerksam, daß wir nur Beitragsmarken in folgendem Wertbetrag vorrätig haben: 55, 60, 65, 70, 75, 80, 90, 100 und 120 Pf. Wir ersuchen, bei der Festsetzung der Beitragshöhe hierauf Rücksicht zu nehmen.

An freiwilligen Beiträgen für die ausgesperrten Mitglieder sind bei der Hauptkassa weiter eingegangen und werden hiermit quittiert: von den Zahlstellen Bürgel i. Th. 200 Mk., Oberhausen 100, Bonn 100, Witten 80, Mainz 1000, Gebweiler 15, Mosbach 10, Böhlen 10, Weinheim 30, Lauterberg 1. Rate 200, Bielefeld 500, Abbau i. S. 25,08, Mafeld 20, Heilbronn 200, Pforzheim 300, Braunschweig 100, Cästrin 20, Pasing 100, St. Georgen 1. Rate 10, Helmstedt 200 Mk.; von den Arbeitern der Holzleitenfabrik Schiefenbusch in Cöln 3 Mk.; durch Kleit Böhlen in Wildenspring gesammelt 2,50 Mk.; von Einzelmitgliedern Rasche: in Wittingen 1 Mk., Quast und Augustin in Groß-Wangleben 1, Schäfer in Gandow 1, Herr in Schwalingen 1,40, Wilms in Burg auf Fehmarn 3, Sellner in Burg auf Fehmarn 3 Mk.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 12946 Boleslaw Jizta, Tischler, geb. 22. 3. 68 zu Znowrazlaw.
 - 175763 Wilhelm Sommer, Tischler, geb. 22. 8. 76 zu Uterzen.
 - 186060 Andr. Wolters, Polierer, geb. 23. 9. 74 zu Zülpichen.
 - 234024 Fritz Dubeck, Tischler, geb. 6. 6. 87 zu Viegitz.
 - 255042 Frz. Wiedermann, Tischler, geb. 17. 9. 75 zu Jntroschin.
 - 298894 Johannes Woyens, Tischler, geb. 23. 1. 87 zu Zating.
 - 317306 Paul Diederich, Drechsler, geb. 20. 6. 81 zu Walen.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitzende

Korrespondenzen.

Mafeld. In der letzten Zeit fanden hier einige interessante Versammlungen statt. In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach unser Gauvorsitzer, Kollege Buckendahl, über den Wert der Organisation. Eine weitere Entwicklung unseres Verbandes ist aber auch gerade für unseren Ort dringend nötig; beträgt doch die durchschnittliche Arbeitszeit noch 11 Stunden bei einem Stundenlohn von 18 bis 20 Pf. In der Versammlung ließen sich 15 Kollegen neu aufnehmen. Nicht minder erfolgreich war die öffentliche Stuhlarbeiterversammlung, in welcher Kollege Werner referierte, mit dem Ergebnis, daß 21 neue Mitglieder in den Verband aufgenommen wurden. In ganzen Örtchen sind konstatieren, daß es in Mafeld vorwärts geht, haben wir doch seit Januar einen Zuwachs von 71 Mitgliedern zu verzeichnen. Wir wollen uns aber damit nicht zufrieden geben, sondern unablässig weiter agitieren. Insbesondere ersuchen wir die Kollegen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Die nächste öffentliche Versammlung findet am 14. April nachmittags halb 4 Uhr im „Goldenen Stern“ statt. Auch seien die Kollegen auf die am 5. April stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht.

Uterzen. Es ist noch nicht ganz ein Jahr ins Land gegangen, seitdem unsere Zahlstelle zu neuem Leben erwachte. In sehr kurzer Zeit ist der Mitgliederstand auf 20 bis 25 angewachsen und hat sich seitdem auf dieser Höhe erhalten trotz des großen Wechsels und anderer Schwierigkeiten, mit denen man hier zu kämpfen hat. Natürlich ist der Verband den hiesigen Unternehmern ein Dorn im Auge, und sie haben auch diesen Winter ihr möglichstes geleistet, um unseren Mitgliedern und hauptsächlich dem Bevollmächtigten die Arbeit zu erschweren. Schließlich wurde ihm sogar gekündigt. Daraufhin wurde zum 5. März eine Versammlung einberufen, die sehr gut besucht war, auch unser Gauvorsitzer Kollege Christensen nahm an derselben teil. Das Gebahren der Unternehmer wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Unser Gauvorsitzer, der noch über die Berliner Aussperrung sprach, wurde zum Schluß beauftragt, die Zurücknahme der Kündigung des Bevollmächtigten, welche als Maßregelung angesehen wurde, und den Zehnstudententag zu fordern, aber nur in der Werkstätte des Herrn Klein, da Herr Wachenhut den Zehnstudententag schon vor einigen Jahren auf unsere Veranstaltung eingeführt hat. Die Verhandlungen verliefen zunächst ergebnislos, als aber die Kündigung eingereicht war, betamen wir alles bereitwillig. Den Kollegen am hiesigen Orte rufen wir zu: „Schließt enger und fester die Reihen, besucht recht eifrig und pünktlich die Versammlungen und sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege hier unter unsere Fahne kommt. Müßig und müßig vorwärts geschritten!“

Bremerhaven. (Schiffszimmerer.) Am 28. Februar tagte im „Kolozeum“ eine Sektionsversammlung der Schiffszimmerer. Zum ersten Punkt „Unsere Wohnverhältnisse auf den Werften“ gab der Genosse Schlüter in kurzer Rede einen

Überblick vom verfloffenen Jahre. Besonders rügte er die Unruhe und Gleichgültigkeit der Kollegen. Nach statistischer Aufnahme sind von 500 Schiffszimmerern am Orte 380 organisiert. Die Kollegen tun gerade so, als ob nach Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband überhaupt nichts mehr getan werden brauche. Wie sehr das Feld der Bearbeitung bedarf, zeigen allein die Löhne der einzelnen Werften; es zahlen der Norddeutsche Lloyd Höchstlohn 48 Pf., niedriger Lohnd 38 Pf., Tecklenborg 48 Pf. — 36 Pf., Seebeck 51 Pf. — 40 Pf., Mickers 47 Pf. — 38 Pf., Delphin-Werft 45 Pf. — 41 Pf., die Werft in Gimsbaden zahlt 47 Pf. — 40 Pf. Schon vor 30 Jahren hatten die Schiffszimmerer Bremerhavens einen Stundenlohn von 40 Pf. erungen; wenn man dieses vergleicht gegenüber den heutigen Löhnen und den jetzigen Lebensmittelpreisen, so ist kein Fortschritt zu verzeichnen. Schuld daran sind nicht die Versammlungsbefucher, denn das sind bei jeder Versammlung dieselben, sondern die, die jeder Versammlung fernbleiben. Von den Kollegen, die in jeder Versammlung fehlen, verzichten die meisten Überstundenarbeit, sie glauben recht viel Lohnstunden herauszuschlagen zu müssen, wer aber den Nutzen davon hat, das leuchtet ihnen nicht ein. Schuld daran hat auch das Vertrauensmännersystem, das sehr mangelhaft ausgebaut ist. Viele Kollegen, die beim Norddeutschen Lloyd beschäftigt sind, betrachten genannte Firma beinahe als Zivillieferungsanstalt, denn sobald sie da in Arbeit sind, ist ihr Interesse für die Gewerkschaftsbewegung nahezu verschwunden. Nachdem über diese Ausführungen eine rege Diskussion stattgefunden, wurde der zweite Punkt erledigt. Zum dritten Punkt „Die Kämpfe in der Holzindustrie“ verbreitete sich der Obmann über den schändlichen Tarifbruch der Berliner Scharfmacher sowie über die von den Bürger und Kieler Unternehmern so frivol vom Zaune gebrochene Aussperrung. Nach kurzer Diskussion wurde die Versammlung vom Obmann mit der Aufforderung, in Zukunft die Sektionsversammlungen zahlreicher zu besuchen, geschlossen.

Dresden. (Werftarbeiter.) In Dresden beschränkt sich die Organisation und auch die Beschäftigung auf einen Betrieb. Tischler und Schiffbauer sind rund 100 beschäftigt. Der Jahresverdienst schwankt zwischen 1000 und 1600 Mk., steht also in keinem Verhältnis zur Schwere und Lebensgefährlichkeit der Arbeit wie zu den bestehenden Teuerungsvhältnissen einer Großstadt. Die 80 stündige Arbeitszeit, die von den Metallarbeitern besonders und von den Tischlern durch Überstunden oft zu einer 70 bis 80 stündigen ausgedehnt wird, ist jedoch von den Schiffbauern mit ganz wenig Ausnahmen innegehalten worden. Eine im Sommer eingereichte Lohnforderung brachte wenig Erfolg. Leider ist das Organisationsverhältnis noch nicht befriedigend. Im Verlauf des Jahres haben 18 Besprechungen stattgefunden, in denen die Kollegen zu allen den Verband und die Werftarbeiter besonders interessierenden Fragen Stellung nahmen. Recht häufig waren wir gezwungen, zu den mangelhaften sanitären Einrichtungen der Betriebe Stellung zu nehmen. Die Betriebsleitung verpflichtet zwar für Abhilfe und Neueinrichtung zu sorgen, aber nachher geschieht nichts. Die Forderung nach Badeeinrichtung wurde mit der klassischen Begründung abgetan, daß die Einrichtung doch nicht so groß geschaffen werden könnte, daß alle baden könnten. Leider ist ein Teil der Kollegen so abgestumpft, daß sie es ruhig hinnehmen, wenn sie bei Wind und Wetter ohne Schutz arbeiten müssen. Kollegen der Werft, seht alles daran, um auch die letzten Kollegen noch aufzuklären. Dem kapitalkräftigen und probigen Unternehmertum gegenüber können wir nur mit einer geschlossenen Organisation ankämpfen.

Die photographische Branche hielt im Vorjahr 4 öffentliche Versammlungen, 18 allgemeine und 28 Werkstattbesprechungen ab. In 10 Betrieben sind 242 männliche und 2 weibliche Arbeiter beschäftigt. Verheiratet sind 202, Witwer 2, ledig 40 Kollegen. Das Alter ist von 17 bis 72 Jahren. 26 bis 30 Jahre alt sind 50; 31 bis 35 Jahre alt 61 und 36 bis 40 Jahre alt 48 der Beschäftigten. Im Holzarbeiterverband sind 208 = 85 Prozent organisiert. Sische gibt es 10, christliche 3, in anderen Verbänden 4 Kollegen. Unorganisiert 19 Kollegen. Politisch organisiert waren 107, Helfer der „Arbeiter-Zeitung“ 170, Konsumvereinsmitglieder 128 Kollegen; gegenwärtige Zeitungen lasen 20, verschiedene Zeitungen 13, keine Zeitung hielten 48 Kollegen. Die Sektionsleitung besteht aus den Kollegen D. Momig, Jakobstraße 1111, G. Kirsch, N. Wielig.

(Vergolder und Rahmenmacher.) Gatten schon vor dem Anschluß der Vergolder an den Holzarbeiterverband die Kollegen dieser Branche mit Hilfe des Verbandes zwei Versammlungen und mehrere Besprechungen abgehalten, so wurde die Agitationsarbeit nach dem Anschluß mit verstärkter Energie weiter betrieben, und zwar erfolgreich. In der am 18. Februar tagenden Versammlung wurde eine selbständige Sektion der Vergolder und Rahmenmacher gebildet. Als Sektionsleiter wurden die Kollegen O. Hoff, Leichsenring und Hausdorf gewählt. In Vergolderbereien sind in Dresden insgesamt 49 männliche, 14 weibliche Kollegen beschäftigt. Die Lohnverhältnisse sind äußerst niedrig: 17 Mk. und 20 Mk. bis höchstens 26 Mk. die Woche. Dafür werden neben der meist 60 bis 68 Stunden betragenden Arbeitszeit Überstunden gemacht. Andere Kollegen helfen sich durch Rufscharbeit für kleine Geschäfte, die nicht ständig einen Vergolder beschäftigen können. Durch die lange Zeit des Indifferentismus sind die Kollegen derartig an solche Zustände gewöhnt, daß es nur durch weitere intensive Aufklärungsarbeit möglich sein wird, hierin Änderung zu schaffen. Schon ist es gelungen, den größten Teil der Kollegen zu organisieren, es wird nicht gerastet werden, bis auch die noch Außenstehenden der Organisation zugeführt sind. Wohl wird es schwer halten, doch die organisierten Kollegen der Sektion sind gewillt, nicht eher zu rasten, bis auch die Dresdener Vergolder den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Arbeitsverhältnisse haben. In der Rahmenbranche sind 69 Kollegen beschäftigt. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 51 bis 64 Stunden. Der Lohn bewegt sich zwischen 18 und 33 Mk. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die ganze Zeit der Teuerung hindurch die gleichen geblieben. Die Kollegen in den Rahmenwerkstätten haben zwar etwas erreicht, doch wird durch die an die schlechten Verhältnisse gewöhnten Arbeitskollegen ein Vorwärtsschritt sehr erschwert. Durch gemeinsames Arbeiten werden aber die Kollegen der neuen Sektion bemüht sein, alles zu tun, um einen Ehrenplatz in der Organisation zu erreichen.

— Eine am 11. März stattgefundene, von zirka 2500 Kollegen besuchte Generalversammlung unseres Verbandes stimmte einem Antrag der Verwaltung, den Beitrag für Dresden von 65 Pf. auf 1 Mk. zu erhöhen, ohne Debatte mit großer Begeisterung einstimmig zu.

GusKirchen. Letzten Herbst waren hier die Kollegen in dem Betriebe von Schmidt zwecks Besserung der Arbeitsverhältnisse in einen Streik eingetreten, der ergebnislos verlief, da sich einige Kollegen durch Versprechungen zur Wiederaufnahme der Arbeit überreden ließen und von auswärts Arbeitswillige in genügender Zahl eintrafen. Die Abtrünnigen müssen wohl nicht die Macht der Organisation, insonderheit des Holzarbeiterverbandes kennen, der den Kollegen schon so viele Erfolge gebracht hat, sonst hätten sie dem Verband nicht den Rücken gekehrt, sondern hätten nach dem Mißerfolg hier erst recht sich zusammengeschlossen und betätigt. So suchen gerade bei Schmidt jetzt mehrere Kollegen, die erst kurz vor dem Kampf dem Verband beigetreten, jetzt aber aus demselben wieder ausgetreten sind, sich durch Liebkindmachen von dem Arbeitgeber bessere Arbeitsverhältnisse zu erringen. Manchmal begnügen sie sich allerdings schon mit einem gnädigen Anlächeln des Betriebsführers. Ähnlich liegt es auch in anderen Betrieben. Gibt es doch Kollegen, die sagen, für mich hat der Verband keinen Zweck, ich bleibe ja doch hier. Aber gerade deshalb sollten die Kollegen den Verband kräftigen, um auch hier in GusKirchen bessere Verhältnisse schaffen zu helfen. Mit einem Gesangs- oder Theaterverein ist der Verband allerdings nicht zu vergleichen, dafür gebührt ihm aber als wirtschaftlichem Interessensverein vor jenen auch der große Vorzug. Es muß also mit den Drückebergereien und Entschuldigungen endlich Schluß gemacht werden; von selbst wird sich unsere Lage nie verbessern. Daß aber Verbesserungen entschieden notwendig sind, kann niemand hier bestreiten, und daß sie eingeführt werden, das sind wir uns selbst und unserer Familie schuldig. Doch hier kann nur Wandel geschaffen werden, wenn wir die nach Hunderttausende zählenden Kollegen aus allen Gauen des Reiches im „Deutschen Holzarbeiterverband“ im Rücken haben. Die Kollegen können sich jederzeit zur Aufnahme melden, und besonders Samstagabend im Verbandslokal, Gte Hoch- und Waisenstraße. Folge also ein jeder seiner Pflicht, nach dem Grundsatz „tue recht und scheue niemand“.

Franz. Buchholz. Seitdem die Korbmacher im Jahre 1906 einen Tarif mit den Meistern abgeschlossen haben, durch welchen die Preise der Kiepen auf 19 Mk. pro Duzend festgesetzt wurden, sinnen die Gärtner darauf, die Preise wieder herunterzudrücken. Sie haben einen Verein gegründet, den sie Gemüseverein nennen, und streben danach, billige Arbeit zu bekommen. Sie versuchen es mit Hohrkiepen und haben auch solche bekommen, und zwar für einen Preis wie sie hier nicht geliefert werden können. Ein Herr Schwarz aus Weipenssee hat sich erboten, das Duzend für 12,50 Mk. zu liefern. Darum ersuchen wir die auswärtigen Kollegen in den Orten, wo grüne viereckige Kiepen gemacht werden, sich mit dem Bevollmächtigten der Zahlstelle Franz. Buchholz, Heinrich Dochow in Verbindung zu setzen, um sich wegen des Lohnes zu verständigen. Hohrkiepen werden auch außerhalb angefertigt, auch von diesen sollte uns der Preis mitgeteilt werden.

Furtwangen. Da unsere Mitgliederversammlungen in letzter Zeit so mangelhaft besucht werden, sehen wir uns veranlaßt, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die Lohn- und Lebensmittelverhältnisse gewiß nicht derartig gestellt sind, gegen den Verband eine solche Gleichgültigkeit an den Tag zu legen. Da doch in letzter Zeit verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht worden sind, so wäre es wahrlich an der Zeit, durch regen Versammlungsbesuch die Möglichkeit der Besserung zu geben. Kollegen, glaubt ihr, einzelne Kollegen setzen in der Lage, alles zu regeln und zu ordnen, wie ihr es wünscht, wenn ihr selbst nicht mit Hand anlegt? Da doch zur letzten Versammlung ein Antrag angefaßt war, durch eine neue Organisation ein Verbandslokal anwesend sein zu lassen, dem wir oblie nicht so. Hören wir, daß die nächste Versammlung besser besucht ist. Wie bereits bekannt gegeben, wird auch in den nächsten Versammlungen über verschiedene Punkte, worüber jeder Gewerkschaftler orientiert sein muß, verhandelt werden. Wenn wir so faunselig weiter arbeiten, werden wir einst in der Lage sein, solche frivolen Lebensarten, wie der Vorarbeiter Müller in der Badischen Uhrenfabrik einem älteren Kollegen gegenüber geküßert, entgegenzutreten. Besagter Herr erklärte dem Kollegen, der 2,50 Mk. sage und schreibe zwei Mark fünfzig Pfennig Lohn hatte, „du verdienst deinen Lohn nicht“. Wir verweisen jeden Kollegen auf die Befanntgabe des Hauptvorstandes in die Mitglieder in Nr. 10 der Zeitung. In dieser Sache wollen wir in der nächsten Versammlung Beschluß fassen. Kollegen, wie ihr selbst wißt, daß nur durch Geschlossenheit etwas kann durchgeführt werden, so möchte jeder Holzarbeiter, der dem Verband fernsteht, seine Pflicht tun und im Verbandsleben tätig sein, um neue Mitglieder zu werden.

Hamburg (Korbmacher). Nach den Annoncen, die in der letzten Zeit in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gebracht wurden, sollte es scheinen, als wäre hier so viel Arbeit, daß es an Arbeitskräften mangelte. Dem ist aber nicht so. Differenzen bestehen zwar zurzeit nicht. Die Geschäftslage ist aber so, daß wenn jemand Feierabend bekommt, es ihm schwer fällt, wieder Arbeit zu bekommen. Zurzeit liegen schon mehrere Kollegen wegen Arbeitsmangel auf der Straße. Die Annonce von Heilmann, der gleich zwanzig Mann suchte, sind auch wohl nur auf Konto der erhofften Geschoßkörbe zu setzen. Nachdem die Submision zurückgegangen ist, stellt er keine Deute ein. Eine Anzahl hiesiger Kollegen hat er schon zurückgewiesen mit der Äußerung, daß er Leute genug habe. (Bei dem letzten Inseratenauftrag der Firma Heilmann hat die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ bei der Lokalverwaltung angefragt. Diese hat stillschweigend ihr Einverständnis mit der Aufnahme erklärt.) Es ist sehr wahrscheinlich, daß in den nächsten Wochen noch mehr Kollegen auf die Straße kommen. Also, Kollegen, wenn ihr vor Enttäuschung bewahrt sein wollt, so spart euer Meißelgeld.

Heilbronn a. N. Unter Hinweis auf § 11 des Preisgesetzes werden wir von der Heilbronner Fahrzeugfabrik, Inhaber Paul Günther, um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht: „Es ist unwar, daß wir jemals

einem unserer Mitarbeiter eine Strafe von 8 Mk. die Woche abgezogen haben. Wohl hatten wir leiblich Anlaß, einem Wagnergehilfen, der durch eine an Ablässigkeit grenzende Fahrlässigkeit eine zur Ablieferung bestimmte Luxuskarosserie stark beschädigte, zu 8 Mk. Schadenersatz heranzuziehen. Es kommt dieser Betrag noch nicht auf den sechsten Teil von dem aus, was wir selbst dadurch für eine Schädigung erlitten, und auch nur die mehrfache Nachlässigkeit dieses Angestellten hat uns dazu bewogen, ihn zu einem Teil der Kosten heranzuziehen. Was die weiteren Ausführungen in diesem Artikel anbetrifft, so beruhen sie mehr oder weniger auf Entstellung. Daß in unserem Betriebe ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrscht, dürfte wohl am besten damit bewiesen werden, daß von letzteren reichlich zwei Drittel seit der Begründung unserer Firma, das ist seit mehr als 1 1/2 Jahren, bei uns tätig sind.“

Jümenau in Thüringen. In der am 4. März sehr zahlreich besuchten Mitgliederversammlung, in der unser Gauvorsteher, Kollege Pappes-Erfurt, über die Kämpfe in der Berliner Holzindustrie referierte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen. Die Zahlstelle Jümenau des Deutschen Holzarbeiterverbandes spricht den an der Aussperrung in Berlin beteiligten Kollegen ihre volle Sympathie aus, und sichert denselben auch ihre materielle Unterstützung zu, soweit die zurückgebliebenen Thüringer Arbeitsverhältnisse dies gestatten. Der Vorstand unseres Verbandes wird gebeten, die Mitglieder zur Aufbringung außerordentlicher Mittel zur Durchführung unserer Kämpfe aufzufordern. An der Opferwilligkeit der deutschen Holzarbeiter muß der Übermut der Arbeitgeber zerschellen. Der Vorsitzende dankte für die zahlreich besuchte Versammlung und wünschte, daß jede Versammlung so vollzählig besucht sei. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband schloß die sehr interessante Versammlung.

Juchoc. In der letzten Mitgliederversammlung wurde nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Kollegen Willers-Hamburg durch Annahme einer Resolution der Berliner, Kieler und Burger Kollegen die volle Sympathie ausgesprochen und beschlossen, zur Unterstützung der ausgesperrten Kollegen bis auf weiteres einen Extrabeitrag von 45 Pf. pro Woche zu zahlen. — Die bei der Firma Biel (Reformsenker) beschäftigten Kollegen erhielten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Mögen sich andere Firmen die Firma Biel zum Muster nehmen. — Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 21. März statt. Alle Kollegen sollten dort erscheinen, denn in solch ernster Zeit ist eine gute Organisation fleißiger ernster Männer doppelt vonnöten. Also alle Mann an Bord!

St. Ludwig i. Gf. Die hiesigen Bauhandwerkmeister, unter ihnen auch die Schreinermeister, hielten vor einigen Wochen eine gemeinsame Sitzung ab, in welcher sie sich über die Einführung einheitlicher Tarife und den gemeinsamen Einkauf der Rohprodukte unterhielten. Größere Bedeutung für die Öffentlichkeit hat die in der Versammlung gefallene Drohung, daß unbequemeren Kunden, das heißt solchen, die nicht im Scharfmacherverband organisiert sind, die Rohmaterialien nur zu erhöhten Preisen oder auch gar nicht geliefert werden sollen. Selbstverständlich muß den Arbeitern gegenüber der größte Schneid an den Tag gelegt werden, deshalb wurde die Gelegenheit benützt, um mit Aussperrungen zu drohen, die bei ungerechtfertigten Lohnherabsetzungen in Szene gesetzt werden sollen. Es wäre zu wünschen, daß unsere Kollegen die Vorgänge im Lager der Scharfmacher im Auge behalten und rechtzeitig für den Ausbau unserer Organisation Sorge tragen.

Magdeburg. Auch unsere Zahlstelle nahm am 13. März in einer starkbesuchten außerordentlichen Generalversammlung Stellung zur Stärkung unserer Kriegsstaffe. An Stelle des nicht erschienenen Kollegen Stütsche-Berlin behandelte Kollege Gorgas den Entwicklungsgang der Aussperrungen des Arbeitgeberschutzverbandes. Aus den Verhandlungen, welche am 12. März in Berlin zwischen Holzarbeiterverband und der Unternehmerorganisation stattfand, wies Redner nach, daß es nur auf die Zertrümmerung unserer Organisation abgesehen ist, um dann wieder ungehindert die organisationslosen Arbeiter nach Herzenslust scheuen zu können. Dies zu verhindern ist heiligste Aufgabe jedes überzeugten Arbeiters. Die Verwaltung beantragte deshalb den Lokalbeitrag um 25 Pf. auf ein halbes Jahr zu erhöhen. Sämtliche Redner waren sich darüber einig, daß außerordentliche Kämpfe auch außerordentliche Mittel erheischen. Der Antrag der Verwaltung gelangte denn auch mit übergroßer Mehrheit zur Annahme. Hiermit beträgt der Beitrag ab 1. April bis 1. Oktober 1 Mk. pro Woche. Sache der Magdeburger Kollegen wird es ja nun sein, trotz dieser vorübergehenden Mehrbelastung, auch weiter für die Gewinnung derjenigen Kollegen zu arbeiten, welche wohl stets ernten aber nicht säen wollen. Soll der jetzige Anschlag der Unternehmer auf unsere einzige Stütze im wirtschaftlichen Kampfe, auf unsere Organisation abgewehrt werden, so ist unermüdliches Agitieren und Organisieren eine unbedingte Notwendigkeit. Zum Krieg führen gehört Geld, und zwar viel Geld und eine gute Truppe. Um den Krieg, das heißt einen Streit von vornherein zu vermeiden, gehört doppelt viel Geld und der letzte Mann in die Organisation. Daß die Magdeburger Kollegen den Ernst der Zeit erkannt haben, bewiesen sie durch obigen Beschluß.

Mischelstadt. Am 8. März fand in Mischelstadt im Gasthaus Zum grünen Baum eine gutbesuchte Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Gasenzahl-Erbach referierte über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Für das Referat, in welchem Redner über den Wert der Organisation im allgemeinen und den Holzarbeiterverband im besonderen sprach, wurde von den aufmerksam zuhörenden Kollegen und Kolleginnen lebhafter Beifall gesendet. Auch die Erringung der politischen Macht durch Zusammenschluß der Arbeiter in sozialdemokratischen Wahlvereinen und intensives Eintreten bei Wahlen für sozialdemokratischen Kandidaten, sowie das Ausbreiten und Besetzen der Parteipresse wurde vom Referenten sowie sämtlichen Diskussionsrednern her-

vorgehoben. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Offenbach a. M. In der letzten Versammlung beschäftigten sich die Kollegen auch mit den jetzigen Ausperrungen in der Holzindustrie. Nach einem Referat des Kollegen Bütendahl wurde einstimmig beschlossen, einen freiwilligen Extrabeitrag von 30 Pf. pro Woche zu erheben.

Dos i. Baden. In der Fabrik Stolzenberg, Spezialfabrik für Kontor- und Bureaueinrichtungen, wurden vor kurzem unsere Mitglieder vor die Wahl gestellt, aus dem Holzarbeiterverband auszutreten oder die Fabrik zu verlassen. Den Anlaß zu jener Maßregelung fand man in einem Eingangsbrief in der „Holzarbeiter-Zeitung“, welches vor Zugung nach jener Fabrik warnte. Es war vor Weihnachten einigen Verbandsmitgliedern gekündigt worden mit dem Bemerkten, daß keine Arbeit vorhanden sei, was auch der Tatsache entsprach. Man hat sich des öfteren schon mit der genannten Fabrik beschäftigt, und wurden öfters schon Mißstände kritisiert, ohne daß sich die Fabrikleitung so schwer verlehrt fühlte wie durch das bezeichnete Eingangsblatt. Woher denn nun aber plötzlich der so scharfe Wind, der über die Verbandsmitglieder strich? Des Rätsels Lösung ist bald gefunden. Wie die Betriebsleitung selbst zugibt, plante sie vor Weihnachten, getrieben durch den schlechten Geschäftsgang und durch das Ausbleiben der Bestellungen aus dem Auslande, Arbeiter zu entlassen. Dieses unterließ jedoch in der Hoffnung, daß recht viele Bestellungen einlaufen würden. Als sich aber im neuen Jahre diese Erwartung nicht erfüllte, daß in der Zeit gewaltig angeschwollene Lager nicht verringert werden konnte, im Gegenteil für Tausende Mark neue Bestände hinzukamen, sah man sich zu Arbeiterentlassungen gezwungen. Jetzt war aber die Gelegenheit günstig, um seinen Ärger an den Verbandsmitgliedern auszulassen. Sie sollten es schwer empfinden und wurden nun entlassen. Die Betriebsleitung hatte sich aber doppelt getäuscht, wenn sie gehofft hatte, die Arbeiter zum Ausbleiben aus dem Verbandsverbande zu veranlassen. Trotzdem es sich größtentheils um verheiratete Kollegen handelte, haben alle einmütig die Arbeitslosigkeit dem Eldorado Stolzenberg vorgezogen, ohne sich auch nur zu bestimmen. Dadurch erwächst der Fabrik der wohl empfindliche Schaden, daß die besten und eingearbeiteten Kollegen ihr jetzt verloren sind, wie dieses selbst von der Betriebsleitung zugestanden wurde, und zwar in unserer Gegenwart. Wie wir vernehmen ist der Geschäftsbetrieb nicht allzu rentabel, ein Mißstand der durch Maßnahmen der bezeichneten Art gewiß nicht behoben wird. Nur weiter so, verheerliche Betriebsleitung. Früher bestand in dem Betrieb die 9 stündige Arbeitszeit, und das Geschäft ging, jetzt bei 10 Stunden ist es nicht mehr zum Laufen, wie wäre es, wenn man jetzt, wo doch ein Widerstand seitens der Arbeiter nicht zu befürchten steht, es mit der 11 oder gleich mit der 12 stündigen Arbeitszeit versuchen würde? Vielleicht könnte dieses noch — retten.

Basel. In auswärtigen Tagesblättern erscheinen des öfteren Inserate, durch welche für die Münchener Festenfabrik Vergolder und Polierer bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht werden. Diese Inserate haben den Zweck, den älteren Kollegen in der Fabrik das Verlangen nach besseren Löhnen zu verleiden. Den Zugereisten wird 3 bis 4 Mk. gezahlt, mit dem Versprechen, daß bei späterer Verwendbarkeit eine Zulage gewährt wird. Da jedoch die heutigen Lebensbedingungen derartige sind, daß mit solchen Löhnen nicht auszukommen ist, andererseits aber an die Leistungen der Arbeiter die höchsten Anforderungen gestellt werden, so möchten wir die Kollegen vor diesen Arbeitergeheulen warnen. Wir erfragen die Kollegen, nur den Basinger Arbeitsnachweis zu benutzen; derselbe befindet sich bei Franz Biswanger, Galtthaus zum „Münchener Hof“, und werden dort die Arbeitssuchenden über die Verhältnisse richtig aufgeklärt.

Mosenheim. Die Leistung eines freiwilligen Extrabeitrags hat, wie in letzter Zeit wohl in vielen anderen Zahlstellen, auch bei uns auf der Tagesordnung gestanden. Obwohl hier äußerst miserable Löhne gezahlt werden, was der nicht unbeträchtlichen Zahl von Kollegen bekannt ist, die schon hier gearbeitet haben, hat die Forderung eines Extrabeitrags allgemein freudigen Anklang gefunden. In geheimer Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, den wöchentlichen Beitrag von 55 auf 75 Pf. zu erhöhen. Trotzdem es hier eine Anzahl Kollegen gibt, die noch nicht 3 Mk. pro Tag verdienen, hat doch kein einziger gegen den Extrabeitrag gestimmt. Das sollte für die übrigen Zahlstellen des Gaues München ein Ansporn sein, dem Beispiel von Mosenheim zu folgen. Die gegenwärtige Ausperrung der Berliner Kollegen ist keine Angelegenheit, welche nur die Berliner angeht, es ist ein Schlag, der sich gegen den ganzen Holzarbeiterverband richtet. Unseren Verband wollen die Unternehmer vernichten, aber das darf ihnen unter keinen Umständen gelingen. Der Verband ist mit uns und durch uns groß geworden, er hat uns gegenüber stets seine Schuldigkeit getan, und mit seiner Hilfe ist es uns gelungen, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es wird und muß uns gelingen, auch diesmal die Anschläge der Mahardt und Konforzen zunichte zu machen. Zeigen wir, daß wir willens und imstande sind, mit aller Energie für unsere Organisation einzutreten. Jede Zahlstelle, auch die kleinste, ist in der Lage, einen Extrabeitrag zu leisten, und jeder Kollege wird willig sein Scherflein dazu beitragen, um den Scharfmachern die Lust zu vertreiben, mit solchen Mitteln unseren Verband zugrunde zu richten.

Konneburg. Am 2. März hielt die Zahlstelle eine Versammlung ab, in der Kollege Friedrich Chemnitz unter großem Beifall über das Thema „Der Deutsche Holzarbeiterverband im Kampfe gegen ein übermütiges Unternehmertum“ referierte. Die Diskussionsredner waren mit dem Referenten darin einig, daß alles geschehen müsse, um durch Aufbringung außerordentlicher Mittel dem Verband die erfolgreiche Durchführung der jetzigen schweren Kämpfe zu ermöglichen. Alle Kollegen erklärten sich zur Zahlung eines Extrabeitrags bereit, falls ein solcher vom Hauptvorstand ausgeschrieben werde. — Noch ein Wort an die Konneburger Kollegen: Halte treu zu eurer Organisation, und wenn es heißt Opfer bringen, tut es freudig, agitiert Tag für Tag und Mann für Mann für eure Sache, damit wir auch den großen Teil der indifferenten Kollegen noch zum Verband heranziehen. Die Früchte werden dann nicht ausbleiben.

Schramberg. Bekanntlich traten die Schwarzwälder Uhrenarbeiter letzten Herbst in eine Lohnbewegung ein, welche bei den Fabrikanten auf Widerstand stieß. Sie erklärten in einem Schreiben an die Leiter der Arbeiterorganisationen: „Die Fabrikanten der Schwarzwälder Uhrenindustrie werden es sich angehen lassen, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch weiterhin zu erhalten.“ Wir Arbeiter sind der Meinung, daß wenn die Herren geneigt wären, in dem von ihnen beabsichtigten Sinne zu verfahren, sie den bescheidenen Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung tragen müßten. Dementgegen nahm die Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik sogar noch eine Reduktion von teilweise bis zu 20 Prozent der ohnedies elenden Löhne vor. Zu einem solchen Vorgehen gehörte schon eine gute Portion Rücksichtslosigkeit der Fabrikleitung. Da noch von der Pflege eines guten Einvernehmens mit den Arbeitern zu reden, heißt die Arbeiter verhöhnen. In dem Betrieb dieser Firma wird übrigens ein Vorarbeiter namens Wondien beschäftigt, der seine Stellung dazu mißbrauchte, mit mehreren der ihm unterstellten Arbeiterinnen eine reine Paschawirtschaft zu betreiben. Der Fabrikleitung sind diese Verhältnisse, die „nicht ohne Folgen“ blieben, durchaus bekannt, und doch ließ sie den Vorkmann in seiner Stellung. Wie wäre es einem Arbeiter unter ähnlichen Verhältnissen ergangen? Die ganze Sache erregte nicht unser besonderes Interesse, wenn besagter Vorkmann nicht in der schändlichsten Weise eine Arbeiterin mitsamt ihrem Ehemann um Lohn und Brot gebracht hätte. — Nicht besser liegen die Verhältnisse in der Uhrenfabrik Jungbans. Dort ist es beispielsweise üblich, daß nur die gepackten Kisten verrechnet werden, welche zum Versand kommen, so daß des öfteren die Arbeiter längere Zeit auf ihren Lohn warten müssen. Auch dort läßt die Behandlung der Arbeiter durch die Werkführer zu wünschen übrig. — Diese Verhältnisse werden nicht besser werden, solange die Kollegen nicht sämtlich der Organisation beitreten werden. Unsere Mitgliederzahl hat sich allerdings im letzten Jahre verdreifacht, doch bleibt noch viel zu tun übrig, ehe wir uns eine würdige Behandlung und menschliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Hilfe der Organisation erringen können. Also auf an die Arbeit.

Stulp. Im vergangenen Jahre gelang es uns nach 19 Wochen langem Streik, mit dem Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag abzuschließen. Nun glauben die Stolper Kollegen, genügend getan zu haben. Ist es nicht beschämend, wenn von 280 Mitgliedern kaum 20 die Versammlung besuchen? Kollegen, diese Gleichgültigkeit muß schwinden! Fragen wir uns, ist das Erungene wertvoll, so müssen wir mit „ja“ antworten; aber wie steht es denn in Wirklichkeit aus, wird das Bewilligte eingehalten? Nein. Es versuchen einige Arbeitgeber, die Preise herabzusetzen, indem sie vorzuschlagen, die Arbeit zu billig angenommen zu haben. Weigert sich der betreffende Kollege, die Arbeit billiger zu machen, nun dann macht er sie eben in Lohn, aber teurer wie der Arbeitgeber es will, darf sie auf keinen Fall kommen, und die Kollegen sind so dumm und machen es, ein jeder will der tüchtigste und beste sein. Oder es werden neue Muster, welche nicht im Tarif stehen, angefertigt. Da heißt es dann ganz einfach, das gibt es für die Arbeit, und müßt du sie nicht machen, dann sind andere da, die machen sie recht gern. Kollegen, hiergegen muß Front gemacht werden, denn wenn's so weiter geht, sind wir bald schlechter daran wie früher. Vor allen Dingen gehört hierzu eine starke Einigkeit, und diese können wir nur pflegen, wenn wir pünktlich und fleißig die Versammlungen besuchen. Kritik könnte man noch über vieles üben. So sei noch auf den neu erstandenen Betrieb von Friedr. Heyden & Co. aufmerksam gemacht. Diese Firma will einen Terrorismus auf uns ausüben, indem sie keine Holzarbeiterverbände einstellt und andere Arbeitgeber auffordert, nicht zu hohe Löhne zu zahlen. Da genannte Firma oft in auswärtigen Zeitungen nach Tischlern amoniert, seien die auswärtigen Kollegen hiermit auf diesen Betrieb aufmerksam gemacht. An die Stolper Kollegen aber ergeht der Mahnruf, schüttelt die müde Gleichgültigkeit ab und besucht regelmäßig die Versammlung, dann werden sich Dinge ereignen, die die Wünsche zu Leistungen.

Wernigerode. Die Vorkommnisse der letzten Zeit zwingen uns, einmal an die Öffentlichkeit zu treten. Durch den Mißerfolg unserer Lohnbewegung glaubt eine ganze Anzahl Kollegen, der Verband habe für sie keinen Zweck. Kollegen, dieses ist eine ganz falsche Ansicht; gerade jetzt sieht man es ja, wie die Unternehmer an der Arbeit sind, um unsere Organisation zu vernichten, vor allen Dingen jene Unternehmer, die erst durch Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft von Wernigerode auf die Höhe gebracht worden sind, auf der sie sich jetzt befinden. Von diesen ist es nun hauptsächlich wieder der Unternehmer Niehoff, ehemaliges Verbandsmitglied, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, unsere Kollegen, die in den vorerzählten Betrieben stehen, am hiesigen Orte lahmzulegen. Die Lohnverhältnisse in dieser Werkstatt sind derartig traurige, daß sie jeder Beschreibung spotten. Trotzdem unsere Lohnbewegung keinen vollen Erfolg hatte, sahen sich die Unternehmer doch veranlaßt, 1 bis 2 Pf. Lohnzulage zu bewilligen. Dieser Herr Niehoff hält es nicht für nötig, seinen Gesellen einen den hiesigen Verhältnissen entsprechenden Lohn zu zahlen. Sind doch 25 bis 26 Pf. Stundenlohn bei ihm gebräuchlich. Auch kommt es vor, daß der Abschnitt bei ihm eine große Rolle spielt. Auch über die Werkstatt von Ernst & Nagengast ließe sich manches sagen, wir glauben aber, daß dieses für heute genügen wird, sonst sehen wir uns veranlaßt, mehr wie bisher an die Öffentlichkeit zu treten. Zu erwähnen wäre noch die Musterwerkstatt von W. Richter, da dieselbe noch die einzige für uns in Betracht kommende Werkstatt ist, in welcher noch die elfstündige Arbeitszeit herrscht. Kollegen, dies alles zeigt uns, daß wir noch mehr wie bisher unsere Organisation stärken müssen, dann wird auch bei uns der Erfolg nicht ausbleiben. Darum, Kollegen, scheut keine Mühe, klärt die indifferenten Kollegen auf; die Parole muß heißen: Hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband. Das Ausschauen ist streng verboten, und wollen sich die Kollegen bei dem Kassierer Kollegen Vieckstadt, wo die Reiseunterstützung ausbezahlt wird, nach Arbeit erkundigen.

Wilhelmsburg a. G. In der Versammlung vom 10. März referierte Kollege Willems-Hamburg über „die Kampftaktik der Unternehmer“. Die Versammlung nahm die Anregung des Redners beifällig auf, einen freiwilligen

Extrabeitrag einzuführen, um die Kassen des Holzarbeiterverbandes auf lange Zeit leistungsfähig zu erhalten. Behufs Beschlußfassung über einen freiwilligen Extrabeitrag soll eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 20. März entscheiden.

Zehdenitz. In der am 24. Februar stattgefundenen Versammlung sprachen die Kollegen nach längerer Diskussion über die Ausperrung in Berlin den ausgesperrten Kollegen einstimmig ihre Sympathie aus und sicherten ihnen die weitgehendste Unterstützung. Der Hauptvorstand wurde ersucht, zur besseren Durchführung des Kampfes einen Extrabeitrag auszuschreiben.

Storbekannt.

- Max Berndt, Tischler, geb. 8. Februar 1875 zu Dippoldiswalde, gest. 8. Februar 1907 ebenda.
- Wilhelm Küffner, Schreiner, geb. 14. Juli 1858 zu Au bei Durlach, gest. 9. Februar 1907 ebenda.
- Dawald Zimmermann, Polierer, geb. 2. September 1870 zu Sommersdorf, gest. 22. Februar 1907 zu Geringswalde.
- Wilhelm Kaupenmühlen, geb. 9. April 1857, gest. 20. Februar 1907 zu Grefeld.
- Hugo Müdiger, Drechsler, geb. 5. September 1876 zu Grund, gest. 24. Februar 1907 zu Schweigershain.
- Jacob Christ, Schreiner, geb. 10. August 1845 zu Weidbach, gest. 15. Februar 1907 zu Dggersheim.
- Bernhard Gries, Versilberer, geb. 11. September 1870 zu Berlin, gest. 18. Februar 1907 zu Strelitz.
- Josef Antritt, Drechsler, geb. 24. Mai 1874 zu Urborg, gest. 1. März 1907 zu München.
- Georg Wunderer, Schreiner, geb. 1. Mai 1872 zu Hader, gest. 4. März 1907 zu München.
- Heinrich Haase, Schreiner, geb. 1. Juni 1874 zu Philippsthal, gest. 15. Februar 1907 zu Cassel.
- Wilhelm Döbner, Schreiner, geb. 11. September 1878 zu Wolfhagen, gest. 18. Februar 1907 zu Cassel.
- Georg Ott, Parkettleger, geb. 30. Oktober 1847 zu Gräfenberg, gest. 23. Februar 1907 zu Nürnberg.
- Ludwig Anacker, Bürstenmacher, geb. 28. Mai 1850 zu Schwerin, gest. 28. Februar 1907 zu Quakenbrück.
- E. R. Lugenheim, Maschinenarbeiter, geb. 14. Juli 1844 Nent, gest. 26. Februar 1907 zu Leipzig.
- Max Bauer, Tischler, geb. 2. März 1886 zu Eisenberg, gest. 28. Februar 1907 ebenda.
- Wilhelm Kneifel, Schreiner, geb. 18. April 1870 zu Groß-Muga, gest. 2. März 1907 zu Nürnberg.
- Otto Müller, geb. 20. Mai 1887 zu Gotha, gest. 22. Februar 1907 zu Vangen.
- Peter van Zimm, Schreiner, geb. 28. Mai 1884 zu Weidrich, gest. 11. Februar 1907 ebenda.
- Albert Proß, Maschinenarbeiter, geb. 23. Juni 1881 zu Galmbach, gest. 23. Februar 1907 zu Duisburg.
- Alfons Schreyer, Tischler, geb. 11. Dezember 1879 zu Straßburg i. El., gest. 11. März 1907 ebenda.
- Max Rupprecht, Schreiner, geb. 5. September 1886 zu Fürth, gest. 6. März 1907 ebenda.
- Moris Müller, Maschinenarbeiter, geb. 3. November 1850 zu Ehrenberg, gest. 26. Februar 1907 zu Waldheim

Die Ortsverwaltungen

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Frankfurt a. M. (Lohnbewegung nach Berlin, Burg bei Magdeburg, Kiel);
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Mustaf (Koch), Treuenbriegen;
- Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern, Parkettbodenlegern nach Lübeck;
- Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bernau-Luckenwalde (Spulensabrik Lange);
- Bürstenmachern nach Schönheide;
- Rüstenmachern nach Burgdamm;
- Vergoldern nach Ötzeborg (Schweden), Zürich (Firma Thomas & Krannig und M. Herzog);
- Stockerarbeitern nach Malmö (Schweden).

Kein Zuzug nach Deutschland.

Der Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter hat an die Verbände in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Luxemburg, Österreich, Rumänien, Schweden, Schweiz und Ungarn die Mitteilung gerichtet, daß angesichts der zahlreichen Ausperrungen und Streiks in Deutschland der Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Deutschland von jetzt ab streng fernzuhalten ist.

Infolge der Ausperrung in Berlin werden jetzt Hunderte von Kollegen aus Berlin abreisen. Die Kollegen im Lande werden eindringlich ersucht, offene Arbeitsplätze sofort an das Bureau der Zahlstellenverwaltung Berlin, Engelauer 15 I, Berlin SO, zu melden.

Die Berliner Ausperrung.

In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichteten wir, daß die Vertreter der kämpfenden Parteien einer Verhandlung am 11. März vor das Einigungsamt des Gewerbegerichtes eingeladen worden sind. Diese Verhandlung wurde jedoch abbestellt und auf den 14. März festgesetzt, aber gleich darauf noch einmal anders, und zwar auf den 12. März anberaunt. Daß die Arbeiter dabei auf einen baldigen Friedensschluß nicht rechnen durften, zeigten

die Meister schon vorher. An demselben Tage, an welchem die Meister ihr Erscheinen vor dem Gewerbegericht zugesagt hatten, hielten sie ihre Bezirksversammlungen ab und nahmen dort Resolutionen an, in denen es heißt, daß den Arbeitern bei den Verhandlungen keine Konzessionen gemacht werden sollen und den Vertretern des Solzarbeiterverbandes erklärt werden soll, Forderungen in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung und Arbeitsnachweise seien undiskutabel und müssen zurückgezogen werden, ehe in Friedensverhandlungen eingetreten werden konnte. Diese Beschlüsse gaben die Meister einem Berliner Pressebureau bekannt, und sie fanden dadurch Aufnahme in den meisten Tageszeitungen. Auch die „Fachszeitung“ der Tischlermeister schrieb, daß nur dann verhandelt und Frieden geschlossen werden kann, wenn der Solzarbeiterverband auf eine Verkürzung der Arbeitszeit verzichtet. Die Notizen in den Zeitungen sollten natürlich dazu dienen, die Arbeiter einzuschüchtern. Die Meister fühlten sich wohl schon als Sieger und glaubten, die Friedensbedingungen diktieren zu können, ehe über die Aufnahme der Arbeit geredet wird.

Die Aussprache vor dem Gewerbegericht am 12. März war noch keine Einigungsverhandlung. Die Vertreter waren nur nach dem Gewerbegericht geladen, um eine Aussprache herbeizuführen und eine Grundlage zu schaffen, nach der in Einigungsverhandlungen eingetreten werden kann. Die Arbeitgeber hatten die Sache wohl so aufgefaßt, daß auf Grund der von ihnen in der Presse bekannt gegebenen Bedingungen wirklich schon verhandelt werden konnte. Sie erschienen in großer Zahl und brachten auch eine zahlreiche Zuhörerschaft mit. Da die vor dem Berliner Gewerbegericht stattgefundenen Aussprache bei der Ausdehnung dieses Kampfes von allgemeinem Interesse ist, lassen wir einen ausführlichen Bericht folgen.

Nach einleitenden Worten des Magistratsrats v. Schulz erklärte Kollege Glocke, unsere Kollegen seien gern der Einladung zu Verhandlungen gefolgt, sie ständen aber auf dem Standpunkt, daß vor Eintritt in die Verhandlungen der frühere Zustand wieder hergestellt, das heißt die Aussperrung wieder zurückgenommen werden müsse. Die Unternehmer lehnten eine Zurücknahme der Aussperrung entschieden ab. Kollege Klopß stellte hierauf an die Arbeitgeber die Frage, unter welchen Bedingungen sie zum Abschluß eines neuen Vertrags bereit wären. Ehe das nicht gesagt werde, könnten die Arbeitnehmer keinerlei Erklärung abgeben. Nach Herrn Rahardt sind die obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises, ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeitgeber nicht diskutabel. In diesen beiden Punkten könnten den Arbeitern keine Zugeständnisse gemacht werden. Die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Prozent sei durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt, jedoch würden die Arbeitgeber an der Lohnfrage die Verhandlung nicht scheitern lassen, sie seien auch bereit, für ein schnelleres Arbeiten der Schlichtungskommission zu sorgen, auch über die Regelung der Montagegelder ließe sich reden. Kollege Glocke bemerkte hierauf: Wenn die Arbeitgeber auf diesem Standpunkt verharren, ist eine Verständigung ausgeschlossen. Die Arbeiter legen auf die Verkürzung der Arbeitszeit den Hauptwert. Sie wünschen eigentlich die achtstündige Arbeitszeit, die bei der vorgeschrittenen Technik und intensiven Arbeitsweise berechtigt und durchführbar ist. Sie sind aber bereit, auf eine 50 stündige Arbeitszeit pro Woche einzugehen, um den Meistern den Abschluß eines Vertrags zu erleichtern und einen längeren Frieden zu sichern. Herr Ball sagte hierauf: Wenn dafür gesorgt werde, daß die Arbeitszeit in der Provinz verkürzt und annähernd der Berliner Arbeitszeit gleichgebracht wird, dann ließe sich nach einigen Jahren über eine Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin reden. Jetzt dagegen nicht. — Darauf entgegnete Klopß: Wenn die Arbeitgeber die Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit ausschneiden wollen, dann habe die weitere Diskussion keinen Zweck, er müsse dann zu seinem Bedauern nach Stuttgart zurückkehren, denn die Arbeitervertreter seien nicht legitimiert, die Frage der Arbeitszeit aus der Erörterung auszuschneiden. Weisiger Lucht machte nunmehr im Anschluß an die Äußerung des Herrn Ball den Vorschlag, die Parteien möchten sich in der Frage der Arbeitszeit dahin einigen, daß erst eine Verkürzung in der Provinz durchgeführt werde und dann die Verkürzung in Berlin in Erwägung gezogen werde. — Obermeister Rahardt erklärte sich gegen diesen Vorschlag. Den Arbeitgebern könne nicht zugemutet werden, daß sie hier eine Vereinbarung auf Kosten ihrer Kollegen in der Provinz eingehen. — Glocke sagte darauf: Es ist doch eigenartig, daß die Arbeitgeber jede Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin mit dem Hinweis auf die Provinz ablehnen, während doch der Arbeitgeberverband keine Kraft aufwendet, um eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Provinz zu verhindern. Die Arbeitszeit, welche durch die von den Arbeitgebern ins Werk gesetzte Aussperrung verloren gegangen ist, würde ausreichen, um die geforderte Verkürzung für mehrere Jahre zu decken. Im weiteren Verlauf der Debatte bemerkte Obermeister Rahardt, er halte es nicht für ausgeschlossen, daß man in der Holzindustrie zu einem Vertrage nach Art des Buchdruckerartikels kommen könne, der sich über ganz Deutschland erstreckt und die Löhne je nach den örtlichen Verhältnissen abmilde. Verschlechterungen der bestehenden Verhältnisse, namentlich eine Verlängerung der bestehenden Arbeitszeit, verlangen die Arbeitgeber nicht. — Dem gegenüber wandte Kollege Becker ein, in Guben hätten doch die Arbeitgeber eine Verlängerung der Arbeitszeit um wöchentlich drei Stunden verlangt. Ganz entschieden betonte Becker, es werde den Arbeitgebern unter keinen Umständen gelingen, den Arbeitern einen Vertrag aufzuzwingen. Das werde sich der Solzarbeiterverband nicht gefallen lassen. Zur Frage eines allgemeinen deutschen Vertrags sagte Glocke, der Solzarbeiterverband sei gern bereit, einen solchen Vertrag abzuschließen, aber nicht einen Vertrag, wie ihn die Arbeitgeber wollen. Was die Arbeitgeber jetzt bieten, sei so gering, daß man den Arbeitern nicht zumuten könne, darauf einzugehen. — Als die zuhörenden Arbeitgeber diese Bemerkung mit Lachen aufnahmen, sagte Glocke: Ihr Lachen beweist, daß Sie kein Verständnis für die Situation haben. Wenn der Kampf noch einige Wochen dauern sollte, dürfte Ihnen das Lachen vergangen sein. Klopß führte aus: In der Provinz sei in den letzten Jahren die Arbeitszeit erheblich verkürzt worden, jetzt sei es Zeit, daß auch Berlin wieder nachkomme. Ein Vertrag über ganz Deutschland nach dem Muster des Buchdruckerartikels werde

sich wegen der ganz anders gearteten und in sich sehr verschiedenen Verhältnisse in der Holzindustrie für diese nicht durchführen lassen. Wünschenswert sei ein solches Vertragsverhältnis allerdings. Der Verbandsvorstand wünschte lebhaft den Abschluß von Verträgen, jedoch dürfe das nicht ein Ding sein, was wie ein Vertrag aussieht, in Wirklichkeit aber nur die Bedingungen der Arbeitgeber festsetzt. Das sei kein Vertrag. Eine Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin sei sehr wohl möglich. Die Arbeitgeber sagen zwar, die Industrie müsse zugrunde gehen, wenn die Arbeitszeit verkürzt werde. Schon im Jahre 1896 und bei jedem späteren Lohnkampf haben die Meister behauptet, das Berliner Tischlergewerbe müsse zugrunde gehen, wenn die Forderungen bewilligt werden. In Wirklichkeit hat die Berliner Holzindustrie, die früher viel minderwertige Arbeiten lieferte und in schlechtem Aufstand, gerade nach diesen Lohnbewegungen ganz bedeutende Fortschritte gemacht und steht heute von allen Städten Deutschlands an erster Stelle.

Im Laufe der Verhandlungen erklärte Herr Rahardt, bei gutem Willen könne wohl ein Modus gefunden werden, der den verschiedenartigen Verhältnissen in der Holzindustrie so weit Rechnung trage, daß der Abschluß eines Vertrags über ganz Deutschland möglich sei. Er denke sich einen solchen Vertrag auf der Grundlage, daß die Arbeitszeit in kleinen Städten nicht über 10, in großen Städten nicht über 9 Stunden hinausgehe. Hinsichtlich eines für Berlin abzuschließenden Vertrags präziserte Herr Rahardt nochmals den Standpunkt der Arbeitgeber: Bei Abschluß eines dreijährigen Vertrags solle eine Abschlagszahlung gewährt werden von 24 Mk. (wie bisher) im ersten, 25,50 Mk. im zweiten, 27 Mk. im dritten Jahre. Die Forderung einer Lohnerhöhung von 10 Prozent müsse ausbleiben, ebenso die Verkürzung der Arbeitszeit und das Obligatorium des Arbeitsnachweises.

Klopß erklärte hierauf: Unter diesen Bedingungen können wir keinen Vertrag abschließen. Wir können nicht vor unsere Mitglieder hintreten und ihnen die Annahme eines Vertrags ohne Verkürzung der Arbeitszeit empfehlen. Ich bedaure sehr, daß wir unseren Mitgliedern nicht zu einer Vereinbarung raten können, aber daß wir es nicht können, das ist nicht unsere Schuld. Die Arbeitgeber haben uns diese Möglichkeit genommen. Ich halte es nach dem heutigen Ergebnis der Verhandlungen nicht für notwendig, daß wir, wie Herr v. Schulz anregte, nochmal zusammenkommen. Nach meiner Meinung sind die Verhandlungen gescheitert.

Herr v. Schulz bemerkte, er fasse die Äußerungen nicht als Abbruch, sondern als Vertagung der Verhandlungen auf, die jederzeit wieder aufgenommen werden können.

Klopß: Wir müssen es anders auffassen. Wir können auf die Verkürzung der Arbeitszeit nicht verzichten. Wenn wir jetzt auseinandergehen, so sind die Verhandlungen gescheitert. Ich bedaure es lebhaft, daß wir nicht zum Friedensschluß gekommen sind, aber über die Frage der Arbeitszeitverkürzung kommen wir nicht hinweg. Mit den hier gebotenen Bedingungen können wir nicht vor unsere Mitglieder hintreten. Und Kollege Raas erklärte: Wir sind bereit, schon morgen die Arbeit wieder aufzunehmen unter den alten Verhältnissen. Aber einen Vertrag, der die alten Verhältnisse auf Jahre hinaus festlegt, wollen wir nicht. (Lachen bei den Arbeitgebern.) Darauf Herr Rahardt zu unseren Kollegen: Wir haben trotz unserer Gegnerschaft bisher in geschäftlichen Formen miteinander verkehrt. Jetzt muß Ihnen klar sein, daß sich unser Verhalten nicht mehr an die Grenzen freundlicher oder auch nur geschäftlicher Verhältnisse bindet. Wundern Sie sich nicht, wenn wir jetzt andere Kampfmittel anwenden.

Unser Kollege Klopß antwortet Herrn Rahardt: Wenn das ein Schreckschuß sein soll, so geht er fehl. Einige Vorkommnisse der letzten Zeit haben das Vertrauen zum Vorstand des Arbeitgeberverbandes sehr stark erschüttert, namentlich sein Vorgehen in Kiel und Burg. Hierüber werden wir demnächst Material veröffentlichen, auch Briefe von Herrn Rahardt. Daraus sieht man schon, daß es uns sehr schwer gemacht wird, in ein Vertragsverhältnis zu den Arbeitgebern zu treten, weil wir zu der anderen Seite nicht das Vertrauen haben können, welches man zu einem Gegenkontrahenten haben muß. Wenn Herr Rahardt von jetzt an nicht mehr in den Grenzen geschäftlichen Anstandes mit uns verkehren will, so wird er wohl aller Welt zeigen, was man in dieser Hinsicht von ihm lernen kann. Wir aber werden solche Lehren nicht annehmen, sondern nach wie vor Unstund und geschäftsmäßiges Verhalten wahren.

Am 13. und 14. März hatte Herr Magistratsrat v. Schulz die Parteien nochmal nach dem Gewerbegericht kommen lassen. Es war auch da nicht möglich, ausreichende Zusicherungen der Meister zu erlangen, die ein Eintreten in nochmalige Unterhandlungen ermöglichen.

Die Vertrauensmännerversammlung, in welcher über die Verhandlungen berichtet wurde, billigte einstimmig die Haltung der Verwaltung bei den Verhandlungen, verlangte strenges Festhalten an den geforderten Vertragsbedingungen insbesondere an der Verkürzung der Arbeitszeit und beschloß, zur weiteren Durchführung des Kampfes noch größere Opfer zu bringen. Die Kollegen der einzelnen Werkstätten und Branchen werden neben dem obligatorischen Beiträge von 1,20 Mark noch freiwillige Beiträge festsetzen, deren Höhe sich nach dem Verdienste richtet. Nach den Berichten der Vertrauensleute ist das in den meisten Werkstätten schon geschehen und zahlen die Kollegen Extrabeträge von 50 Pf. bis 5 Mk. pro Woche.

Die Aussperrung selbst hat weiteren Anfang nicht angenommen. Am Beginn der achten Aussperrungswoche betrug die Zahl der Ausgesperrten 6115. Als ausgesperrte und streikende meldeten sich 50 Kollegen, und 2 neue Betriebe kamen hinzu, es gingen aber wieder 312 Kollegen und 12 Betriebe ab, darunter 6 Betriebe, welche die Aussperrung zurückgenommen und die Ausgesperrten wieder eingestellt haben. Aus den 6 anderen abgehenden Betrieben sind die letzten Ausgesperrten abgereist. Insgesamt haben in den acht Wochen 732 Betriebe 8859 Kollegen ausgesperrt. In dieser Zeit sind aber 8006 Kollegen und 163 Betriebe abgegangen. Am Schluß der achten Woche waren noch 6853 Kollegen aus 688 Betrieben vorhanden. Gegen die

vorhergehende Woche ist der Bestand der Ausgesperrten am Wochenenschluß um 262 geringer und um 991 geringer wie am Schluß der vierten Woche als die Ausgesperrtenziffer den höchsten Stand erreicht hatte.

In der neunten Aussperrungswoche (vom 11. bis 16 März) meldeten sich 24 neue Streikende und ein neuer Betrieb, jedoch handelte es sich dort nicht um eine Aussperrung, sondern um die Verweigerung von Streifarbeit. Eine beträchtliche Anzahl Ausgesperrter und Streikender ist auch in dieser Woche wieder abgereist und andernwärts in Arbeit getreten.

Die von Herrn Rahardt angebotene Verschärfung des Kampfes hat bereits begonnen. Bis zum 15. März übten die beiden Arbeitgeberanstalten des paritätischen Nachweises ihre Funktionen wie bisher aus. An diesem Tage verließen sie auf die Anweisung des Herrn Rahardt ihre Posten und sollen nun ausschließlich vom Arbeitgeberverband mit der Anwerbung von Streikbrecher beschäftigt werden.

In Warmen scheinen unsere Kollegen dank der Rückständigkeit der dortigen Meister an einer Arbeitseinstellung nicht vorbei zu kommen. In unserer Annahme, die Meister würden den in sehr bescheidenen Grenzen gehaltenen Forderungen ihre Zustimmung nicht verweigern, sind wir schwer enttäuscht worden. Am 13. März fand eine Verhandlung mit den Arbeitgebern statt, in welcher uns letztere an Stelle der geforderten 9 stündigen täglichen Arbeitszeit boten, ab 1. April 1908 die 9 1/2 stündige auf die Dauer eines Vertrages von 3 Jahren. Außerdem eine Lohnerhöhung von 2 Pf. ab 1. April 1909. Man beachte, daß in allen umliegenden Städten die 9 stündige, teils 9 1/2 stündige Arbeitszeit schon seit Jahren besteht, ja in den Pianoforte- und Klaviaturfabriken am Orte selbst die 9 stündige Arbeitszeit teilweise schon seit Jahren eingeführt ist. Die Herren erklärten sich schließlich bereit, die 9 1/2 stündige Arbeitszeit ab 1. Juli dieses Jahres, ferner ab 1. Juli 1908 eine Lohnerhöhung von 2 Pf. und ab 1. Juli 1909 nochmal von 1 Pf. bewilligen zu wollen. Unseren Vermittlungsvorschlag, zum Zwecke der Erleichterung der Arbeitszeitverkürzung für die Arbeitgeber, ab 1. April die 9 1/2 stündige und ab 1. Oktober dieses Jahres die 9 stündige Arbeitszeit einzuführen, lehnten die Arbeitgeber ab. Unsere Kollegen werden in einer baldigst stattfindenden öffentlichen Versammlung zu der Verhandlung Stellung nehmen; falls die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt verharren sollten, dürfte die Arbeitseinstellung unvermeidlich sein. Wenn die Herren vom Arbeitgeberverband den Kampf unter allen Umständen haben wollen, dann gut, unsere Kollegen sind darauf vorbereitet.

In Burgbaum ist die Firma Bosse & Co., Dampf-, Säge- und Hobelwerk, dem Beispiel der Firma Dierksen gefolgt und hat auch ihre Arbeiter ausgesperrt. Während bei Dierksen eine Woche Frist gegeben war, verlangte die Firma Bosse, daß der von ihr vorgelegte Tarif innerhalb drei Tagen unterschrieben werde, was natürlich abgelehnt wurde. Es sind nunmehr 80 Kollegen ausgesperrt, wovon 68 unserem Verband angehören. Ein erheblicher Teil von ihnen ist bereits abgereist oder anderweitig in Arbeit getreten. Für alle Fälle bitten wir aber den Bezug von Riffenmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern fernzuhalten.

In Köln ist die über die Firma Meyersberg & Cie., Goldbleistiftfabrik in Ehrenfeld, verhängte Sperre wegen Maßregelung von drei Verbandsmitgliedern sowie fortgesetzter Versuche, die Akkordpreise zu reduzieren, aufgehoben. Alle Versuche des Herrn Meyersberg, Arbeitskräfte zu bekommen, scheiterten. Die Arbeiter des Betriebes standen ebenfalls einig da und weigerten sich einmütig, außerhalb des Betriebes vorgearbeitete leisten fertig zu machen. Herr W. versuchte nun mit seinen Arbeitern zu verhandeln, diese erklärten jedoch, wenn Herr W. verhandeln wolle, möge er sich an den Verbandsvertreter wenden. In einer Verhandlung, die dann auf Wunsch der Firma mit unserem Vertreter sowie ihrem Werkführer stattfand, wurde folgendes festgelegt: Die Entlassenen werden sofort wieder eingestellt. Jedem welche Versuche, die Akkordpreise zu reduzieren, werden nicht mehr unternommen. Die bestehenden Preise sollen in einem Tarif festgelegt und in der Fabrik ausgehängt werden. Für Überstunden, die bisher ohne Zuschlag ausgeführt wurden, wird ein Aufschlag von 25 Prozent gezahlt, bei Lohn- sowie Akkordarbeit. Samstags wird eine Stunde früher Feierabend gemacht. Die Kollegen aus der Goldbleistiftbranche werden aus dieser Bewegung gelernt haben, daß der Deutsche Solzarbeiterverband stets auf dem Posten ist, wenn es gilt, die Interessen seiner Mitglieder zu wahren, und daß derselbe hierzu auf Grund seiner Stärke auch in der Lage ist. Die organisierten Kollegen werden alles daran setzen, um die der Organisation noch fernstehenden von der Notwendigkeit derselben zu überzeugen. Dann werden auch in diesem Beruf Verbesserungen zum Wohle der Arbeiter auf der ganzen Linie herbeigeführt werden.

In Graudenz wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, durch welchen ein Mindestlohn von 36 Pf. festgelegt wurde. Der Stundenlohn wird sofort um 2 Pf. und im nächsten Jahre um weitere 2 Pf. erhöht. Akkordarbeit bleibt auch jener ausgeschlossen.

In Hildesheim erzielten unsere Kollegen in der Hofwagenfabrik Utenmühle Lohnerhöhungen von 3 bis 6 Pf. pro Stunde und das Zugeständnis der Verbesserung der sanitären Einrichtungen des Betriebes. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte leider noch nicht erreicht werden, doch ist aufgehoben nicht aufgehoben. Kollegen, wenn wir auch mit dem ersten Anlauf nicht alles erreichten, was wir glaubten erreichen zu können, so hat es doch gezeigt, was Einigkeit unter den Kollegen ausmacht. Wenn wir zukünftig etwas mehr Augenmerk auf die Verbesserung unserer Lage wenden und treu zur Organisation der Streikmacher zum Deutschen Solzarbeiterverband stehen, so wird es uns in nicht allzuferner Zeit wohl gelingen, das Versäumte nachzuholen. Wir haben gar keine Veranlassung, auf unseren Vorbeeren zu ruhen, wir sollten im Gegenteil den durch diese Bewegung uns gezeigten Weg weiter verfolgen. Unsere Sache wird zundurch es sein müssen, die noch fernstehenden unserem Verband zuzuführen.

In Lübeck versuchen es jetzt die Unternehmer mit allen Mitteln, Arbeitswillige anzuwerben. So machen sie, wie ein uns vorliegender Brief erweist, auswärts wohnenden Kol-

legen das Anerbieten, sich in Lübeck in den dort leerstehenden Tischlereibetrieben als selbständige Unternehmer zu etablieren, um so den bestreikten Meistern die notwendigste Arbeit fertig zu machen. Kein anständiger Kollege fällt natürlich auf den Schwindel herein, sie überlassen vielmehr den Hirschen das traurige Geschäft der Streikbrecheret. Nach wie vor ist Lübeck streng zu meiden.

In Sensburg, einem kleinen ostpreussischen Städtchen, gelang es durch die Güte der Kollegen und dank des tatkräftigen Bemühens des Bevollmächtigten der benachbarten Zahlstelle Rastenburg, die Arbeitszeit von 66 bis 70 Stunden auf 60 Stunden herabzusetzen. Den Kollegen wurde ein Mindestlohn von 32 Pf. und eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde zugebilligt. Bei Akkordarbeit erfolgt die Bezahlung nach dem Rbnitzberger Tarif. Ein recht netter Erfolg!

In Treuenbriehen ist der Streit bei der Firma „Ver-einigte Bautischler“ nach fünfwöchiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet. Erzielt wurde die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und zirka 7 Prozent Lohnerhöhung. Die Sperre ist aufgehoben.

Aus der Holzindustrie.

Christlicher Terrorismschwindel und christlicher Terrorismus.

In den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsblättern wird es immer so hinzustellen versucht, wie wenn das ganze Streben der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften nur darauf gerichtet sei, mit allen Mitteln brutalsten Terrorismus den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften die Existenz abzuschneiden, und wie wenn namentlich die Gewerkschaftsmitglieder mit stillschweigender oder auch offener Billigung ihrer Verbandsleitungen die unschuldsvollen Christen und Hirsche immer wieder aufs schrecklichste terrorisierten. Wir haben derartige Angriffe auf die Integrität der Gewerkschaften stets mit Entschiedenheit zurückgewiesen, wir haben stets irgendwie terroristische Handlungen unserer Mitglieder wie anderer Gewerkschaftler scharf verurteilt, wir haben aber auch betont, daß die Herren Christen und Hirsche in punkto des Terrorismus auch nicht gerade unschuldsvolle Lämmer sind, daß sie deshalb alle Veranlassung haben, ihrer eigenen großen Fehler zu gedenken, als daß sie sich immer und ausschließlich mit den kleinen Fehlern ihrer sozialdemokratischen Gegner beschäftigen und der Reaktion so Material zu einer arbeiterfeindlichen Gesetzgebung zusammentragen. Unsere Mahnung hat nichts gefruchtet, so daß wir immer wieder genötigt sind, ungerechtfertigte Angriffe von dieser Seite zurückzuweisen.

Vor drei Wochen wiesen wir schon an der Hand eines authentischen Tatsachenmaterials nach, wie ein christliches Mitglied namens Schreiber in einer öffentlichen Versammlung in Soltau unsere Rineburger Kollegen lägerlicher Weise des Terrorismus beschuldigt habe. Der christliche „Holzarbeiter“ hatte darauf nur zu erwidern, der christliche Holzarbeiterverband habe bis heute noch nie in Soltau oder Rineburg Mitglieder gehabt; unsere Kollegen beabsichtigten wohl nur, den Christlichen ein saß Wein zu wischen. Man bedachte, unsere Kollegen, die von einem Arbeiter, der sich als christlich organisiert ausgiebt, in bekannter Manier des schwersten Terrorismus beschuldigt werden, werden vom „Holzarbeiter“ schließlich, nachdem sie den Terrorismschwindel enthüllen, als Verleumder bezeichnet.

Ein anderer Fall: In dem Mannheimer Zentrumblatt, dem „Neuen Mannheimer Volksblatt“, wurde kürzlich ein Brief eines angeblich zum Holzarbeiterverband übergetretenen Kollegen an seine früheren christlichen Kollegen veröffentlicht, in dem besagter Kollege mitteilt, er sei gezwungen worden, „zu den anderen (unseren Verbänden) überzutreten“, wollte er seinen Arbeitsplatz nicht verlieren. Dieser Brief wurde vom christlichen „Holzarbeiter“ mit der nötigen Entschuldigungsauce über die Tyrannei der Roten versehen den christlichen Holzarbeitern vorgelesen, und hat von da an seinen Weg in die gesamte Scharfmacherpresse, unter anderen in die berüchtigten „Hamburger Nachrichten“ gefunden. Eine Prüfung der Tatsachen war in diesem Falle nicht möglich, da die gewerkschaftlich-ultramontanen-scharfmacherischen Verleumder es unterlassen haben, den Namen des angeblich Terrorisierten oder der Zahlstelle, wo sich der Terrorismus zugetragen haben soll, anzugeben. Jedenfalls ist von unserer Mannheimer Verwaltung unzweifelhaft festgestellt, daß in den letzten Monaten dort nur ein christlicher Kollege zu unserem Verband übergetreten ist, der den Umständen nach seinen Übertritt nur aus freiem Entschluß vollzogen haben kann.

Ein dritter Fall: In Silbershelm ist, wie die Tagespresse berichtet, der Tischler Wilhelm Kraft vom Schöffengericht zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Kraft ist Mitglied des Christlichen Holzarbeiterverbandes und agitierte für diesen Verband. Er wollte besonders den Tischler Wagner zum Eintritt in den Verband bewegen. Als Wagner den freiwilligen Vortugungen aber durchaus nicht folgen wollte, schlug ihn der Beschuldigte schließlich mit einem Hammerstiel eigenmächtig über den Kopf. Wegen dieser unchristlichen Tat wurde Kraft entlassen, obgleich er schon 8 Jahre in dem Betrieb der Gummifabrik beschäftigt war, denn der Oberwerkmeister Herbold erklärte kategorisch, daß er „Herr im Hause bleiben wollte und keine Organisation in der Fabrik dulde. Ferner hat Kraft am Morgen des 10. November den Wagner, als dieser sich nach der Arbeitsstelle begeben wollte, angefallen und bedächtig mißhandelt, daß er besinnungslos zu Boden stürzte.

Der Verteidiger des Angeklagten hat das Gericht, zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaft, für die der Angeklagte Propaganda mache, nicht auf revolutionärem Boden stehe, sondern treu zu Kaiser und Reich halte, und

daß mag wohl auch bei Bemessung der oben angeführten minimalen Geldstrafe mit berücksichtigt worden sein. Wie würde man wohl den Fall ausgeschlachtet haben, wenn es sich nicht um den christlichen, sondern um den „sozialdemokratischen“ Holzarbeiterverband handeln würde!

Uns fällt es nicht ein, diesen Fall einer christlich nationalen Noheit sondergleichen zu verallgemeinern und behaupten zu wollen, dieser Fall sei typisch für die Art der christlichen Agitation. Wir veröffentlichen ihn lediglich, um den rüden Anwürfen gegen freie Organisationen zu begegnen. Läge es aber nicht im eigenen Interesse der Christen, wenn sie über den sozialdemokratischen Terrorismus gegen christliche Arbeiter fein stille wären?

Fortschritte im Holzarbeiterverband. In München wurde im letzten Jahre trotz ungünstigen Geschäftsganges eine umfangreiche Lohnbewegung durchgeführt. Insgesamt waren nach dem Bericht der Zahlstellenverwaltung 4148 Kollegen an den Lohnbewegungen beteiligt. Für 4097 Kollegen wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,60 Mk. pro Woche, für 2280 eine Arbeitszeitverkürzung von 4,7 Stunden pro Woche erzielt. Die Mitgliederzahl stieg von 8277 auf 8840, das Lokalmögen von 24 006,88 Mk. auf 89 791,74 Mk. Vereinnahmt wurde für die Hauptkasse 66 247,10 Mk., für die Lokalkasse 66 110,68 Mk. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 17 875,22 Mk. für Arbeitslosen-, 4075,65 Mk. für Streit-, 1688,15 Mk. für Gemäßregelunterstützung aus der Lokalkasse, 2506,55 Mk. für Arbeitslosenunterstützung aus der Lokalkasse.

Ein starkes Stück. In Lübeck befinden sich bekanntlich unsere Kollegen seit dem 19. Februar 1906 im Streit um Erbringung des Neunstundentags. In der brutalsten Weise wurden sie dabei von den Unternehmern bekämpft, so daß sie um ihrer Selbstachtung willen den Streit nicht abbrechen konnten, sondern weiter kämpfen mußten und heute noch unter schweren Entbehrungen weiter kämpfen. Nimmehar hat der Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsverein, der in Lübeck bis dahin eine Organisation nicht hatte, aus den Streikbrechern eine Organisation gebildet. Herr Schumacher, der seinerseits von Düsseldorf nach Berlin berufen wurde, um den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsverein wieder auf die Beine zu bringen, hat dieses Kunststück in Lübeck mit Unterstützung der dortigen Scharfmacher fertig gebracht. Die „Eiche“ redet von dieser Organisation der Streikbrecher und des Streikbruchs wie von einer selbstverständlichen Sache. Dieser kann man nicht gut finnen. Kein Wunder, daß jetzt schon alte Mitglieder des Gewerkschafts, die 20 und 25 Jahre dieser Organisation angehörten, aus Ekel über diese Gesellschaft zum Holzarbeiterverband übertraten.

Die anständige „Fachzeitung“. In der „Fachzeitung“ war in der letzten Zeit viel von Anständigkeit und von anständigen Journalisten die Rede. Daß das zwei diesem Unternehmervorgan durchaus fremde Begriffe sind, haben unsere Kollegen in dem gegenwärtig tobenden Kampfe nur zu gut erfahren müssen. Wir möchten die „Anständigkeit“ der „Fachzeitung“ noch an der Hand zweier Beispiele aus der letzten Zeit des näheren würdigen. In Hannover kam es Ende Januar anlässlich einer Werksständigendifferenz zu einem Konflikt zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband. Die „Fachzeitung“ berichtete darüber in einer längeren Notiz in ihrer Nr. 6, die überschrieben war: „Wie sich der Vorsitzende eines Arbeitnehmersverbandes benahm“. Nach Schilderung der „Fachzeitung“ sollte unser hannoverscher Bevollmächtigter, Kollege Stalman, die Werkstätte von Ghrrecht & Söhne zwecks Schlichtung einer Differenz betreten haben, den Hut auf dem Kopfe und die Hände in den Taschen des Überziehers. In dieser Postur habe sich Kollege St. mit Herrn Ghrrecht auseinandergesetzt und sei von diesem schließlich aus der Werkstätte gewiesen worden, ohne sich aber zu entfernen. Höhnisch habe St. geantwortet, er gehe, wenn es ihm paßt, und wenn man nicht anders mit ihm reden nehme, er alle Gesellen mit. In der Schlichtungskommission habe St. den geschicktesten Labbestand zugeben müssen, er habe sich aber auch dort so benommen, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Unser Kollege St. hat der „Fachzeitung“ wiederholt und unter Hinweis auf § 11 des Brechgesetzes eine Berichtigung übermittelt, in der er feststellte, daß er bei Betreten der Ghrrechts Werkstätte den Hut gelüftet und sich vorgestellt habe, daß er in der einen Hand einen Schirm hielt und somit nicht beide Hände in den Taschen haben konnte, daß er durchaus ruhig mit Herrn G. verhandelt und sich nicht gewiegert habe, die Ghrrechts Werkstätte zu verlassen, daß Herr G. diesen Labbestand vor der Schlichtungskommission nicht habe bestritten können, und daß wegen der Differenzen bei G. von der Schlichtungskommission ein Schiedspruch überhaupt nicht gefällt wurde. Die „Fachzeitung“ ignorierte diese Berichtigung, die ihre Notiz in Nr. 6 in allen ihren Teilen als eitel Schwindel hinstellte, dafür wurde in einer späteren Nummer der „Fachzeitung“ wiederum von der Ungezogenheit des Vorsitzenden der Zahlstelle Hannover geredet. In der am 26. Februar stattgefundenen Sitzung der hannoverschen Schlichtungskommission erklärten sich die Unternehmervertreter, die sich mißfällig über den Artikel der „Fachzeitung“ aussprachen, bereit, im Interesse St.s in der „Fachzeitung“ zu erklären, daß der fragliche Artikel gegen ihren Willen veröffentlicht und die Angelegenheit erledigt sei. Auch diese Erklärung benutzte die anständige „Fachzeitung“ wiederum nur zu einem Ausfall auf Kollegen St., wobei sie sich wiederum die wahrheitswidrige Behauptung leistete, daß St. sein Vorgehen bedauernd und zurücknehmend. Einer Berichtigung des Kollegen St. auf ihre fauldidnen Lügen und Verleumdungen wird aber von der wohlauständigen „Fachzeitung“ die Aufnahme verweigert. Es ist schon richtig, wenn wir sagten, bei der „Fachzeitung“ sei die Scham zu den Hundstagen gelassen.

Das finden wir unter anderem auch dadurch bestätigt, daß die „Fachzeitung“ gleich anderen Scharfmacherblättern einen Mord im anhaltischen Ländchen zu einem gemeinen Angriff auf die Arbeiterbewegung fruchtisierte, es später aber unterließ, die in der Gerichtsverhandlung festgestellten Tatsachen, wonach die Angriffe der „Fachzeitung“ sich als Verleumdungen erwiesen, ihren Lesern mitzuteilen. Verleumderpaß!

Arbeitgeberverband. Der am 6. März in Neussenburger tagende Verband der Möbelfabrikanten Mittel- und Westdeutschlands beschloß den Beitritt zum Arbeitgeberverband mit dem Sitz in Berlin.

Ringbildung der Spielwarenbranche in Sicht! Die Vereinigung der Kaufleute und Fabrikanten der Spielwarenbranche strebt, wie unserem Erfurter Parteiblatt aus Sonneberg berichtet wird, die Bildung eines Ringes an und will die jetzige Ostermesse in Leipzig, wo die Branche sich sammelt, benutzen, um verwandte Betriebe in Sachsen, Bayern usw. für den Zusammenschluß zu interessieren. Die Folgen dieses Ringes werden die Arbeiter der Spielwarenbranche durch Herabdrücken des Lohnes, das konsumierende Publikum durch Emporschnellen der Verkaufspreise bald merken.

Die Dessauer Waggonfabrik, Akt.-Ges., verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 Prozent (im Vorjahr 6 Prozent) Dividende.

Waggonfabrik Herdingen. Für das abgelaufene Geschäftsjahr kommen 12 Prozent (im Vorjahr 9 Prozent) Dividende zur Verteilung. Das Werk ist mit Lohnenden Aufträgen bis in das Jahr 1908 hinein versehen. Um den stets stärker herantretenden Anforderungen entsprechen zu können, sind bereits größere Erweiterungen vorgenommen worden, auch stehen solche fernerhin noch bevor. Hierfür und zur Vergrößerung der Betriebsmittel soll der Hauptversammlung die Erhöhung des bisherigen Aktienkapitals von 2 000 000 Mk. um 500 000 Mk. vorgeschlagen werden. Die neuen Aktien sollen den bisherigen Aktionären zum Kurse von 120 Prozent zum Bezug angeboten werden.

Über die englische Klavierausfuhr enthielt die „Musik Trades Review“ einen Bericht, der im ganzen befriedigend lautet, aber besonders über den starken deutschen Wettbewerbskampf. Der Handel mit englischen Klavieren ist in verschiedenen britischen Kolonien zurückgegangen und hauptsächlich von dem deutschen Markt bestritten worden. Auch an der Ausfuhr von Klavieren nach Ägypten, die bisher für die englischen Fabrikanten eine große Einnahme eröffnete, haben die deutschen Händler den Löwenanteil an sich gerissen. Als Grund für diese Bevorzugung deutscher Klaviere wird angegeben, daß die in Deutschland verfertigten Pianos, obwohl sie etwas teurer sind als die englischen, sich viel besser verkaufen lassen, weil sie ein prächtiges Ansehen und reichere äußeren Schmuck haben. Das ist in Ländern wie Ägypten ein sehr wichtiger Gesichtspunkt, und die deutschen Kaufleute haben aus diesem Grundbedürfnis kulturell niedriger stehender Völker den praktischen Nutzen gezogen.

Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie Kanadas. Wie in anderen Produktionszweigen, so sind nach „The International Wood-Worker“ auch in der Holzindustrie in den westlichen Provinzen Kanadas die Löhne am höchsten und die Arbeitsdauer am kürzesten; in Quebec und den atlantischen Küstenprovinzen werden hingegen die ungünstigsten Verhältnisse angetroffen. Der Achtstundentag ist nur in einem einzigen Fall, und zwar in der Stadt Nelson (Britische Kolumbien) in Geltung, der Neunstundentag aber in mehr als 80 Prozent aller Orte. Berichte betreffend der Möbelschleifer waren aus 42 Orten eingelangt; in zweien davon (Provinz Quebec) betrug die tägliche Arbeitszeit mehr als 10 Stunden, in 30 Orten 10 und in 10 Orten 9 Stunden. Von 14 Orten der atlantischen Küstenprovinzen Quebec haben nur 2 von 9 Orten Britische Kolumbiens, Manitoba und des Territoriums Alberta jedoch 5 den Neunstundentag als ortsübliche Arbeitszeit angegeben; in der Provinz Ontario ist derselbe auf die Hauptstadt Toronto sowie auf die kleinen Städte St. Katherinas und Peterborough beschränkt. Eine kürzere Arbeitszeit am Samstag haben die Möbelschleifer in 22 von 42 Orten. Der Taglohn schwankt in den Küstenprovinzen zwischen 1,25 und 2,50 Dollars (1 Dollar gleich 5 Kr.), in Quebec zwischen 1 und 8 Dollars; die höchsten ortsüblichen Lohn weisen hier die Städte Montreal und St. Jrenen auf. Bessere Lohnverhältnisse herrschen in Ontario, wo gar kein Ort mit weniger als 1,50 Dollars pro Tag verdient; in der Provinz Ontario sind 2,25 Dollars pro Tag üblich; in den westlichen Gebieten beträgt der Taglohn 2,50 bis 4 Dollars.

Internationale Union der Holzarbeiter. Das letzte Zirkular des Sekretärs dieser Vereinigung enthält die tabellarische Zusammenstellung der Jahresberichte pro 1905 von den verschiedenen Landesorganisationen. Von den 25 Union angeschlossenen Verbänden in Belgien, Bulgarien, Frankreich, Italien, Schweiz und Ungarn sind die Berichte leider nicht eingeleistet worden. Außerdem sind die eingeleisteten Berichte zum Teil erst so spät eingelaufen, daß eine vollständige Veröffentlichung nicht möglich war.

Während im vorigen Jahre aus 18 Nationen von 25 Organisationen Berichte eingelaufen waren, sind in der heutigen Zusammenstellung nur 10 Nationen mit 15 Verbänden vertreten, welche am Schlusse des Jahres 1905 insgesamt 185 947 Mitglieder zählten. Davon entfallen auf den Deutschen Holzarbeiterverband allein 180 141 Mitglieder, was bis Schlusse des Jahres 1906 hat dieser Verband seine Mitgliederzahl bereits auf 165 000 gesteigert. Auch ist der Wochenbeitrag im Deutschen Holzarbeiterverband von 85 auf 50 erhöht worden. Aber auch die Verbände in den übrigen Ländern haben fast ausnahmslos eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahl sowohl als eine Steigerung ihrer Einnahmen zu verzeichnen.

Die Gesamteinnahme der in der Tabelle verzeichneten Verbände im Jahre 1905 betrug 5 845 589 Fr., so daß durchschnittlich auf ein Mitglied pro Jahr 31,43 Fr. entfallen. In den einzelnen Ländern ist dieser Durchschnittsbetrag pro Mitglied jedoch sehr verschieden, welcher Unterschied zum Teil allerdings in der abweichenden Rechnungsart, nach der die verschiedenen Organisationen der Organisationsform, begründet ist. Die höchste Leistung pro Mitglied erweist Großbritannien, nämlich 66,11 Fr., ihm folgt Schweden mit 49,82 Fr., Dänemark mit 44,17 Fr., Deutschland mit 31,82 Fr., Österreich mit 19,52 Fr., Luxemburg mit 7,28 Fr., Holland mit 5,55 Fr., Serbien mit 5,28 Fr., Rumänien mit 1,86 Fr. und zuletzt Spanien mit nur 0,26 Fr. Es zahlen also 20 Mitglieder in Spanien pro Jahr nur so viel an ihren Verband als ein Mitglied in Großbritannien.

Die gesamte Jahresausgabe der verzeichneten Verbände betrug 5 182 682 Fr., wovon 8 518 069 Fr. auf die an

Mitglieder ausgezahlten Unterstutzungen entfallen. Von letzterer Summe beanspruchte die Streikunterstutzung allein 2012870 Fr.

Die Zahl der Streiks und Aussperrungen betrug im Jahre 1905 in den beteiligten Verbänden zusammen 679, und 31844 Mitglieder waren insgesamt daran beteiligt.

9 Verbände verfügten über einen oder mehrere besoldete Beamte, deren Gesamtzahl 106 beträgt. Davon sind 35 in der Zentrale angestellt, 16 sind Bezirksbeamte und 55 Ortsbeamte.

Löhne und Arbeitsbedingungen in Paris. Ein Kollege, der sich an leitender Stellung in unserer französischen Bruderorganisation befindet, schreibt uns: In letzter Zeit sind bei uns eine ganze Anzahl Anfragen ausgesperrter beziehungsweise arbeitsloser Kollegen, Holzarbeiter und Bildhauer eingelaufen, welche um Arbeit nachsuchen oder um sonstige Auskünfte bitten.

Gewerkschaftliches.

Der „starke Mann“!

Englische Kapitalistenblätter bringen große Nachrufe über den vor einigen Tagen verstorbenen Lord Penrhyn.

Penrhyn war der größte Steinbruchbesitzer Englands, der es wirklich fertig brachte — „eigener Herr“ in seinen Gruben zu bleiben. Er unterwarf seinen Arbeitern, Mitgliedern der Organisation zu sein, ordnete einfach Arbeitsbedingungen an und weigerte sich entschieden, Arbeiterauschüsse anzuerkennen oder mit ihnen zu verhandeln.

Wer wollte ihm das verwehren? Er war ja der „Herr“ seiner Werke, und alle Versuche der Regierung, Geschäftsfreunde konnte er zurückweisen.

Länger als drei Jahre dauerte die Aussperrung! Ganze Ortschaften mußten auswandern, verödeten. Ein Teil der Aussperrten bildeten Sängerköre, die in ganz England herumzogen und die Sympathie aller denkenden Menschen erwarben. Viele junge Steinbrucharbeiter ließen sich zum Militärdienst anwerben.

Aussperrungen und kein Ende. Das Aussperrungsfieber grassiert jetzt besonders stark. So sind in Hamburg über 5000 Schauerleute ausgesperrt, weil sie sich weigerten, unbegrenzte Nachtarbeit zu verrichten.

Der Schmiedeverband steigerte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 17191 auf 17696, also um 505. Das Verbandsvermögen verringerte sich von 78430 Mk. auf 75707 Mk.

Der Tapeziererverband schloß das Jahr 1906 mit 8008 Mitgliedern ab, gegen das Vorjahr mit 6755 Mit-

gliedern, somit ein Mehr von 1253 Mitgliedern. Das Verbandsvermögen stieg im Laufe des Jahres von 105526 Mk. auf 169231 Mk.

Der Zimmererverband hat im letzten Jahre an 488 Orten Wohnbewegungen geführt, an denen 8514 Verbandsmitglieder beteiligt waren. In 195 Fällen mit 6063 Kollegen handelte es sich um Eingriffstreiks, in 53 Fällen mit 627 beteiligten Kollegen um Abwehrstreiks und in 44 Fällen mit 1824 beteiligten Kollegen um Aussperrungen.

Zu Halle stieg die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im letzten Jahre laut dem soeben veröffentlichten Kartellbericht von 9231 auf 10808, also um 1577.

Der christliche Schuh- und Lederarbeiterverband steigerte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 2327 auf 3739, also um 1412.

X. Ueber die belgische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1905 hat die Gewerkschaftskommission der belgischen Arbeiterpartei kürzlich eine Statistik veröffentlicht, der wir folgendes entnehmen. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg von 62350 im Jahre 1889 auf 148483 im Jahre 1905.

Table with 3 columns: Industry, 1889, 1905. Rows include Textilarbeiter, Bekleidungsindustrie, Metallindustrie, Bergbau, Nahrungsmittel, Baugewerbe, Holz- und Möbeldindustrie, Transportgewerbe, Steinbrüche, Glasindustrie, Buchbinderei, Tabakindustrie, Kunst- und Präzisionsarbeit, Papierindustrie, Leder- und Häuteindustrie, Ungelernte Arbeiter, Verschiedene Arbeiter, Handlungsgehilfen, Öffentliche Dienste.

Der Anteil der einzelnen Organisationsformen an diesen Kategorien ist sehr verschieden. So sind zum Beispiel die Metallarbeiter fast ausschließlich sozialistisch organisiert; in der Textilindustrie stehen 11435 sozialistische, 5323 katholische, 11145 unabhängige und 250 liberale Gewerkschaften gegenüber; im Bergbau 1907 sozialistische, 5239 katholische, 1128 unabhängige und 30 liberale.

Die Zersplitterung der belgischen Gewerkschaftsbewegung ist natürlich ein schweres Hemmnis für ihre Aktionsfähigkeit, um so mehr, als fast in allen Städten nur Lokalorganisationen bestehen. Einigungsbestrebungen sind schon seit längerem im Gange und haben in einigen Städten auch Erfolg gehabt, so in Mecheln, Tournai und Tournhout, wo man der neutralen Form dabei den Vorzug gegeben hat.

Unternehmerbewegung.

Die Streiklausel in der Textilindustrie.

Die Scharfmacher in der Textilindustrie holen zu einem großen Schläge aus, um die so verhasste Arbeiterorganisation zu vernichten. Das Glend der Textilarbeiter ist sprichwörtlich, aber bekannt ist es auch, daß sich die Unternehmer in der Textilindustrie aus dem Schweiße der Arbeiter meist große Vermögen zusammengespart haben.

Die Unternehmer haben das Wachstum der Arbeiterorganisation aufmerksam verfolgt, aber an eine friedliche Verständigung mit denselben denken sie nicht. Von Tarifverträgen wollen sie nichts wissen, sie wollen die Arbeitsbedingungen diktieren und die Arbeiter sollen sich willenlos fügen.

macher bei ihren Kriegsrüstungen ein. Wenn ihnen ihre Kundtschaft erhalten bleibt und diese verpflichtet wird, die bestellten Waren auch dann abzunehmen, wenn die Lieferungsfrist infolge einer Betriebsstocung nicht eingehalten wurde, dann glauben die Unternehmer getrost jeden Kampf nicht nur aufzunehmen, sondern sogar provozieren zu können.

Ganz leicht ist es den Textilindustriellen nicht geworden, ihre Abnehmer zur Anerkennung eines Vertrages zu bewegen, welcher die Bestimmung enthält, daß bei Streiks und Aussperrungen die Ablieferungsfrist für die an die Abnehmer zu liefernden Waren um die Zeitdauer des Streiks oder der Aussperrung verlängert werden soll, und daß diese Fristverlängerung auf Verlangen der Unternehmer in der Textilindustrie auch dann eintritt, wenn durch Streiks oder Aussperrungen in einem anderen Betriebe als demjenigen, der den Vertrag abgeschlossen hat, der Betrieb, welcher ihn abschloß, wegen Materialmangel oder dergleichen zum Stillstand gebracht wird.

Trotz dieser Bedenken haben sich die Kaufleute schließlich breit schlagen lassen. In einer gemeinsamen Sitzung der Textilindustriellen und ihrer Abnehmer kam eine Verständigung zustande, wobei, um die Bedenken der letzteren zu beschwichtigen, ihnen die Bildung eines Schiedsgerichtes zugestimmt wurde.

Diese Verbindung der Fabrikanten und Kaufleute ist ausschließlich gegen die Arbeiter gerichtet, denen man die bringend notwendige Verbesserung ihrer Lebenshaltung mißgönnt. Nachdem die Vorbereitungen getroffen sind, werden wohl die Scharfmacher in der Textilindustrie mit der Eröffnung der Feindseligkeiten nicht mehr gar so lange zögern. Voraussichtlich werden die Textilarbeiter schwere Kämpfe zu bestehen haben.

Der „Verband sächsischer Industrieller“ besteht fünf Jahre und hat sich in dieser kurzen Zeit zu der bedeutendsten wirtschaftlichen Vertretung Sachsens entwickelt.

Es gehören ihm gegenwärtig 6004 Industrielle an, die rund 300 000 Arbeiter beschäftigen; er umfaßt heute mindestens 60 Prozent der sächsischen Industriellen. Natürlich hat der Verband, wie die „Frankfurter Zeitung“ hervorhebt, auch politischen Einfluß erlangt, und wenn man heute in Sachsen auf die Industrie mehr Rücksicht nimmt als noch vor wenigen Jahren, so ist das nicht zuletzt seiner Tätigkeit zu danken.

Soziale Rechtspflege.

Ist ein während der Arbeit erlittener Mückenstich ein Betriebsunfall?

Unter diesem Titel macht gegenwärtig eine Notiz die Runde durch alle bürgerlichen Blätter, die alle mit mehr oder weniger Behagen auf eine günstige Entscheidung des „viel gekästerten“ Reichsversicherungsamtes hinweisen. Der Fall liegt wie folgt. Ein Magazinhelfer in Augsburg erlitt, in einer Farbenfabrik beschäftigt, während der Arbeit einen Mückenstich in den linken Oberarm, wodurch eine Zellengewebsentzündung und die Gefahr einer Blutvergiftung entstand. Der Verletzte mußte sich deshalb einer großen Arminoperation unterziehen und verblieb erwerbsbeschränkt.

Anderer Ansicht war der Sachverständige des Schiedsgerichtes für Arbeiterversicherung, der in seinem Obergutachten betonte, daß hier ein besonders schwerer Fall von Vergiftung vorliege, daß, wenn die Verletzung durch einen Mückenstich entstanden sei, die betreffende Mücke mit Giftstoffen infiziert war, wozu die ganze Art des Betriebs geeignet erscheine, in einer Fäkalienfabrik in unmittelbarer Nähe auch Giftstoffe verarbeitet würden.

Wer hat das verloren gegangene Arbeitsbuch zu ersetzen? Vor dem Kölner Gewerbegericht klagte ein Weber gegen die Kölnische Baumwollspinnerei und Weberei auf Zahlung einer täglichen Entschädigung von 3,10 Mk. bis zur Herausgabe des Arbeitsbuchs. Er habe dieses nicht zurückhalten und könne ohne das Buch keine Stelle suchen. Die Beklagte erklärte, das Buch sei nicht aufzufinden; dem Kläger sei bei seinem Austritt eine Bescheinigung angeboten worden, daß er bei der Firma in Arbeit geblieben habe. Auf Grund dieser Bescheinigung würde der Kläger bei Vorzeigung auf dem Polizeikommissariat ein neues Buch erhalten haben.

Polizeikommissariat sich geweigert hat, dem Kläger ein neues Buch auszustellen, so kann der Kläger doch die Beklagte für einen etwaigen Schaden nicht verantwortlich machen, da diese ihre Verpflichtung, dem Kläger bei der Beschaffung eines neuen Arbeitsbuchs behilflich zu sein, durch das Angebot der Arbeitsbescheinigung erfüllt habe. Die Gewerbeordnung bestimme in § 109, daß, wenn das Arbeitsbuch nicht mehr brauchbar oder verloren gegangen, an seiner Stelle ein neues auszustellen ist, und zwar durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem der Inhaber des Arbeitsbuchs zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat. Der Kläger kann also wegen etwaigen Schadens nur die örtliche Polizeibehörde verantwortlich machen, nicht die Beklagte.

Technisches.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter ist nunmehr das Märzheft erschienen. Es enthält 41 in unser Fach einschlägliche Abbildungen, darunter ein Herrenarbeitszimmer von Albin Müller, ein Damenarbeitszimmer von Professor Krüger, ein Junggefellenswohnzimmer von G. S. Walther, ein Mädchenzimmer von R. Niemeyschmid und Skizzen zweier Salons, eines Speisezimmers und von Küchenmöbeln. Von Textbeiträgen sind bemerkenswert eine gediegene Abhandlung von J. A. Burg über den Tischler, Arbeiten von Franz Fammeler über den Schreibtisch im Herrenzimmer, von Gewerbeschullehrer D. Winkelmüller über Türen, Tore und Windfänge (mit vielen Abbildungen).

Am 1. April beginnt ein neues Abonnement des „Fachblatt“. Mögen deshalb alle Kollegen bei ihren Lokalverwaltungen oder Postanstalten ein Abonnement zum Preise von 1 Mk. bestellen. Vom letzten Quartal des Vorjahres und dem ersten Quartal 1907 können noch mehrere Exemplare zum Preise von 1 Mk. gegen Voreinsendung des Betrags bezogen werden. — Von dem ersten Jahrgang des Fachblattes sind noch einige Exemplare ausschließlich Heft 5 gegen Voreinsendung von 2 Mk. von der Expedition, Stuttgart, Adlerstraße 48, zu beziehen. — Einzelhefte werden zum Preise von 50 Pf. abgegeben.

Eingefandt.

An die Uhrengeschäfte Deutschlands.

In allen Branchen der Holzindustrie macht sich ein immer regerer Trieb zu engerer Fühlungnahme unter den Berufskollegen bemerkbar. Auch wir sehen uns veranlaßt, an unsere Kollegen das Mahnwort zu richten, in diesem allgemeinen Drange nach engerem Zusammenschluß nicht zurückzustehen. Die ganzen Verhältnisse in der Uhrengeschäftebranche haben sich in einer für uns ungünstigen Weise entwickelt, so daß mancher Kollege sich die Frage vorlegt: „Wie ist dem abzuhelfen?“ Gerade die Organisation, welche allein imstande ist, hier Abhilfe zu schaffen, scheint in verschiedenen Orten unter den Uhrengeschäftearbeitern noch sehr im Argen zu liegen. Die Einleitung einer planmäßigen Agitation unter diesen Kollegen wäre Hauptaufgabe unseres Vorstandes beziehungsweise der in Betracht kommenden Gewerkschaften. Um hier etwas Ersprießliches leisten zu können, halten wir eine gründliche Aussprache für notwendig, und dies kann am wirksamsten geschehen durch Abhaltung einer Konferenz. Genügender Stoff zur Besprechung auf dieser Konferenz ist wohl vorhanden. Die bis ins kleinste Detail durchgeführte Teilarbeit gibt besonders Anlaß zu gegenseitiger Aussprache. Auch Heimarbeit und Zwischenmeister-system scheint sich immer mehr auszubreiten und gibt Veranlassung zu einer Aussprache. Die Lage der Maschinenarbeiter dürfte das Interesse der Kollegen erwecken. Gerade die Maschinenarbeiter sind es, welche in den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen ihre Knochen verlieren, aber in den meisten Fällen nur sehr geringe Löhne erhalten.

Kollegen! Schon diese wenigen Punkte müßten jeden von uns veranlassen, Hand ans Werk zu legen, um unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts, zu unserem „Eingefandt“ Stellung zu nehmen und bald eine rege Debatte einzuleiten, damit die weiteren Schritte unternommen werden können. Auf Kollegen, ans Werk!
O. B. und S. Z.-Schmidt, S. A.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Bücher und Schriften eingegangen:

Die Lage der arbeitenden Klassen in Rußland. Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit. Von K. A. Paschikow, übersetzt von M. Machinson. Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Die vorliegende Arbeit soll zur Aufklärung der sozialen Verhältnisse dienen, unter denen die russische Arbeiterklasse seit der Bauernbefreiung, also in den letzten 45 Jahren, lebte. Das Werk, das auch eine Schilderung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung in Rußland bringt, dürfte gerade jetzt im Angesicht der revolutionären Kämpfe, die die russische Arbeiterklasse gegen die Autokratie zu führen hat, viele Leser finden. Es sei denn auch allen Kollegen und den Lokalverwaltungen zur Anschaffung für ihre Bibliotheken angelegentlich empfohlen.

Kurt Eisner, Das Ende des Reichs. Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis broschiert 4 Mk., gebunden 5 Mk. Es ist wie eine Antwort auf die Wahlbotschaft des Fürsten Bülow, in der er mit und in der deutschen Sozialdemokratie nach der großen französischen Revolution den Krieg erklärte. „Auf den wildgewordenen Spießbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.“ Gegen-

über diesem Annehmlichen eines kindisch gewordenen Pöhlertums zeigt das Buch die einfache geschichtliche Wahrheit, daß sowohl der phrasentrunkene Gleichmacher Robespierre, als die französische Volksherrschaft wie der Degen Bonapartes kommen mußten, um die ganze preussisch-deutsche Herrlichkeit des absoluten Staates hinwegzuräumen. Robespierre wie Bonaparte haben Europa von der Schreckensherrschaft des Systems befreit, das heute in der preussisch-deutschen Reaktion und ihrem Vorführer, dem Fürsten Bülow, gespenstisch aus dem Grabe erstiegen ist. Die Sozialdemokratie aber kämpft in Wahrheit noch in dieser Wahlbewegung für die Urrechte der französischen Revolution gegen den Absolutismus, und das Buch bringt deshalb eine Fülle von aktuellem Material zur Beleuchtung der historischen Verdienste des persönlichen Regiments und des Bülow'schen Junkertums. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen und Kolportage sowie auch der Verlag entgegen.

Das Werk kann von Vorstandsvorstand, sofern eine größere Zahl von Bestellungen einlaufen, zu erheblich billigerem Preise geliefert werden.

Sozialdemokratische Philosophie. Eine Artikelserie von Joseph Diehgen. Mit einem Vorwort von Eugen Diehgen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 30 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. B. in Hamburg).

Den Ortsverwaltungen hiermit zur Kenntnisnahme, daß die neuen Statuten, Instruktionen, Zahltabellen sowie die Abrechnungsformulare für das erste Quartal (für die großen Verwaltungskassen fürs ganze Jahr) in verfloßener Woche versandt worden sind. In der Instruktion ist durch Übersehen ein kleiner Fehler entstanden, indem zu § 6 Ziffer 1 der Satz aus der alten Instruktion stehen blieb. Es muß da ganz selbstverständlich vier Wochen heißen wie im Statut. Dasselbe ist der Fall zu § 11 Ziffer 5, auch dort muß es vier Wochen heißen.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Abrechnung für das vierte Quartal 1906.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Einnahme.	
Beitritts-geld von Einzelmitgliedern	Mk. 37,—
Beiträge von Einzelmitgliedern	3488,60
Extrabeiträge von Einzelmitgliedern	6,09
Für Erschließung	1,40
Für Almanach	98,76
Vom Maschinenarbeiterverband beim Übertritt	25878,67
Vom Verband der Vergolder beim Übertritt	24780,80
Zins aus Kapitalien	8706,15
Sonstiges	177,51
Summa	Mk. 68164,98

Von Zahlstellen eingefandte Überschüsse	Mk. 510998,73
Summa	Mk. 574163,71

Ausgabe.	
Für Reiseunterstützung	Mk. 66,79
Arbeitslosenunterstützung	96,35
Gemahregeltenunterstützung	16,90
Umzugsunterstützung	716,10
Rechtsschutz	33,80
Agitation	5022,30
an die Gewerkschaften	35453,88
die „Holzarbeiter-Zeitung“	23800,—
die „Gleichheit“	1423,03
Gehälter und Entschädigungen	8957,61
Lohnarbeiten	10051,95
Einrichtungsmachen, Stempel usw.	4097,60
Schreib- und Packmaterial	257,12
Porto für Korrespondenz u. Materialversand	1924,95
Porto für Geldsendungen	83,25
Für Strafporto	20,60
Versicherungsbeiträge	410,57
Zeitungssabonnement	57,20
Bureau-miete, Reinigung u. Beleuchtung	789,75
Bureaubedarf und Dienstleistungen	2728,50
Unkosten der Zentralkommissionen	143,96
im Bankverkehr	5088,17
Für Stuhlarbeiterkonferenz	732,90
An die Generalkommission für 4. Quartal 1906	14490,—
Für Dwiata und Operaio Italiano	802,68
Sonstiges	174,86
Summa	Mk. 118890,82

An Zahlstellen gefandte Zuschüsse	Mk. 246685,40
Summa	Mk. 363576,22

Einnahme	Mk. 574163,71
Ausgabe	363576,22
Mehreinnahme	Mk. 210587,49
Bestand vom 8. Quartal 1906	Mk. 786891,62
Mehreinnahme	210587,49
Ergibt Bestand pro 1. Quart. 1907	Mk. 997479,11

Bilanz.

Einnahme.	
Bestand vom 3. Quartal 1906:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 221800,72
Bei der Hauptkasse	786891,62
Summa	Mk. 1008692,34
Beitritts-geld:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 6482,80
Bei der Hauptkasse	37,—
Summa	6469,80
Beiträge:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 861086,55
Bei der Hauptkasse	3488,60
Summa	864525,15
Extrabeiträge:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 167,40
Bei der Hauptkasse	6,09
Summa	173,49

Sonstige Einnahmen:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 12702,04
Bei der Hauptkasse	8978,82
Summa	Mk. 21680,86
Vom Maschinenarbeiterverband beim Übertritt	25878,67
Vom Verband der Vergolder beim Übertritt	24780,80
Guthaben der Lokalkassen für nächstes Quartal	14806,15
Summa	Mk. 196659,14

Ausgabe.

Reiseunterstützung:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 19568,67
Bei der Hauptkasse	66,79
Summa	Mk. 19635,46
Arbeitslosenunterstützung:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 93523,60
Bei der Hauptkasse	96,35
Summa	Mk. 93620,95
Streikunterstützung	307899,14
Gemahregeltenunterstützung:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 9887,96
Bei der Hauptkasse	16,90
Summa	Mk. 9904,86
Unterstützung in Sterbefällen	8697,—
Umzugsunterstützung:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 8536,58
Bei der Hauptkasse	716,10
Summa	Mk. 9252,68
Notfallunterstützung	1640,—
Rechtsschutz:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 5571,57
Bei der Hauptkasse	33,80
Summa	Mk. 5605,37
Agitation:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 4072,50
Bei der Hauptkasse	40476,18
Summa	Mk. 44548,68
Sonstige Ausgaben:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 2177,81
Bei der Hauptkasse	174,86
Summa	Mk. 2352,67

20 Prozent Anteil der Lokalkassen	Mk. 172280,—
Für die „Holzarbeiter-Zeitung“	23800,—
Für die „Gleichheit“	1423,03
Für Dwiata und Operaio Italiano	802,68
Gehälter und Entschädigungen	8957,61
Druck- und Buchbinderarbeiten	10051,95
Sonstige Verwaltungskosten b. d. Hauptkasse	10308,—
Unkosten der Zentralkommissionen	143,96
im Bankverkehr	5088,17
Kosten der Stuhlarbeiterkonferenz	732,90
Beitrag an die Generalkommission für das 4. Quartal 1906 und 1. u. 2. Quartal 1907	14490,—
Guthaben der Lokalkassen v. vorigen Quartal	18740,—
Bestand pro 1. Quartal 1907:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 200175,38
Bei der Hauptkasse	997479,11
Summa	Mk. 1197654,49

Abschluss.

Bei den Zahlstellen	Mk. 894784,—
Bei der Hauptkasse	68164,98
Summa	Mk. 962948,98

Ausgabe.

Bei den Zahlstellen	Mk. 652046,—
Bei der Hauptkasse	116890,82
Summa	Mk. 768937,82

Gesamteinnahme	Mk. 957899,31
Gesamtausgabe	768937,21
Mehreinnahme	Mk. 188962,10

Revidiert und für richtig befunden:
Die Revisoren: G. Bühler, Fr. Daniel, L. Sampath

Rechnungsabschluss für das Jahr 1906.

Einnahme und Ausgabe der Zahlstellen.	
Einnahme.	
Bestand vom 31. Dezember 1905	Mk. 139456,—
Beitritts-geld	30214,—
Beiträge	281725,—
Extrabeiträge	5612,—
Sonstige Einnahmen	19247,—
Guthaben der Lokalkassen pro 1. Quart. 1907	14806,15
Zuschüsse aus der Hauptkasse	1008428,—
Summa	Mk. 4084581,—

Ausgabe.	
Reiseunterstützung	Mk. 109840,—
Arbeitslosenunterstützung	325545,—
Streikunterstützung	1267259,—
Gemahregeltenunterstützung	40918,—
Unterstützung in Sterbefällen	38961,—
Umzugsunterstützung	82781,—
Notfallunterstützung	6570,—
Rechtsschutz	19820,—
Agitation	11684,—
Sonstige Ausgaben	2878,—
25 resp. 20 Prozent Anteil der Lokalkassen	623808,—
Guthaben der Lokalkassen vom 4. Quart. 1906	12954,—
An die Hauptkasse gefandte Überschüsse	1846301,—
Bestand pro 1. Januar 1907	200175,38
Summa	Mk. 4084581,—

Einnahme	Mk. 574163,71
Ausgabe	363576,22
Mehreinnahme	Mk. 210587,49

Bestand vom 31. Dezember 1905	Mk. 968625,—
Beitritts-geld von Einzelmitgliedern	210,—
Beiträge	12688,—
Extrabeiträge	5612,—
Zins aus Kapitalien	32509,—
Sonstige Einnahmen	560,—
Vom Maschinenarbeiterverband b. Übertritt	25878,67
Vom Vergolderverband beim Übertritt	24780,80
Von Zahlstellen eingefandte Überschüsse	1846301,—
Summa	Mk. 2408580,—

Bestand vom 31. Dezember 1905	Mk. 968625,—
Beitritts-geld	210,—
Beiträge	12688,—
Extrabeiträge	5612,—
Zins aus Kapitalien	32509,—
Sonstige Einnahmen	560,—
Vom Maschinenarbeiterverband b. Übertritt	25878,67
Vom Vergolderverband beim Übertritt	24780,80
Von Zahlstellen eingefandte Überschüsse	1846301,—
Summa	Mk. 2408580,—

Ausgabe.		Mk.
Reiseunterstützung		280,82
Arbeitslosenunterstützung		174,85
Gemäßregeltenunterstützung		128,90
Umzugsunterstützung		2901,82
Notfallunterstützung		25,—
Rechtsschutz		46,75
Agitation		185 787,43
Für die „Solzarbeiter-Zeitung“		85 558,82
Für die „Gleichheit“		8 527,25
Für „Dziwiata“ und „Operatio Italiano“		461,78
Gehälter und Entschädigungen		29 648,01
Für Druck- und Buchbinderarbeiten, Marken, Stempel und Reisehandbücher		45 658,86
Sonstige Verwaltungskosten		20 284,05
Unkosten im Bankverkehr		6 995,—
Für Steuern		1 890,—
Kosten des 6. ordentlichen Verbandstags in Köln		19 729,80
Sonstige Konferenzen		4 355,25
Beitrag an die Internationale Union		1 000,—
Beitrag an die Generalkommission		22 810,—
Unkosten der Zentralkommissionen		647,59
Kosten zur Gründung des Fachblatts		3 800,—
Streifunterstützung außerhalb des Verbandes		15 600,—
An Zahlstellen gesandte Zuschüsse		1 008 428,61
Rassenbestand pro 1. Januar 1907		997 479,11
Summa Mk.	2 406 599,20	

Jahres-Bilanz 1906. Gesamteinnahme.

Bestand vom 31. Dezember 1905:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 139 456,42	
Bei der Hauptkasse	963 625,82	Mk. 1 103 082,24
Beitragsgeld:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 80 214,90	
Bei der Hauptkasse	219,10	80 434,—
Beiträge:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 2 817 225,20	
Bei der Hauptkasse	12 688,10	2 829 913,30
Extrabeiträge:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 5 612,70	
Bei der Hauptkasse	54,58	5 667,28
Sonstige Einnahmen:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 19 247,83	
Bei der Hauptkasse	595,29	19 843,12
Zins aus Kapitalien		32 509,08
Vom Maschinenarbeiterverband h. Übertritt		25 873,67
Vom Verband der Vergolder beim Übertritt		24 780,80
Guthaben der Lokalkassen pro 1. Quartal 1907		14 395,54
Summa Mk.	4 086 443,98	

Gesamtausgabe.

Reiseunterstützung:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 109 840,62	
Bei der Hauptkasse	280,82	Mk. 110 070,94
Arbeitslosenunterstützung:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 325 545,28	
Bei der Hauptkasse	174,85	325 719,58
Streifunterstützung		1 267 259,88
Gemäßregeltenunterstützung:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 40 913,97	
Bei der Hauptkasse	128,90	41 042,87
Unterstützung in Sterbefällen		83 961,50
Umzugsunterstützung:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 32 781,81	
Bei der Hauptkasse	2 901,82	35 683,18
Notfallunterstützung:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 6 570,—	
Bei der Hauptkasse	25,—	6 595,—
Rechtsschutz:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 19 820,80	
Bei der Hauptkasse	46,75	19 867,55
Agitation:		
Bei den Zahlstellen	Mk. 11 684,10	
Bei der Hauptkasse	185 787,43	147 421,53
Sonstige Ausgaben bei den Zahlstellen		2 878,69
25 resp. 20 Prozent Anteil der Lokalkassen		623 893,10
Für die „Solzarbeiter-Zeitung“		85 558,82
Für die „Gleichheit“		8 527,25
Für „Dziwiata“ und „Operatio Italiano“		461,78
Gehälter und Entschädigungen		29 648,01

Für Druck- und Buchbinderarbeiten, Stempel und Reisehandbücher	Mk. 41 558,26
Sonstige Verwaltungskosten bei der Hauptkasse	24 861,65
Unkosten im Bankverkehr	6 995,—
Für Steuern	1 890,—
Kosten des 6. ordentlichen Verbandstags in Köln	19 729,80
Sonstige Konferenzen	4 355,25
Beitrag an die Internationale Union	1 000,—
Beitrag an die Generalkommission	22 810,—
Unkosten der Zentralkommissionen	647,59
Kosten zur Gründung des Fachblatts	3 800,—
Streifunterstützung außerhalb des Verbandes	15 600,—
Guthaben der Lokalkassen vom 4. Quartal 1905	12 954,41
Bestand pro 1. Januar 1907:	
Bei den Zahlstellen	Mk. 200 175,33
Bei der Hauptkasse	997 479,11
Summa Mk.	4 086 443,98

Abschluss.

Gesamteinnahme exkl. Bestand vom Vorjahr	Mk. 2 988 361,74
Gesamtausgabe	pro 1907. 2 888 789,54
Mehreinnahme Mk.	94 572,20

Freiz König, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Die Revisoren: G. Bühler, Fr. Daniel, E. Lamparter.

Am Schluß des 4. Quartals 1906 zählte der Verband 767 Zahlstellen, das sind 12 mehr als im 3. Quartal und 53 mehr als am Schluß des Jahres 1905.

Die Mitgliederzahl ist in diesem Quartal auf 151 717 gestiegen, wovon 148 125 männliche, 3 550 weibliche und 42 jugendliche. Die Steigerung der Mitgliederzahl gegen das 3. Quartal beträgt 3 007, gegen 4 846 im 4. Quartal des Vorjahres.

An dieser Vermehrung sind von den größeren Zahlstellen besonders die folgenden mit dem beigefügten Zuwachs gegenüber dem 3. Quartal beteiligt:

- Bromberg 18, Stettin 24, Biegnitz 72, Berlin 2150, Bernau 17, Brandenburg 66, Nixdorf 114, Weissensee 77, Dippoldswalde 33, Dresden 23, Mittweida 16, Rabenau 20, Altenburg 83, Chemnitz 33, Eilenburg 71, Johannsgeorgenstadt 29, Schönheide 74, Zeitz 61, Würzel i. Th. 22, Eisenach 16, Frankenhäusen 21, Gotha 27, Lauterberg 86, Saalfeld 20, Bernburg 18, Burg 77, Stendal 46, Bremen 90, Hamburg 178, Garburg 16, Oldenburg 20, Cassel 28, Herford 19, Melle 18, Nachen 20, Düsseldorf 34, Elberfeld 17, Essen 17, Gagen 25, Solingen 24, Wald 19, Friedberg 22, Hanau 109, Saarbrücken 55, Worms 28, München 99, Durlach 24, Lahr 17, Pforzheim 26, Schramberg 59, Schwenningen 28.

Dagegen hatten unter anderen die folgenden größeren Zahlstellen den beigefügten Mitgliederverlust zu verzeichnen:

- Danzig 30, Breslau 29, Herischdorf 27, Charlottenburg 17, Rauen 19, Großschönau 18, Oldenburg 15, Braunschweig 52, Halberstadt 31, Bremerhaven 35, Delmenhorst 16, Kiel 115, Lübeck 37, Neumünster 46, Wegeack 28, Wilhelmshaven 24, Hannover 35, Minden 52, Bochum 40, Bonn 26, Dortmund 70, Hamborn 21, Ebn 39, Darmstadt 66, Frankfurt a. M. 58, Seidelberg 65, Höchst 157, Kellheim 17, Ludwigshafen 29, Meß 38, Bayreuth 17, Würzburg 31, Augsburg 44, Göttingen 24, Karlsruhe 60, Stuttgart 97.

Am Schluß des Jahres 1905 zählte der Verband 180 141 (128 344 männliche, 17 977 weibliche) Mitglieder. Demgegenüber bedeutet die jetzige Zahl eine Vermehrung um 21 576 Mitglieder, gleich 16,6 Prozent, gegen 23,5 Prozent im Jahre 1905. Die männlichen Mitglieder haben sich um 19 781 gleich 15,4 Prozent, die weiblichen um 1758 gleich 97,5 Prozent vermehrt.

In Laufe des Jahres sind der Verband der Vergolder mit 1586 (1529 männliche, 7 weibliche) und der Berliner Maschinenarbeiterverband mit 1740 Mitglieder zum Deutschen Solzarbeiterverband übergetreten. Insgesamt hat also der Verband durch diese Übertritte 3 326 (gegen 2 200 im Vorjahre) Mitglieder gewonnen.

Wie die Gesamtzahl der Mitglieder am Jahreschluß 1906 sich auf die einzelnen Berufe sowohl als auf die einzelnen Gauen verteilt, ist aus der beigefügten Tabelle zu ersehen, in welcher gleichzeitig die Zunahme der einzelnen Branchen gegen das Jahr 1905 angegeben ist.

Neu aufgenommen wurden im 4. Quartal 12 606 (14 194 im 4. Quartal 1905) männliche und 806 (782) weibliche, sowie 28 jugendliche Mitglieder, im ganzen Jahre 59 407 (58 096) männliche, 3 608 (1814) weibliche und 49 (—) jugend-

liche, zusammen 63 059 (59 910) Mitglieder. Die tatsächliche Mitgliederzunahme beträgt aber nur 21 576, folglich sind 41 483 (35 155) Mitglieder im Jahre 1906 durch Austritt, Streichung, Todesfall usw. dem Verband wieder verloren gegangen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder am Jahreschluß beträgt die Fluktuation 27,3 Prozent, gegen 27,0 Prozent im Vorjahr.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug im 4. Quartal 864 525 Mk., im vorausgegangenen 3. Quartal 825 886 Mk. Im 4. Quartal 1905, als noch der 85 Pf.-Beitrag in Geltung war, wurden nur 526 998 Mk. vereinnahmt.

Von den männlichen Mitgliedern wurden in diesem Quartal 2859 Restbeiträge à 35 Pf. und 1 708 922 laufende Beiträge à 50 Pf. entrichtet, von den weiblichen und jugendlichen Mitgliedern 20 Beiträge à 15 Pf. und 36 242 à 25 Pf. Hiernach entfallen im 4. Quartal auf das einzelne männliche Mitglied 11,6 Beiträge gleich 89,2 Prozent des Vollbeitrags, auf das einzelne weibliche (inklusive jugendliche) Mitglied 10,1 Beiträge gleich 77,6 Prozent des Vollbeitrags.

Die Einnahmen für den Arbeitslosenfonds betragen im 4. Quartal 172 990,20 Mk. (1 711 781 männliche Beiträge à 10 Pf. und 36 242 weibliche à 5 Pf.), für den Krankenfonds 172 704,30 Mk. (1 708 922 männliche Beiträge à 10 Pf. und 36 242 weibliche à 5 Pf.).

Nach der Bilanz für das ganze Jahr 1906 beträgt die Gesamtsumme der Beiträge 2 829 858 Mk. (2 029 860 Mk. im Vorjahr), wovon 25 723 Mk. (7 389 Mk.) auf die weiblichen Mitglieder entfallen. Gegen das Jahr 1905 ist die Einnahme an Beiträgen um 799 998 Mk. (450 553 Mk.) oder 89,4 Prozent gestiegen. Die Mitgliederzahl im Durchschnitt der vier Quartale betrug 143 438 (118 720) männliche und 3006 (1205) weibliche, es entfällt also auf das einzelne männliche Mitglied eine Beitragssumme von 19,55 Mk. gleich 88,5 Prozent des Vollbeitrags, auf das einzelne weibliche Mitglied 8,56 Mk. gleich 82,3 Prozent des Vollbeitrags, welcher für das Jahr 1906 22,10 resp. 10,40 Mk. betragen hat.

Unter den Ausgaben des Jahres steht die Streifunterstützung mit 1 267 259 Mk. wieder an der Spitze. Diefelbe hat sich gegen das Vorjahr um 506 368 Mk. gleich 66,5 Prozent gesteigert. Ebenso haben auch alle übrigen Unterstützungszweige erheblich höhere Ansprüche an die Verbandskasse gestellt, wie aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Jahresausgabe 1906	Mehr gegen das Vorjahr	
	Mk.	Prozent
Streifunterstützung	1 267 259	506 368 66,5
Gemäßregeltenunterstützung	41 042	10 741 85,4
Umzugsunterstützung	35 683	8 977 33,6
Arbeitslosenunterstützung	325 719	75 359 30,1
Reiseunterstützung	110 070	17 398 18,8
Notfallunterstützung	6 595	820 14,1
Sterbegeld	83 961	2 854 9,2
Rechtsschutz	19 867	1 673 9,2
Zusammen	1 840 196	624 185 51,4

Die acht Unterstützungsarten zusammengenommen, haben sich also die Ausgaben für dieselben im letzten Jahre mehr als verdoppelt, denn sie betragen im Vorjahr nur 1 216 011 Mk. und sind über 51 Prozent gestiegen.

Von der Reiseunterstützung entfallen 10 914 Mk. (9 060 Mk. im Vorjahr) auf die Aufenthaltunterstützung. Diefelbe ist in diesem Jahre insgesamt an 7 214 (6 098) Empfänger ausgezahlt, und zwar an 1 024 je für drei Tage, an 1 662 je für zwei Tage und an 4 528 je für einen Tag. Von den Empfängern entfallen auf die in Betracht kommenden 20 Zahlstellen: Berlin 1 696, Breslau 93, Dresden 306, Hamburg 791, Köln 708, Leipzig 396, München 291, Bremen 66, Chemnitz 93, Düsseldorf 324, Elberfeld 178, Frankfurt a. M. 577, Halle 90, Hannover 294, Königsberg 6, Magdeburg 168, Nürnberg 547, Stettin 101, Straßburg 108, Stuttgart 381.

Die Nachweisung, wie die Empfänger der Reise- und Arbeitslosenunterstützung sich auf die einzelnen Berufe und Mitgliedsklassen verteilen, kann erst später veröffentlicht werden.

Der Rechnungsabchluß des Jahres ergibt eine Mehreinnahme von 94 572 Mk. und einen Rassenbestand für das Jahr 1907 von 1 197 654 Mk. Zusammen mit dem Beständen der Gaukassen und Lokalkassen stellt sich der Vermögensbestand des Verbandes am Jahreschluß wie folgt:

Verbandskasse	1 197 654,44 Mk.
Gaukassen	5 000,—
Lokalkassen	1 180 121,87
Insgesamt	2 382 775,81 Mk.

Anschließend bringen wir noch die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der

Lokalkassen im Jahre 1906.

Einnahmen:	
Rassenbestand vom vierten Quartal 1905	Mk. 784 103,37
25 bezw. 20 Prozent der Verbandsbeiträge	623 893,10
Lokalbeiträge	1 173 290,84
Einnahmen für Vergnügungen	31 848,42
Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Hauptkasse)	388 441,23
Zusammen Mk.	2 901 576,46

Ausgaben:	
Lokalunterstützung an Reisende	Mk. 1 620 119
Arbeitslose	148 412,47
Streikende	41 967,44
Gemäßregelte	11 013,06
in sonstigen Fällen	272 711,54
Für Streiks anderer Gewerkschaften	41 380,88
Für Agitation, Vorträge, Bibliothek usw.	77 382,48
Verwaltungskosten, persönliche	286 409,94
fachliche	135 851,75
Beiträge an Gewerkschaftskartelle und Sekretariate	66 948,43
Ausgaben für Vergnügungen	80 404,07
Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Hauptkasse)	265 372,84
Gesamtausgabe Mk.	1 771 455,09

Rassenbestand für das erste Quartal 1907:	
Angelegt	Mk. 984 385,51
In bar	145 735,86
Zusammen Mk.	2 901 576,46

Stuttgart, 16. März 1907.
Der Vorstand.

	Zahl der Mitglieder in den Gauen:														1906		1905		Zunahme			
	Danzig	Stettin	Breslau	Berlin	Dresden	Chemnitz	Essen	Magdeburg	Hamburg	Hannover	Düsseldorf	Frankfurt	Nürnberg	München	Stuttgart	Hauptkasse	insgesamt	weibliche	insgesamt	weibliche	Zahl	Prozent
Büstenmacher	5	25	11	103	46	1449	68	31	76	271	143	118	876	518	218	27	3973	1221	2870	662	1108	38,4
Drechsler	66	58	349	1314	374	472	262	195	430	271	245	277	607	97	270	51	5383	22	4787	9	546	11,4
Stocharbeiter	—	—	2	440	59	100	275	23	14	53	106	15	15	—	12	1	1115	37	988	13	182	13,4
Knopfmacher	—	—	108	134	62	919	351	1	9	83	—	5	1	—	10	—	1683	308	1015	103	668	65,8
Kammacher	—	—	—	243	74	19	77	5	1	1	17	100	172	—	26	—	785	73	506	51	229	45,2
Korbmacher	5	63	54	539	151	170	116	155	609	56	25	41	24	80	42	—	2152	88	2157	62	—	—
Korbschneider	—	7	59	2	7	181	1	6	120	30	7	22	3	—	1	—	450	21	353	8	97	27,5
Stellmacher	115	178	411	1262	366	261	123	236	628	372	345	325	71	102	245	34	5069	—	4425	—	644	14,5
Tischler	2473	2082	4778	24 219	5051	4321	1867	3179	11 619	5535	5349	7829	3054	3161	5414	405	90 931	18	82 321	27	8610	10,4
Flavierenmacher	—	43	254	1180	970	2255	263	249	410	112	180	61	59	100	951	4	8991	374	6647	149	344	5,2
Stuhlbauer	13	11	84	21226	99	121	88	52	103	7	77	79	12	314	1	—	2189	299	2091	—	98	4,7
Polierer	24	46	162	2412	701	420	135	86	83	245	70	233	429	48	621	3	5718	375	5299	280	419	7,9
Modellstecher	9	37	98	457	293	700	82	507	374	173	261	300	127	75	243	8	3744	—	3189	—	575	18,1
Raffetstecher	8	17	43	281	45	41	4	2	68	34	75	66	41	161	128	—	1012	—	970	—	42	4,3
Vergolder	—	54	11	936	47	62	6	98	167	8	186	17	160	174	98	—	1974	55	—	—	—	—
Maschinenarb.	88	117	447	2902	924	749	388	151	514	558	346	1066	548	448	860	12	10063	26	6964	35	3099	44,5
Pantinenmacher	1	3	7	151	5	44	—	12	50	27	—	—	—	—	—	—	800	1	—	—	—	—
Riffenmacher	—	7	8	345	119	155	76	18	853	387	26	47	62	4	39	—	1591	82	—	—	—	—
Dibese	5	72	64	348	805	418	287	176	1465	182	106	599	1524	297	332	14	6694	922	5584	388	1110	19,9
Insgesamt	2757	2810	6895	37 219	11 325	12 335	43 025</															

Verfallungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher. Branchenversammlung am Donnerstag den 28. März, abends 7/8 Uhr, im Rosenthalerhof (grober Saal), Rosenthalerstr. 11/12. **Neubamm.** Sonntag den 24. März, nachmittags 3 Uhr, Wiltshaber-Verfallung im Hotel Kaiserhof. Die regelmäßigen Mitfallungsverfallungen finden jeden vierten Sonntag im Monat statt.

Anzeigen.

Mugsburg. Bevollmächtigter Rader Groß, Kl. Kochgäßchen 6 1/2, 2. Verfallungslot und Verberge Gasthaus zum blauen Bock, Stefansplatz. Dasselbst Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung täglich von 7-8 Uhr abends. Umsehauen ist allen hiesigen und angereisten Kollegen streng unterlagt. **Darmstadt.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhofs befindet sich bei Kollege Gilling, Viehweidenstraße 87. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umsehauen verboten. **Stendal.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Drechsler und Stellmacher befindet sich bei Mollitz, Ecke Hall- und Kaufstraße. Umsehauen ist strengstens unterlagt. **Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Götter, Schwabacherstraße 7 I. Umsehauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. Im Wochenanfang abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr. **Köln.** Bevollmächtigter Paul Mitsche, Wasserstraße 4. Kassierer Max Schulze, Berlinstraße 24. Verfallungslot bei M. Schirle, Barüberstraße 51. Reiseunterstützung bei Kassierer Schulze, mittags von 12-1 Uhr und abends von 6-7 Uhr. **München.** Achtung, Mobellschreiner! Arbeitsnachweis und Verfallungslot Restaurant Zentralhof, Ecke Stihlfeld- und Bismarckstraße.

Der Schreiner Paul Mainka, dem seine Papiere diesen Winter in Köln abhanden gekommen sind, kann selbige auf dem Verbandsbureau, Severinstraße 100, in Empfang nehmen.

Kollegen und Sozialverwaltungen, welchen der Aufenthalt des Tischlers Louis Wilhelm aus Charlottenburg Buchh. 203 202, bekannt ist, werden dringend gebeten, es dem Unterzeichneten mitzuteilen. Auslagen werden vergütet. **Otto Wagner,** Bevollmächtigter, Eisenberg, S.-A. Mohrenstraße 2.

Heinrich Goldschmidt, Stellmacher aus Wismar i. Me., sende seine Adresse wegen Todesfall in der Familie an Herrn W. D. Goldschmidt, Tischler, Hamburg I, Fuhlenbüttel 57, 3. Die Kollegen werden ersucht, denselben darauf aufmerksam zu machen.

Diejenigen Kollegen, welche den Aufenthalt des Tischlers Bruno Hebe, Buchh. 247 208, aus Niederrhein gebürtig, wissen, werden gebeten, mir seine Adresse zuzuschreiben. **Edmund Hertel,** Vertrauensmann Niederrheinstraße 47.

Gen. f. Fabr. v. Arb.-Insbekl. Ronneburg. Sonnabend d. 30. März im Restaurant „Sängerheim“, Friedrichshöhe **außerordentliche General-Verfallung.** Tagesordnung: 1. Bericht über die Verfallungslage. 2. Anträge. 3. Ergänzungswahl für ein ausgeschiedenes und zwei zurückgetretene Aufsichtsratsmitglieder. 4. Genossenschaftliches. 5. Verschiedenes. **Der Aufsichtsrat. S. A.: Eduard Bronnme.**

Gesucht

ein tüchtiger **Schreinermeister**

in eine Bauschreinerel. Offerten sind zu richten unter Chiffre Z. Y. 2499 an **Rudolf Mosse, Zürich.**

3-4 verheiratete Tischler auf weiße Möbel bei gutem Lohn für dauernd sofort gesucht. Nur in diese Branche eingeweihte Leute werden gemittelt. **Fr. Richter,** Möbelfabrik, Döbe, S.-A.

Leistenfehler

mit der vierseitigen Reihmaschine durchaus vertraut, gegen hohen Lohn für sofort gesucht. Nur wirklich tüchtige Leute wollen sich melden. **A. H. Freiberg & Co.** Oberkassel-Düsseldorf.

Auf sofort ein ordentlicher **Drechslergehilfe** gesucht. Angenehme Arbeit. **Adolf Licht,** Enderburg bei Uelzen.

Drechsler

im Bohren bewandert, sofort oder später in angenehme dauernde Stellung gesucht. Elektrischer Betrieb. **H. Wolf,** Werbau, Sachs., Bräckerstr. 6. **Selbständig arbeitender Drechsler,** im modernen Zeigen bewandert, auch an Holzbearbeitungsmaschinen eingearbeitet, sucht sofort Stellung, am liebsten in einer Tischlerei. Offerten an **Heinrich Gutknecht,** Stettin, Mehlstraße 96.

Tüchtige Fräser auf Stöcke und Schirmgriffe gesucht. **Starke & Weinrebe,** Dresden.

Ein tüchtiger **Stockdrechsler,** welcher auch im Polieren von Spazierstöcken sehr erfahren ist, per sofort gegen guten Lohn gesucht. **Schloss & Co.,** Schwege Stockfabrik mit elektrischem Betrieb.

Stockarbeiter.

Bieger, Käßler und Feiler werden gesucht bei hohem Lohn. Dauernde Arbeit. **J. Kaufmann,** Ringerheim, Elb.

Tüchtige Horndrechsler finden dauernde und gutbezahlte Stellung bei **Aug. Vock,** Horngriffabrik Wald (Rheinland).

Tüchtige Stockarbeiter sucht **G. Adolf Richter,** Stockfabrik Magdeburg.

Einige tüchtige Perlmutterfräser finden Beschäftigung. **Hannoversche Knopffabrik Gompertz & Meinrath,** Hannover.

Einige tüchtige Polierer für Perlmutternöpfe finden Beschäftigung. **Hannoversche Knopffabrik Gompertz & Meinrath,** Hannover.

Reisende!

Korbmacher, perfekte Gestellarbeiter, werden als Reisende eingestellt. Gute Zeugnisse, Sprachgewandtheit und Ersehung sind Bedingung. Meldungen mit Zeugnissen, Photographie und Ansprüchen an **Adolf Schmidt,** Rohrmöbelfabrik Brandenburg a. S.

Korbmachergesellen.

Mehrere Arbeiter auf Geschlagen (Reiseförbe) und gekreuzt, können guten und festen Platz bekommen. **O. Kintoff,** Kopenhagen, Colbjørnsensgade 12.

Suche sogleich 2 Gehilfen auf grün Geschlagen und Gematt. **Henry Baner,** Korbmacher Burgdorf, Hannover.

Suche sofort 1-2 jüngere **Korbmacher** auf Mattarbeit und alle einschlagenden Arbeiten. Kost und Logis im Hause. **Johann Fries II,** Korbmachermeister Heidesheim bei Mainz, Kreuzstraße 12.

Korbmacher.

Einige tüchtige Arbeiter auf Geschlagen und Reddiggestellt bekommen dauernde Beschäftigung bei **R. Wengler,** Copenhagen, Korsgade 16.

Tüchtiger Korbmacher auf Geschlagenes sofort gesucht bei gutem Lohn und dauernder Stellung. **Wilh. Schröter,** Darnen Schuchardstraße 20.

Korbmacher.

Tüchtige Gestellarbeiter werden sofort eingestellt. Reise wird vergütet. **Adolf Schmidt,** Rohrmöbelfabrik Brandenburg a. S.

Gesucht 10 **Korbmacher** auf grün Gematt. **J. M. Schilling,** Verahorn, Holstein. Ein **Korbmacher** auf weiß und grün Geschlagen findet dauernde Beschäftigung bei **H. Walz,** Gardelegen, Altmark.

Korbmachergehilfen auf Reiseförbe bei hohem Lohn sucht **Otto Winter,** Korbmachermeister, Falkenberg, Bez. Halle.

Gesucht 4 **Korbmacher** auf Reifeförbe für Geestemünde bei sehr hohem Lohn. 5 Pf. tarifmäßiger Zuschlag, Verdienst bis 45 Mk. pro Woche. **Franz Konnak,** Geestemünde, Abnerstr. 9.

Rohr- und Weidenkorbmacher

sucht sofort für dauernd **Albin Löscher,** Bogil, Korbfabrik Weichenbach i. V.

Suche sofort 2 tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit. **B. Völkler,** Reichardt bei Jantzenau, S.-A.

2 tüchtige **Korbmacher** auf Grün und Rohrarbeit bei gutem Lohn für dauernd gesucht. **Fritz Kamrath,** Korbmachermeister Osterburg.

Flotter Korbmacher auf geschlagene Reiseförbe, Zoll 18 und 14 Pf., sucht **H. Mederake,** Halle a. S.

Tüchtige Korbmacher auf Rohrarbeit bei gutem Lohn sofort gesucht. **Heh. Franke,** Korbgeschäft, Nürnberg.

Jüngere **Korbmachergehilfen** auf Matt und großgeschlagene Arbeit findet sofort freundliche Stellung. Reiseförbe 11 Pf. Kost und Logis auf Wunsch billig im Hause. **Ernst Hofmann,** Korbmachermeister Weferlingen, Magdeburg.

Gestellarbeiter sucht **Joseph Scholz,** Liebertsdorf bei Leipzig.

2 **Korbmacher** auf Großgeschlagen und 2 **Korbmacher** auf grüne Mattarbeit werden sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. **Karl Apelt,** Mühlberg a. Elbe.

Gesucht zu sofort 2 **Korbmacher** auf Mattarbeit. **Ludw. Behsen,** Trittau i. Holstein.

Gesucht auf sofort ein tüchtiger **Korbmacher** auf Gematt. **Karl Bokemüller,** Oker, Harz.

2-3 junge **Korbmachergesellen** auf Mattarbeit sucht **H. Wiegmann,** Gize, Hannover.

Tücht. Korbmacher auf viereckige Wasch- und Reiseförbe, Reparaturen, sucht sofort. (Wochenlohn, Kost und Logis außer Hause.) **Alfred Lehmann,** Korb- und Spielwarengeschäft.

Sofort **Korbmacher** auf Pflanzenkörbe (Gematt) gesucht. Dauernde Stellung. Verheiratete bevorzugt. **Emil Michael,** Gassenbeck, Holstein.

Bürstenmacher. Sofort gesucht 10-15 **Pecker** auf dauernde Beschäftigung, pro 1000 Bündel 1,50 und 1,60 Mk. ohne Ausputzen und Beschneiden. Reisegeld wird bis zu 3 Mk. vergütet.

Fritz Hings, Bürstenwarenfabrik Bippstadt i. Westfalen. Nähere Auskunft erteilt die Zahlstelle des **Holzarbeiterverbandes Bippstadt.**

2-3 tüchtige **Bohrer** auf Schlitzen und Freihand auf sofort gesucht. **Franz Huber,** Bürstenfabrikant Gtingen, Baselland.

Ein tüchtiger **Bürstenmacher** für sämtliche Arbeiten, auch Bohren, per sofort gesucht. Dauernde Stellung. **W. F. May,** Bürstenfabrik, Kiel.

2 **Pecker** finden dauernde und lohnende Beschäftigung. **F. C. Nuppenau,** Bürstenfabrik Bartheide, Holstein.

Bürstenbohrer

selbständig, auf freie Handarbeit (Besen usw.) sofort dauernd gesucht. Akkordarbeit nach Tarif. **Johann Söllner,** München, Müllerstraße 50.

Tüchtiger Korfschneider, Runds- und Zugschneider, wie auch jüngerer, zuverlässiger **Korfsortierer** finden dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn bei **Jakob Wollheim,** Korfsabrik Rosen.

Brillante Gelegenheit zur Stabilisierung!

Zur Übernahme einer modern eingerichteten Tischlerei für Ladeneinrichtungen **Teilhaber** mit 10000 Mk. Kapital gesucht von einem erfahrenen Tischlermeister. Fortlaufende Arbeit für 25 Mann bei Kraftbetrieb gesichert. Offert. unt. **J. S. 89** an die Exp. d. Ztg. erb.

Technische Selbstunterrichtswerke

(Syst. Karnaok-Haachfeld) **Bantischlerlehre, Schule des Kunst- und Möbeltischlers, Baugewerksmeister, Zimmermeister, Bautechniker, Architekturzeichner, Polier, Tiefbauingenieur.** Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtsendungen. **Bonness & Haachfeld,** Verlag Potsdam-R. 1.

Lehrbücher für Holzarbeiter

Katalog gratis und franko. **Joh. Sassenbach,** Berlin 16.

Der Innenausbau
::: Illustrierte :::
Schreiner-Zeitung

Anerkannt beste, von fachkundigster Seite herausgegebene praktische Fachzeitschrift für alle Zweige der holzverarbeitenden Gewerbe. Auflage im vorigen Jahr 260 000 Exemplare. Probenummern gratis und franko. Preis vierteljährlich Mk. 2.—
Deutscher Gewerbe-Verlag G. m. b. H.
Dr. Jaenicke & Co., Berlin W. 9, Potsdamerstr. 1

Porenfüller in Pulver D. R. P. angemeldet
aus **Zaaten** bestehender existierende.
Lackfabrik C. Bratsch, Inhaber Krol
Reinickendorf-Berlin.
Gegründet 1866 an Prämiiert Gewerbeausstellung Berlin.

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 2
Über die Eigenschaften und zweckmäßigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten ein Lehrbuch des Polierens gibt mein **Jubiläumskatalog,** Reizens, Mattierens, Lackiers usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:
Jubiläum-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrier Schellack-Politur, poranschliessende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salomatt, Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Peterburger Lack.
Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.
Spiritusbeizen, Ambrantbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.
Flintsteinpapier, Lederleime.
Polierspiritus usw. usw.

ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis in der Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.—
Allen meinen verehrten Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.
Ferner empfehle:
Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in deutscher Werkstattsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgegeben von Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—
Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in deutscher Werkstattsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgegeben von Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—
Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.
Verlag von Karl Röß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Blätter bezogen werden.
Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.
Wir bitten, den Betrag bei Bestellung mit einzusenden, in die Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erspart.
Die Tischlerschule von Chr. Schröber Neu bearbeitet von Aug. Graef. Leit- verständliche Darstellung der wichtigsten theoretischen und praktischen Kenntnisse des Bau- u. Möbeltischlers Textbuch 194 Seiten und Atlas 16 Foliotafeln. Preis broschiert 7,50 mit Porto 7,80 Mk.
Der Tischler-Lehrling von J. Eisenach. Praktischer Ratgeber für Lehrzeit nebst Anleitung zur Gesellprüfung. 58 S. Preis 50 Pf., mit Porto 60
Praktisches Unterrichtsbuch Tischler, Bildhauer, Drechsler usw. Ernst Loose. 220 S. Preis karton 4 Mk., mit Porto 4,20 Mk.
Die Expedition der Holzarb.-Z.

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. **Neustadt i. Meckl.** Staatlich subv. Progr. kostenlos

Tischler-Fachschule Detm Werkführer- und Technikerkurs Gesellige Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktoren

Der Almanach 190 ist noch vorrätig. Gegen Einsendung von 60 Pf. in Briefmarken erfolgt portofreie Zusendung.
Der Verbandsvorstan Stuttgart, Adlerstrasse 43

Lebensversicherung am billigsten sämtl. Werkz., Holz usw. **J. Brendel,** Magd. 95 (K. Mehlh. Katalog. o. über 2000 Mehlh. gegen 40 Pf. in Briefmarken. Laubfängerholz pr. qm v. 1.20